



24.082

**Für eine soziale Klimapolitik -
steuerlich gerecht finanziert
(Initiative für eine Zukunft).
Volksinitiative****Pour une politique climatique sociale
financée de manière juste fiscalement
(initiative pour l'avenir).
Initiative populaire***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.03.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.25 (FORTSETZUNG - SUITE)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir führen eine allgemeine Aussprache über Vorlage 1 und beraten das Eintreten auf Vorlage 2 und die Anträge der verschiedenen Minderheiten in einer einzigen Debatte.

Müller Leo (M-E, LU), für die Kommission: Wir behandeln jetzt die Volksinitiative mit dem Titel "Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)". Diese Initiative wurde von der Juso am 8. Februar 2024 mit 109 988 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative hat die Form eines ausgearbeiteten Entwurfes. Sie verlangt die Einführung einer Bundeserbschafts- und -schenkungssteuer. Diese Steuer soll ab einem einmaligen Freibetrag von 50 Millionen Franken auf der Summe des Nachlasses und aller Schenkungen zur Anwendung kommen. Der Steuersatz soll 50 Prozent betragen. Die Steuer soll von den Kantonen veranlagt und bezogen werden. Vom Rohertrag der Steuer würden zwei Drittel dem Bund und ein Drittel den Kantonen zukommen. Der Ertrag dieser Steuer wäre zweckgebunden einzusetzen: Er müsste von Bund und Kantonen "zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft" eingesetzt werden. Die Kompetenz der Kantone, selber zusätzlich eine Erbschafts- und/oder Schenkungssteuer zu erheben, soll dabei unberührt bleiben.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben unseres Rates hat diese Initiative an ihrer Sitzung vom 20. Januar 2025 beraten. Sie erstattet hiermit Bericht und stellt die entsprechenden Anträge, die Sie auf der Fahne sehen. Vor der inhaltlichen Beratung hat die WAK-N Anhörungen durchgeführt. So wurden Vertreterinnen und Vertreter des Initiativkomitees, der Finanzdirektorenkonferenz, von Economiesuisse, von Swissholdings, von Swiss Family Business sowie vom WWF angehört. Ebenso wurden zwei Vertreter der Wissenschaft angehört.

Danach hat der Bundesrat seine Haltung zur Initiative dargelegt, wie er das bereits in seiner Botschaft vom 13. Dezember 2024 getan hat. Insbesondere hat der Bundesrat auch die Frage der Gültigkeit dieser Initiative beurteilt. Er kommt zum Schluss, dass diese Initiative gültig ist, also weder ganz noch teilweise für ungültig erklärt werden soll. Insbesondere stellten sich in diesem Zusammenhang zwei Fragen. Einerseits geht es um die Einheit der Materie. Der Bundesrat kam zum Schluss, dass dieses Kriterium erfüllt ist. Andererseits geht es um die Frage der Rückwirkung. Dazu ist Folgendes auszuführen:

Nach Wortlaut und Systematik bezieht sich die von der Initiative geforderte rückwirkende Anwendung nur auf die Besteuerung von Nachlässen und von Schenkungen, die nach Annahme der Initiative ausgerichtet würden. Im Gegensatz dazu wären Handlungen zur Steuervermeidung von der Initiative nicht miterfasst. Eine solch rückwirkende Geltung würde verfassungsrechtlich auch nicht standhalten. Deshalb kam auch der Bundesrat bei diesem Punkt zum Schluss, dass die Initiative nicht für teilweise ungültig erklärt werden soll. Die rechtlichen Ausführungen dieser Beurteilung können Sie in der Botschaft auf den Seiten 8 bis 10 nachlesen. Die WAK-N hat sich dieser Beurteilung angeschlossen.

Die WAK-N kam zudem zum Schluss, dass diese Initiative möglichst rasch im Parlament behandelt werden solle. Die schädigende Wirkung, die diese Initiative allein aufgrund ihrer Hängigkeit verursache, sei für den



Standort Schweiz nachteilig. Deshalb sei die Zeitdauer bis zum Entscheid durch Volk und Stände möglichst kurz zu halten.

In der Kommission wurden vier Anträge auf weitere Abklärungen eingereicht, mit denen die Verwaltung beauftragt werden sollte, weitere Berechnungen vorzunehmen. Diese vier Anträge wurden mit 13 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung, mit 13 zu 8 Stimmen, mit 16 zu 7 Stimmen und mit 15 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung allesamt klar abgelehnt. Teilweise begründet wurde diese Ablehnung auch damit, dass die Kommission bereits die parlamentarische Initiative Jost 24.420, "AHV-Solidaritätsabgabe auf Millionen-Nachlässen", behandelt habe, die als indirekter Gegenvorschlag zur vorliegenden Initiative hätte angesehen werden können. Diese parlamentarische Initiative habe aber klar keine Mehrheit gefunden, und bereits dort hätten diverse Berechnungen vorgelegen. Realistischerweise würden weitere Abklärungen kaum zu massgeblichen Meinungsänderungen führen.

Nun zum inhaltlichen Ergebnis der Beratung: Eintreten auf die Volksinitiative ist obligatorisch. Der Bundesrat hat dem Parlament mit der Botschaft vom 13. Dezember 2024 die Initiative ohne Unterbreitung eines Gegenvorschlages zur Ablehnung beantragt.

Bevor die Kommission zur Volksinitiative Stellung bezog, hat sie diverse Anträge zur Formulierung eines direkten Gegenvorschlages diskutiert. Es handelt sich um die vier Anträge, die in der Kommission abgelehnt wurden. Diese in der Kommission abgelehnten direkten Gegenvorschläge finden Sie als Minderheitsanträge in der Vorlage 2 auf der Fahne. Dabei ging es um Vorschläge als Alternativen zur Volksinitiative, und zwar um die Einführung einer Vermögenssteuer für natürliche Personen auf Bundesebene sowie um andere Schwellenwerte und um andere Steuersätze, als sie die Volksinitiative vorschlägt. Wie bereits erwähnt, fanden alle diese Vorschläge keine Mehrheit in der Kommission.

Die Kommission kam in ihrer Beurteilung zum Schluss, dass eine hohe Erbschaftssteuer die Nachfolge vieler Familienunternehmen erschweren oder verunmöglichen würde. Sie hätte Wegzüge zur Folge und würde Zuzüge verhindern. Zudem wäre wegen den zu erwartenden Verhaltensanpassungen mit Steuerverlusten für die öffentliche Hand zu rechnen. Weiter durchbräche die Initiative die kantonale Hoheit, indem der Bund ebenfalls eine Erbschafts- und eine Schenkungssteuer einführen würde.

Ein von der Eidgenössischen Steuerverwaltung bei Professor Marius Brülhart von der Universität Lausanne in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zum Schluss, dass mit der Initiative mit einem Steuersatz von 50 Prozent insgesamt 77 bis 93 Prozent des potenziellen Steuersubstrats abwandern bzw. nicht zuwandern könnten. Schätzungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, basierend auf diesem Gutachten sowie auf einer Datenerhebung bei den Kantonen, deuten auf eine noch höhere potenzielle Abwanderungsquote hin. Die Steuerverwaltung kam zum Schluss, dass 85 bis 98 Prozent dieses Steuersubstrats abwandern könnten. Nach

AB 2025 N 101 / BO 2025 N 101

diesen Abwanderungseffekten verblieben somit unter Umständen aus der mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Erbschafts- und Schenkungssteuer nur noch geschätzte Erträge von rund 100 bis 600 Millionen Franken. Diesen neuen Einnahmen stünden wiederum Ausfälle bei bestehenden Einkommens- und Vermögenssteuern – die Vermögenssteuern fallen bei den Kantonen an – in der Höhe von schätzungsweise 2,8 bis 3,7 Milliarden Franken gegenüber. Das sind die Berechnungen, die dazu angestellt wurden.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben unseres Rates beantragt Ihnen, keinen Gegenvorschlag zu unterbreiten, und beantragt mit 17 zu 8 Stimmen, diese Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

Pamini Paolo (V, TI), pour la commission: Nous sommes appelés aujourd'hui à débattre de l'initiative populaire fédérale déposée par la Jeunesse socialiste suisse, qui propose l'introduction d'un impôt fédéral sur les successions et les donations applicable aux montants dépassant une franchise de 50 millions de francs, avec un taux de 50 pour cent. Les recettes de cet impôt seraient utilisées pour financer des mesures contre le changement climatique sur les plans fédéral et cantonal.

Il 20 gennaio 2025 la Commissione dell'economia e dei tributi del Consiglio nazionale si è chinata su questo oggetto e ha deciso di proporvi, con 17 voti favorevoli e 8 contro, di raccomandare al popolo e ai Cantoni di rigettare l'iniziativa popolare. D'altra parte, la commissione ha rinunciato a proporre qualsiasi controprogetto. Cette décision a été prise après avoir entendu le comité d'initiative, les représentants des finances cantonales, des associations économiques telles que Economiesuisse, Swissholdings, Swiss Family Business, le WWF Suisse ainsi que deux experts scientifiques, dont le professeur Brülhart, qui a fait des analyses scientifiques commandées par le Conseil fédéral.

Cette décision repose sur plusieurs considérations critiques. Premièrement, l'introduction d'un impôt aussi élevé sur les successions risquerait de compromettre gravement la survie de nombreuses entreprises fami-



liales, les poussant à quitter la Suisse ou empêchant de nouvelles entreprises de s'y installer. Le risque de pertes fiscales est bien réel, en raison de changements de comportement que ne manquerait pas de provoquer un tel impôt. Deuxièmement, l'initiative contrevient au principe de la souveraineté fiscale des cantons, qui perçoivent déjà un impôt sur les successions.

Troisièmement, sur le plan institutionnel, bien que l'initiative soit considérée comme valide, elle présente des aspects problématiques. Elle entre notamment en conflit avec plusieurs principes constitutionnels, comme, à l'article 127 alinéa 2 de la Constitution, l'universalité de l'impôt, vu que l'impôt ne toucherait que 300 personnes par année. Elle entre également en conflit, selon l'article 127 alinéa 2 de la Constitution, en ce qui concerne le principe d'imposition selon la capacité économique, parce que le seuil de 50 millions de francs est jugé arbitraire.

Elle entre également en conflit avec l'article 26 de la Constitution, qui concerne la garantie de la propriété privée, qui serait touchée. Dans certains cantons, l'impôt fédéral et cantonal pourrait atteindre un taux qui dépasse les 100 pour cent. Ce serait par exemple le cas du canton de Genève, avec l'impôt fédéral dont on est en train de discuter et l'impôt cantonal déjà existant. Un autre article de la Constitution qui entre en conflit avec l'initiative est l'article 27 sur la liberté économique. L'impôt causerait une vente partielle de l'entreprise dans 34 pour cent des cas et une vente totale dans 31 pour cent des cas, selon une étude faite par la société de conseil PWC – je déclare mes intérêts personnels en signalant travailler pour elle – au printemps 2024, avec l'interview de 224 entreprises familiales.

Finalement, concernant l'article 5 alinéa 2 de la Constitution, la perception de l'impôt sur les successions n'est pas proportionnelle à l'égard des objectifs climatiques.

Il est important de souligner que, dans son message, le Conseil fédéral a mis en avant ces mêmes risques, analyse partagée par la majorité de la commission de votre conseil.

Un aspetto molto sensibile tocca l'applicazione retroattiva dell'imposta. La commissione, esattamente come il Consiglio federale, è dell'opinione che un'imposta, se è accettata dal popolo e dai Cantoni, sulla carta non può essere prelevata che a partire dalla data della votazione. La percezione effettiva di questa imposta si scontrerebbe in realtà con molti ostacoli pratici. Non abbiamo nessun accordo con Paesi esteri per la percezione qualora il contribuente o la contribuente abbia abbandonato la Svizzera. Sarebbe peraltro molto complicato giudicare i motivi di natura non fiscale – ricongiungimento familiare, motivi di salute ed altri – dell'abbandono della Svizzera.

Il convient également de rappeler que la question d'un impôt sur les successions a été examinée très récemment dans le cadre de l'initiative parlementaire Jost 24.420, qui proposait un impôt solidaire sur les successions de 10 pour cent, avec une franchise non imposable de 5 millions de francs. Cet objet a été traité par la Commission de l'économie et des redevances l'automne dernier. La commission, pour des raisons similaires à celles évoquées aujourd'hui, a décidé de ne pas donner suite à cette initiative. C'est pour cela que la commission a décidé également de ne pas opposer de contre-projet à l'initiative que nous traitons aujourd'hui.

Pour ce qui concerne la politique climatique, la Confédération et les cantons y sont déjà activement engagés, rendant superflue la création de nouveaux fonds par le biais d'un impôt sur les successions.

Enfin, la majorité de votre commission estime que l'initiative n'est pas en mesure d'atteindre les objectifs financiers qu'elle propose en matière de prélèvement fiscal. Selon les initiants, l'impôt pourrait générer environ 6 milliards de francs par an. Cependant, le Conseil fédéral estime qu'en limitant les calculs aux contribuables de plus de 65 ans, les recettes fiscales brutes pourraient s'élever à 4 milliards de francs. Cette estimation doit toutefois être corrigée en fonction des ajustements de comportement, dont il a déjà été question précédemment dans mon intervention. Compte tenu du départ de Suisse de contribuables fortunés de leur vivant, le Conseil fédéral estime que l'impôt sur les successions pourrait rapporter entre 500 millions et 1,1 milliard de francs par an.

En outre, si l'on prend en compte la perte de recettes au titre des impôts directs sur le revenu, sur la fortune, sur le bénéfice et sur le capital causée par le départ prématuré de Suisse, l'impôt pourrait à l'avenir entraîner globalement une contraction nette des recettes fiscales fédérales, cantonales et communales à hauteur de 200 millions à 1,2 milliard de francs de pertes nettes par an.

Pour toutes ces raisons, même l'hypothèse de contre-projets plus modérés a été rejetée par la commission, avec le même score de 17 voix contre 8.

Je vous invite donc à suivre notre commission et à recommander le rejet de cette initiative populaire sans contre-projet.

Widmer Céline (S, ZH): Wir können die Sache ganz nüchtern betrachten. Die Initiative für eine Zukunft möchte eine Erbschaftssteuer für sehr, sehr hohe Vermögen, um mit den Einnahmen aus dieser Steuer den Kampf



gegen die Klimakrise zu finanzieren.

Ich möchte drei Dinge festhalten: Erstens ist es wohl – ausser am rechten Rand – unbestritten, dass die Bekämpfung der Klimakrise eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben ist, die wir haben. Dass deren Bewältigung nicht gratis ist, sondern grosse Investitionen vonnöten sind, ist auch klar. Zweitens findet die Wissenschaft im Allgemeinen die Besteuerung von Erbschaften sinnvoll. Ökonomen und Ökonomen sagen, dass die Erbschaftssteuer eine der wenigen Steuern ist, die nicht oder kaum leistungshemmend sind, ja sogar leistungsfördernd wirken können. Drittens habe ich auch den Eindruck, dass viele Menschen in der Schweiz im Grundsatz finden, dass es nicht ganz falsch ist, wenn von sehr hohen Erbschaften ein Teil an die Allgemeinheit abgegeben wird.

Klar ist auch: Die Vermögen in der Schweiz sind gegenüber der Entwicklung bei den Einkommen praktisch explodiert. Diese Tendenz ist zwar auch in anderen Ländern zu

AB 2025 N 102 / BO 2025 N 102

beobachten, aber in der Schweiz zeigt sie sich ganz besonders. Die Konzentration der Vermögen ist in der Schweiz im Unterschied zur Konzentration der Einkommen besonders hoch, und sie nimmt laufend und deutlich zu. Heute stammen die Vermögen der dreihundert Reichsten zu 75 Prozent aus Erbschaften. Erbschaften und Schenkungen erhalten also immer mehr Gewicht. Gemäss Schätzungen von Professor Brühlhart, den wir auch in der Kommission angehört haben – Sie haben es gehört –, werden in diesem Jahr rund 100 Milliarden Franken verschenkt und vererbt. Gleichzeitig ist die Besteuerung von Vermögen und Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen in den letzten dreissig Jahren stark zurückgegangen.

Dies alles gesagt, erstaunt es doch einigermaßen, dass sich die Mehrheit der Kommission dieser wichtigen Diskussion einfach verweigern will. Sie könnte ja zum Beispiel sagen oder auch finden, dass der von der Volksinitiative vorgeschlagene Steuersatz von 50 Prozent zu hoch oder die Freigrenze von 50 Millionen Franken zu tief sei. Wie sie das den Menschen, den 85 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer erklärt, die wissen, dass sie ganz bestimmt nie oder höchstens ein paar tausend Franken erben, ist mir hingegen schleierhaft.

Mit unseren Minderheiten bieten wir Ihnen verschiedene direkte Gegenvorschläge an. Alle diese Anträge nehmen die Forderungen der Initianten auf, schwächen sie aber – das kann ich hier klar sagen – extrem ab. Wir mussten leider zur Kenntnis nehmen, dass sich die Kommissionsmehrheit dieser Diskussion komplett verweigert. Sie hat uns nicht einmal ermöglicht, wie normalerweise üblich, für die von uns beantragten Gegenvorschläge noch Berechnungen der Verwaltung einzuholen; Sie haben es von den Kommissionsprechern gehört. Die Mehrheit wollte sich partout nicht auf diese Diskussion einlassen. Während die Minderheiten II (Bendahan), III (Amoos) und IV (Ryser) deutlich tiefere Steuersätze beantragen, beantrage ich Ihnen mit meiner Minderheit ein alternatives Konzept. Statt des Erbes soll das Vermögen besteuert werden. Stark vereinfacht kann man nämlich sagen, dass eine Vermögenssteuer eine Erbschaftssteuer auf Raten ist. Statt einmal pro Generation bei der Vermögensübertragung zu besteuern, soll dies jedes Jahr geschehen.

Deshalb beantrage ich Ihnen eine Generationensteuer in Höhe von 1 Prozent als Vermögenssteuer mit einer Freigrenze von ebenfalls 50 Millionen Franken. Das wäre äusserst moderat und würde zu einer massiv tieferen Steuerbelastung führen als das Modell der Initiative, aber es würde uns dennoch helfen, einen Beitrag zur Finanzierung des Kampfes gegen die Klimakrise zu leisten. Ich bitte Sie um Unterstützung dieses alternativen Konzepts.

Bendahan Samuel (S, VD): La croissance des inégalités à travers le monde, ainsi qu'en Suisse, est vertigineuse. De nombreux arguments sont constamment donnés pour s'opposer à un impôt sur l'héritage. Pourtant, l'héritage, l'héritage régulier, le maintien du pouvoir, des fortunes et de l'argent dans les mêmes mains, puis dans les mains de leurs descendants, est une des causes de la concentration des richesses que nous connaissons aujourd'hui. Une grande majorité des gens qui sont aujourd'hui ultrafortunés le sont soit parce qu'ils sont des héritiers, soit parce qu'ils ont hérité d'une grande somme.

Nous ne sommes pas dans un modèle libéral, où chacun a les mêmes chances de gagner et où le mérite fait la loi. Nous sommes dans un monde où la chance d'être bien ou mal né amènera le succès que l'on aura dans la société. Mieux vaut être riche, ne pas avoir trop de bonnes idées et pouvoir juste donner de l'argent, que d'avoir de bonnes idées, d'être compétent et de ne pas avoir cette dernière chance.

Face à cela, quelque chose doit être fait, d'autant plus avec l'évolution du monde que nous vivons. Aujourd'hui, des oligarques prennent le contrôle de la société, prennent le contrôle de la démocratie, comme nous le voyons aux Etats-Unis, et menacent la liberté de tout un chacun sur cette terre. Il s'agit d'un des plus grands dangers auxquels nous faisons face. La Jeunesse socialiste, avec son initiative, propose une réponse relativement modeste, puisqu'elle dit: "jusqu'à 50 millions, c'est en ordre, au-delà, il faut contribuer un peu plus à la société".



Cela n'empêche toutefois pas la concentration de la fortune.

Je vous propose toutefois un contre-projet qui permet de répondre à l'un des arguments qui est le plus souvent cité. Beaucoup de gens disent: "vous avez totalement raison, mais j'estime que, si j'ai travaillé toute ma vie pour gagner de l'argent, je dois pouvoir décider de ce que j'en fais". Le contre-projet que je vous propose répond complètement à cet argument. Si vous estimez que les gens qui ont travaillé pour gagner leur argent doivent pouvoir le transmettre sans imposition, alors vous pouvez au moins soutenir ce contre-projet. Pourquoi le feriez-vous? Parce que ce contre-projet propose la chose suivante: si vous avez travaillé toute votre vie pour gagner une somme, quelle que soit cette somme, quand vous la transférez à un héritier ou une héritière, elle est exonérée d'impôts. La taxation des gens qui ont travaillé, gagné leur vie et qui décident de faire ce qu'ils veulent de cet argent, ne connaît pas d'augmentation.

Si des personnes qui ont hérité de l'argent sans avoir travaillé décident de le thésauriser, si elles ne font rien de cet argent et le transmettent simplement encore en héritage, alors elles ne peuvent plus prétendre à ce même mérite. Dans ce cas, soit à la deuxième génération, nous proposons d'imposer une partie du gain. Ce qui est proposé se fonde sur le taux de l'impôt fédéral direct. Le taux est plus modeste que celui qui est proposé par les auteurs de l'initiative. Le contre-projet dit la chose suivante: si ton papa ou ta maman a travaillé toute sa vie pour te transmettre une somme, tu peux la garder; mais, si tu es issu d'une vieille famille d'héritiers et que, toi encore, tu hérites de cet argent-là, cette somme sera traitée comme un autre revenu, comme si tu avais travaillé, ni plus ni moins. Tu es imposé à l'impôt fédéral direct sur ce revenu pour lequel ni toi ni tes ascendants n'avez travaillé.

Il s'agit d'un projet modeste. Je vous invite ainsi à dire si nous voulons une société où le mérite compte encore, plutôt que la simple transmission de la fortune comme à l'époque féodale. Acceptez au moins ce contre-projet, soit la minorité II (Bendahan)! Acceptez que, si nous sommes libres de faire ce que nous voulons de l'argent que nous gagnons, lorsque, sans avoir fait preuve de mérite, nous recevons de l'argent parce que nous avons de la chance, alors la prochaine personne qui le recevra, elle au moins, paiera un peu d'impôts sur cette somme. Tout cela est extrêmement modeste.

Si vos seules critiques face à l'initiative sont de dire que vous la trouvez extrême ou que vous voulez revenir à une logique du mérite et être récompensé avec le travail fourni, acceptez au moins ma proposition de minorité. Finalement, elle ne vise qu'à ceci: on garde le mérite tiré de son travail et on en fait ce que l'on veut sans imposition. Si l'on a simplement hérité d'une somme après plusieurs générations, dans ce cas, on ne peut pas dire qu'on l'a méritée, on a eu de la chance. Dans ce cas, après plusieurs générations, une imposition modeste à hauteur de l'impôt fédéral direct sera perçue sur le montant. Ce modèle est créatif et il fonctionne. Il permettrait, sans causer aucun problème ni sans risquer de faire partir des gens, d'imposer un peu plus justement l'héritage et de garantir une société un peu plus juste que celle que nous connaissons, car, aujourd'hui, la démocratie est mise en danger par la concentration du pouvoir.

Amoos Emmanuel (S, VS): Face aux inégalités qui augmentent très fortement depuis des années, réfléchir à l'impôt sur les successions est absolument essentiel. Beaucoup de personnes pensent qu'il n'y a rien de plus naturel que d'hériter d'une fortune familiale. Si l'héritage est, par principe, majoritairement considéré comme allant de soi, sa légitimité est rarement interrogée. Son poids ne cesse de prendre de l'importance. J'ai d'ailleurs entendu les rapporteurs qui justifiaient leur prise de parole grâce à des études du professeur Marius Brülhart. Messieurs les rapporteurs, je vais vous donner d'autres chiffres assez intéressants du professeur Brülhart, tirés d'une étude parue en 2019.

Dans cette étude, il est indiqué que la moitié du patrimoine des Suisses provient d'un héritage. En plus, le montant annuel des héritages et des donations augmente à un rythme soutenu. En 2020, il a atteint environ 95 milliards de francs

AB 2025 N 103 / BO 2025 N 103

contre seulement 36 milliards de francs en 1999. Le montant des héritages a donc pratiquement triplé en seulement vingt ans. Il montre également que, dans notre pays, de plus en plus de cantons ont réduit ou annulé purement et simplement cet impôt. La charge fiscale sur les héritages a considérablement diminué au cours des dernières décennies. Alors qu'en 1990, chaque franc suisse hérité était encore soumis à un impôt sur les successions de 4,1 centimes, la moyenne actuelle n'est aujourd'hui plus que de 1,4 centime; un impôt à peu près divisé par 4. Il explique encore que la principale motivation politique derrière ces réductions d'impôt était la concurrence fiscale intercantonale. Toutefois, les analyses montrent que les variations d'impôts cantonaux sur les successions n'ont pas entraîné de mouvement migratoire perceptible chez les contribuables âgés fortunés. Par conséquent, la réduction de l'impôt sur les successions par les cantons représente simplement une



perte sèche pour les finances de tous les cantons qui ont procédé à ces diminutions. Il n'y a pas eu d'appel d'air et il n'y a pas eu de nouveaux riches qui se sont déplacés d'un canton à l'autre à la suite de diminutions d'impôt sur les successions.

L'héritage reste donc fortement attaché à la famille, aux transmissions familiales. Le problème est qu'il est à l'opposé des principes d'égalité, mais surtout, aux principes de mérite et de travail auxquels sont généralement attachés les Suissesses et les Suisses. Le système actuel permet en effet de reproduire les inégalités à l'infini. Si les plus riches peuvent prétendre aux héritages les plus élevés, l'inverse est évidemment vrai. Les ménages les plus modestes n'hériteront souvent de rien ou de très peu, voire devront simplement refuser des dettes. Si l'on souhaite réellement s'attaquer au problème des inégalités, il faudra donc nécessairement s'attaquer à celui des héritages. L'étude du professeur Brühlhart démontre la nécessité d'agir sur le plan fédéral, afin d'éviter toute compétition néfaste entre les cantons. La question de discuter de l'impôt sur les successions est donc absolument nécessaire. Reste maintenant ouverte – et je peux entendre cela – la question des niveaux d'imposition ou du système d'imposition. Vous avez ici, notamment avec ma proposition de minorité, mais également avec celle de mes collègues préopinants, la possibilité de proposer un contre-projet.

Je propose, par le biais de ma minorité III, un taux d'imposition non pas de 50 pour cent, mais de 25 pour cent. La franchise reste fixée à 50 millions de francs. Jusqu'à 50 millions de francs – 50 millions –, il n'y aurait donc aucun impôt sur les successions par le biais de cette initiative ou du potentiel contre-projet. Ce ne serait qu'à partir de plus de 50 millions de francs que les fortunes seraient taxées.

Posez-vous la question de savoir si, un jour ou l'autre, vous risqueriez d'être potentiellement concernés par cet impôt sur les successions si l'on décidait d'établir un impôt à partir de 50 millions de francs uniquement. Il n'y a que très peu de personnes – potentiellement deux dans cette salle – qui pourraient y prétendre. Cette proposition est donc absolument nécessaire pour arriver à un système un petit peu plus égalitaire et surtout corriger – corriger – ce que les cantons ont fait depuis de nombreuses années, c'est-à-dire simplement mettre à mort l'impôt sur les successions.

Vous pouvez rejeter l'initiative; nous faisons toute une série de propositions de contre-projet. A vous de choisir.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Cher collègue Valaisan, si j'ai bien compris votre argumentation, le but de cette initiative est avant tout de débattre de l'impôt sur les successions. Que pouvez-vous dire aux Valaisans dont l'héritage est le fruit d'économies, souvent d'un quatrième pilier, qui représente une bonne entrée dans la vie pour les générations suivantes, avec ce type d'argument?

Amoos Emmanuel (S, VS): Cher collègue Roduit, 50 millions de francs, pensez-vous que cela concerne beaucoup de gens que vous connaissez, que vous rencontrez tous les jours dans le canton du Valais? Moi je peux vous dire, Monsieur Roduit, que je connais très peu de Valaisannes et de Valaisans dont le patrimoine est supérieur à 50 millions de francs. Cela concerne donc très très peu de personnes en Valais. Et c'est seulement à partir de ces 50 millions de francs que l'imposition sur les successions serait faite. Donc si on a, par exemple, une fortune de 51 millions de francs, c'est simplement sur ce million supplémentaire que l'imposition sur les successions serait faite.

Après on pourra discuter – je reste ouvert à la discussion – sur ce que l'on considère comme faisant partie de la fortune, mais cela devra être réglé dans la loi d'application qui suivra; ce sera donc à la commission de faire son travail.

Buffat Michaël (V, VD): Monsieur le conseiller national, savez-vous que depuis le dépôt de cette initiative, un certain nombre de contribuables ont déjà fui le pays? Pouvez-vous me dire combien de contribuables ont déjà fui notre pays par crainte de cette initiative et quel est le manque à gagner en matière de recettes fiscales?

Amoos Emmanuel (S, VS): Ce que l'on connaît, par exemple, ce sont les chiffres de la réforme de l'imposition concernant l'impôt forfaitaire à Zurich, qui aurait pu faire fuir avec grande peur tous les riches contribuables étrangers du canton de Zurich. Rendez-vous compte que de nombreux contribuables sont restés à Zurich. Vous pensez que les gens sont uniquement là pour payer le moins d'impôts possible. Vous avez une très basse considération de la valeur et du vivre-ensemble dans notre pays. Si les gens viennent vivre en Suisse, c'est principalement également pour des éléments de sécurité et c'est également pour le plaisir d'avoir de magnifiques paysages. Ce n'est pas uniquement pour l'impôt que les personnes restent vivre dans notre pays.

Präsidentin (Christ Katja, zweite Vizepräsidentin): Herr Amoos beantwortet keine Fragen mehr.

Ryser Franziska (G, SG): Jeder zweite Franken Privatvermögen ist heute geerbt. Das führt zu einer immensen Konzentration von Vermögen auf einige wenige Personen. Es verstärkt die Ungleichheit in unserem Land und



ist schlecht für die Demokratie. Wir wissen alle, dass eine Korrektur des Steuersystems der einzige Hebel ist, um dem entgegenzuwirken. Und dass es einer Korrektur bedarf, ist heute in breiten Kreisen Konsens. Selbst 150 Millionärinnen und Millionäre haben in einem offenen Brief gefordert: "Tax us, the rich, and tax us now." So lautete ihre Botschaft am WEF vor zwei Jahren. Die Initiative für eine Zukunft trifft mit ihrem Anliegen also einen Nerv. Kein Wunder, dass sie so hohe Wellen geschlagen hat, noch bevor die Botschaft überhaupt auf dem Tisch war.

Die Initiative hat im Grundsatz recht, aus zwei Gründen:

1. Die Erbschaften nehmen zu, auch in der Schweiz. Die Hälfte des Vermögens von Schweizerinnen und Schweizern wurde nicht selbst erarbeitet, sondern geerbt. Personen, die älter als 85 Jahre sind, formen heute die wohlhabendste Altersgruppe. Der Ertrag aus Erbschaftssteuern hat hingegen kaum zugenommen. Gegenüber 1990 wird heute ein viermal grösseres Vermögen vererbt oder verschenkt, also 400 Prozent. Dagegen haben die Fiskaleinnahmen aus Erbschaftssteuern im gleichen Zeitraum aber nur um 140 Prozent zugenommen. Es besteht also Spielraum für eine Bundeserbschaftsteuer.

2. Die Schweizer Klimapolitik ist ungenügend. Der Einsatz für den Klimaschutz, den Erhalt der Biodiversität und die Dekarbonisierung reicht nicht aus, um unsere Ziele zu erreichen. Auch im internationalen Vergleich stehen wir nicht gut da. Die Schweiz ist im Klima-Ranking um zwölf Plätze zurückgefallen und liegt nun hinter Ländern wie Brasilien, Nigeria oder Rumänien. Wenn in Zukunft auch noch bewährte Instrumente wie das Gebäudeprogramm den Sparmassnahmen zum Opfer fallen sollten, haben wir ein grosses Problem; die Folgen werden teuer sein. Ein Weiter-wie-bisher hat im Jahr 2050 Kosten von 10 bis 38 Milliarden Euro zur Folge. Jetzt in die Klimawende zu investieren, kommt uns am Ende sechsmal günstiger, als nichts zu tun. Aber dafür müssen wir jetzt auch Mittel in die Hand nehmen.

Eine Erbschaftsteuer auf Bundesebene wirkt der Konzentration von Vermögen entgegen und kann zur Finanzierung

AB 2025 N 104 / BO 2025 N 104

unserer Jahrhundertaufgabe beitragen. Sie greift in keine Kompetenz der Kantone ein, im Gegenteil: Gerade die Entwicklung der Erbschaftssteuereinnahmen zeigt, dass Spielraum vorhanden ist. Auch ökonomisch gesehen ist die Erbschaftsteuer sinnvoll, denn im Gegensatz zur Einkommenssteuer belastet sie Einkommen und damit die Eigenleistung nicht. Eine Erbschaftsteuer ist also nicht leistungshemmend und hat auch in Zeiten einer alternden Bevölkerung und in Zeiten des Fachkräftemangels ihre Berechtigung. Entscheidend ist aber die Ausgestaltung. Vermögende Personen sollen nicht zu einem Wegzug aus der Schweiz bewogen werden. Dies hätte negative Auswirkungen, insbesondere durch die ausbleibenden Vermögenssteuern zu Lebzeiten. Das Gutachten von Professor Brühlhart zeigt auf, dass mit einem Steuersatz, wie in der Initiative angedacht, ein relevanter Teil des mobilen Vermögens verschoben werden könnte, sofern man keine wirksamen Gegenmassnahmen installierte. Eine moderate Erbschaftsteuer hingegen ist zielführend, mit einem tiefen Freibetrag und einem tiefen, konstanten Steuersatz. Genau das beantrage ich Ihnen als Gegenvorschlag. Eine Steuer von 5 Prozent auf ein Erbe von über 5 Millionen Franken ist ein angemessener Beitrag an die gesellschaftlichen Herausforderungen und die ökologische Wende. Die Initiative bringt ein berechtigtes Anliegen vor. Ein Gegenvorschlag mit einem Fünf-fünf-Modell, also 5 Prozent auf über 5 Millionen Franken, kann die hitzige Diskussion in eine konstruktive Bahn lenken. Für die Erben ist diese Grössenordnung plan- und finanzierbar, für den Bundeshaushalt eine notwendige Stärkung und für die wegen der Klimakrise nötigen Massnahmen dringend notwendig.

Wermuth Cédric (S, AG): Gemäss der wunderschönen "Bilanz"-Liste der dreihundert Reichsten, die ich jedes Jahr mit Bewunderung lese, ist im Moment ein Herr Wertheimer der reichste Schweizer – er ist unter anderem Besitzer von Chanel – bzw. die reichste in der Schweiz lebende Person, so muss man es sagen. Herr Wertheimer nennt knappe 38 Milliarden sein bescheidenes Eigenvermögen. Wenn jemand, der oder die in der Schweiz den Medianlohn verdient – genau 50 Prozent der Löhne sind darunter, 50 Prozent der Löhne sind darüber – und die ganze Zeit nicht einen einzigen Franken ausgibt, weder für Essen noch für Steuern, heute das gleiche Vermögen haben wollte, dann hätte diese Person 450 000 vor Christus damit beginnen müssen, Geld zu verdienen. Damit Sie einfach eine Grössenordnung haben: Das ist ungefähr dann, als die Ablösung der Britischen Inseln vom Kontinent begann, weil das Wasser in den Kanal geflossen ist. Hierin erkennt man, an welche Realitäten wir uns heute in diesem Land schon gewöhnt haben.

Das ist, glaube ich, das erste und zentralste Verdienst dieser Initiative, dass sie die schon vorhin erwähnte mediale Kampagne widerlegt und klar offenlegt: Radikal und anmassend und obszön ist nicht diese Initiative der Juso, radikal und obszön ist vielmehr die Realität der ungleichen Verteilung des Reichtums und des



Vermögens in diesem Land. Dagegen sollten wir etwas tun.

Ich möchte auf zwei Argumente kurz eingehen, die vorhin schon genannt worden sind und nachher in der Debatte sicher auch noch kommen werden. Zum einen wurde angemahnt, man würde mit dieser Erbschaftssteuer Gefahr laufen, Leistung nicht mehr zu belohnen und die Meritokratie infrage zu stellen. Die Wahrheit ist, Frau Widmer hat es ausgeführt: Zwischen 60 und 80 Prozent, je nach Basisjahr, der Reichsten in diesem Land haben ihr Geld aus Erbschaften, nicht aus Leistung. Es werden inzwischen 100 Milliarden pro Jahr vererbt. Davon gehen drei Viertel an die reichsten 10 Prozent. Wenn Sie sich Sorgen über den Leistungsanreiz machen, dann sollten wir uns fragen, ob wir uns da nicht eine oligarchische Junggeneration von Superreichen heranzüchten, die eben nicht mehr weiss, dass man für Geld auch arbeiten muss.

Dann möchte ich auch noch auf das zweite Argument zu sprechen kommen, das vorhin von einem Sprecher der Kommission vorgebracht worden ist. Es ist nicht wahr, dass wir mit dieser Initiative eine willkürliche Erbschaftssteuer auf Bundesebene exklusiv für einen kleinen Teil der Schweizer Bevölkerung einführen würden. Es gibt bereits eine Erbschaftssteuer für den Mittelstand, nämlich den Vermögensverzehr bei den Pflegekosten. Meine Generation wird praktisch nichts von der Generation ihrer Eltern erben, zumindest wenn sie normal verdienen, weil wir in diesem Land eine enorme Lücke in den Sozialversicherungen haben und die Pflegekosten nicht gedeckt sind. Nichts, praktisch nichts werden wir davon sehen. Es gibt eine Erbschaftssteuer, es geht nur darum, die Gerechtigkeit dahin gehend herzustellen, dass es auch für die Superreichen eine gibt.

Schliesslich ist es das Verdienst dieser Initiative, dass sie den Finger dort drauflegt, wo er hingehört: auf das Verursacherprinzip. Die wissenschaftliche Erkenntnis ist nun einmal, dass wir in der Klimakrise eben nicht alle im selben Boot sind. Das ist nicht wahr. Diejenigen, die verantwortlich sind, sitzen an den Schalthebeln der Macht, in der Wirtschaft, mit ihrem Überkonsum an Privatjets und Superjachten, mit ihren Investitionen in Firmen, die die Umwelt zerstören. Diese Personen gehören zur Verantwortung gezogen. Wir haben es dreissig Jahre lang mit Freiwilligkeit versucht, was aber nicht funktioniert hat.

Wenn wir jetzt nichts tun, dann droht die Ungleichheit nichts weniger infrage zu stellen als die demokratische Kohäsion unserer Gesellschaft. Nichts zu tun bedeutet, das System Elon Musk und Donald Trump auch in der Schweiz zu riskieren, wo die Superreichen am Ende des Tages wichtiger werden als die Regierung, weil sie sich die Infrastrukturen zur Veränderung der Klimapolitik, zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung einfach so zusammenkaufen. Das ist gegen die Grundidee der Republik, die 1848 gegründet wurde.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion zuzustimmen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Was ist bürgerlich? Das frage ich jeweils das Publikum an meinen 1.-August-Reden. Dann wenden sich alle etwas peinlich berührt ab und schauen den Boden an oder schauen in die Luft oder auf ihr Handy. Dann frage ich: "Wer von Ihnen liest die 'Glückspost'?" Dann streckt immer noch niemand auf, obwohl es einige sicher tun. Dann frage ich: "Was ist, wenn Sie in der 'Glückspost' lesen, Prinz Harry heirate keine Adlige? Wen heiratet er dann?" Dann kann es vorkommen, dass jemand aufstreckt und sagt: "Dann heiratet er eine Bürgerliche." Womit wir lernen: Jede "Glückspost"-Leserin weiss besser, was bürgerlich heisst, als die meisten unter uns, weil bürgerlich das Gegenteil von Adel ist. Die bürgerliche Revolution hat uns fundamentale liberal-bürgerliche Prinzipien beschert, für die wir heute noch dankbar sind. Das ist die Leistungsgesellschaft, in der Leistung und nicht Herkunft oder Vorrechte durch Geburt zählen und in der Privilegien abgeschafft wurden. Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengleichheit, das sind die fundamentalen Werte der bürgerlichen Revolution.

Was haben Sie seither und vor allem in den letzten 25 Jahren gemacht? Sie haben Privilegien an die Privilegierten verteilt. Das ist das Gegenteil von bürgerlichen Werten. Pauschalbesteuerung, Abschaffung der Erbschaftssteuer, privilegierte Dividendenbesteuerung – es heisst auch alles noch so –, die Senkung der Vermögenssteuer, keine Kapitalgewinnsteuer, und dies alles, obwohl die Vermögensverteilung immer krasser wird: 1 Prozent besitzt hier in der Schweiz 44 Prozent des Vermögens; 50 Prozent der Menschen hier in der Schweiz haben kein oder kaum oder ein negatives Vermögen, leben also von der Hand in den Mund. Die 2300 Betroffenen dieser Initiative, es sind nur 2300 Betroffene, haben fünfmal mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung in der Schweiz. Von denen sind die Hälfte Pauschalbesteuerte, sie zahlen keine Vermögenssteuern, zahlen keine Kapitalgewinnsteuern, zahlen keine sonstigen Steuern, vor allem aber keine Vermögenssteuern. Weltweit besitzen 53 Personen gleich viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Die Klimabelastung durch Überreiche: Sie verursachen in 90 Minuten gleich viel CO₂ wie eine normale Person in ihrem ganzen Leben. Da kann ich nur sagen: Willkommen im Neofeudalismus! Sie opfern immer mehr fundamentale Werte der bürgerlichen Revolution und etablieren und begünstigen nonstop einen neuen Geldadel. Und was tun Sie, wenn die Juso

**AB 2025 N 105 / BO 2025 N 105**

sagt: "Stopp, schauen wir uns das mal an, diese Vermögenskonzentration ist, auch mit Blick auf die USA, vielleicht nicht mehr gut für unser Leben"? Was sagen Sie? Sie geraten in Schnappatmung und finden dann irgendwie, unser Wohlstand sei in Gefahr und alle Reichen würden gehen.

Aber ich frage Sie: Was war vor dem November 2016? Die ersten Erbschaftssteuern wurden 2008 in St. Gallen abgeschafft, die letzten 2016 in Obwalden. Wissen Sie, wie hoch die Erbschaftsteuer vorher war? Wir hatten Freibeträge um die 50 000 Franken – nicht 50 Millionen Franken, 50 000! – und Erbschaftssteuern in der Höhe zwischen 20 und 45 Prozent. Die gibt es noch heute in den Kantonen, einfach nicht mehr für die direkten Nachkommen. Sind da alle gegangen? Sind da alle Firmen pleitegegangen? Hallo? Nein, sind sie nicht. Ich frage Sie, wohin sollen alle diese gehen, die jetzt plötzlich drohen, sie würden gehen? Alle haben Erbschaftssteuern, in England betragen sie 40 Prozent, und dort haben Sie doch einen gesunden Stock an Supermegareichen.

Ihre apokalyptische Behauptung, diese Initiative sei extrem, hat weder Hand noch Fuss und entbehrt jeglicher Fakten. Extrem ist, meine Vorredner haben es gesagt, diese krasse Vermögenskonzentration, die viel, viel extremer ist als zu Zeiten des Feudalismus. Und Sie reden nicht einmal über die moderaten Gegenvorschläge. Sie wollen nicht einmal wissen, wie die Situation ist, auch die Medien nicht. Haben irgendwelche Medien über die Vermögensverteilung berichtet? Nein! Nein, sie haben das apokalyptische Szenario an die Wand gemalt. Das ist eine Arbeitsverweigerung sondergleichen seitens der Politik und seitens der Medien.

Nachdem ich Ihnen einige Fragen gestellt habe, habe ich noch einen Wunsch an Sie. Ich hätte hier, in diesem Parlament, gerne ein paar Leute weniger, die ständig den Bückling vor dem modernen Hut des Gessler machen, und lieber ein paar Tellen mehr, die sich dem Geldadel vielleicht ein wenig verweigern oder zumindest einmal hinschauen und sagen: Hey, vielleicht haben wir diesbezüglich Handlungsbedarf.

Bendahan Samuel (S, VD): J'aimerais vous parler d'un aspect de cette initiative. Avant même les débats parlementaires, les personnes ultrafortunées de ce pays se sont excitées en disant que cette initiative était soi-disant trop extrême. Dire que cette initiative est extrême, alors qu'elle vise à ce que seules les fortunes de plus de 50 millions de francs soient imposées, et seulement la part qui dépasse 50 millions, c'est ce qui est extrême. Parce que ce qui est vraiment extrême dans la société dans laquelle nous vivons, c'est que ces fortunes puissent exister, s'accumuler et s'accroître à longueur de journée, davantage et davantage.

Nous avons chaque année les mêmes débats au sujet de la fiscalité dans ce Parlement. Au cours de tous ces débats, nous entendons dire à quel point les gens, ces riches, trouvent qu'ils sont trop taxés et affirment qu'ils vont partir. Mais en même temps que nous discutons de cela – en même temps – ces fortunes, chaque année, s'accroissent. Pensez donc: alors que les salaires, en vingt ans, n'ont augmenté que de 15 pour cent en termes réels, la fortune des 300 plus riches de Suisse a quadruplé. Vous me direz que je compare ce qui n'est pas comparable, que je mélange revenu et fortune, mais c'est la même chose: la fortune d'un riche, c'est son revenu. S'il touche 5 pour cent de 1 milliard ou 5 pour cent de 10 milliards de francs chaque année, c'est 10 fois plus de revenus.

Quand on a de l'argent et qu'on gagne de l'argent parce qu'on a de l'argent, on n'a pas besoin de travailler. Si vous dirigez une entreprise, que vous êtes au front pour soigner des gens, vous devez travailler pour gagner votre argent. Mais si vous possédez juste une entreprise et qu'elle prend de la valeur, vous ne travaillez pas. Si vous pouvez gagner des milliards de francs de revenus sans travailler, c'est que quelqu'un d'autre travaille pour vous. Chaque année, les gens travaillent, de plus en plus, non pas pour eux, pour gagner leur revenu, mais pour gagner le revenu des plus grandes fortunes de ce pays.

Ce qui est proposé par les auteurs de l'initiative et par toutes les minorités qui demandent un contre-projet, ce n'est même pas de régler le problème: c'est de l'atténuer. Cette massive augmentation de la concentration des richesses devient tellement dangereuse qu'elle permet aux riches non seulement de bien vivre, non seulement de s'acheter des yachts et des jets privés, mais de s'acheter la démocratie des pays, des groupes de médias, des politiciens et des partis politiques – à travers les banques, par exemple. C'est le contraire de tout ce pour quoi nous sommes censés nous battre ici, dans ce Parlement.

Nous nous battons d'abord pour la liberté, la liberté de toutes et tous, c'est-à-dire le fait que chaque personne qui vit chez nous puisse dire que, grâce aux ressources que nous avons dans ce pays, la société fait en sorte qu'elle ait la possibilité de faire le maximum pour être heureuse. Je contribue et je reçois. Aujourd'hui, nous recevons beaucoup moins pour notre contribution, parce que nous devons alimenter la fortune croissante des riches. Plus cette fortune est grande, plus elle utilise son influence et son pouvoir ultraconcentré pour déterminer nos destins.

Il est temps de revenir à la démocratie et de se battre aussi pour le climat, en acceptant ce texte ou au moins



l'un des contre-projets proposés par les minorités.

Maitre Vincent (M-E, GE): Cher collègue Bendahan, savez-vous que certains contribuables ont déjà quitté la Suisse en raison de l'instabilité que génère cette initiative, alors même que – comme vous l'avez relevé à juste titre – nous n'en avons pas encore complètement débattu ici? Etes-vous au courant de cela? Finalement, ma question est la suivante: que comptez-vous faire afin de compenser les pertes fiscales liées à ces départs?

Bendahan Samuel (S, VD): Il faut choisir quel Parlement on veut et qui décide dans ce pays. On pourrait choisir que c'est la population qui décide, en fonction de ses intérêts, ou que ce sont les gens qui peuvent partir, parce qu'ils ont suffisamment de fortune pour le faire. Je suis dans la première catégorie. Je me battraï toujours pour la population et je refuserai de me dire que celui qui dicte la politique de ce pays, c'est celui qui a suffisamment d'argent pour menacer de partir. Celui ou celle qui décide dans ce pays, c'est celui ou celle qui y vit.

Bühler Manfred (V, BE): Cher collègue, vous vous lamentez devant nous à propos de l'augmentation des grandes fortunes. Elle est principalement due, si on regarde les choses de près, à l'augmentation de la valeur des actions et des actifs divers détenus par les grandes fortunes. L'inflation de ces actifs découle directement de l'impression monétaire délirante qui a été faite, aux Etats-Unis et dans l'Union européenne, pour financer les politiques sociales et socialistes menées actuellement par ces Etats. Ne trouvez-vous pas un peu bizarre de vouloir punir des gens qui ne sont pas responsables de l'augmentation de la valeur de leurs actifs?

Bendahan Samuel (S, VD): Je ne partage pas votre raisonnement selon lequel ce sont les politiques sociales qui font que les riches deviennent de plus en plus riches. C'est bien le contraire, puisque ce qui fait que les riches sont de plus en plus riches, c'est l'extrême rentabilité des capitaux investis, qui a massivement augmenté ces richesses. Le rapport entre ce que gagne un salarié et ce que gagne une personne parmi les 1 ou 10 pour cent des plus riches de ce monde est devenu de plus en plus grand, ce qui montre que c'est bien la concentration du pouvoir et des richesses qui a amené cela.

Stettler Thomas (V, JU): Monsieur Bendahan, dans votre prise de parole, vous avez dit que l'argent était en train d'acheter les partis politiques. Moi, je suis ici pour vous dire que jamais personne ne pourra acheter mon appartenance au politique. Pouvez-vous répéter ce que vous avez dit?

Bendahan Samuel (S, VD): Ecoutez: je vous invite à regarder la situation actuelle aux Etats-Unis. Les Etats-Unis, Monsieur Stettler, c'est la même chose en matière de concentration des richesses, en bien pire: quelques oligarques ont maintenant une influence directe sur le gouvernement

AB 2025 N 106 / BO 2025 N 106

américain, sans y être élus. Ils font de la politique à la place du président. C'est le monde vers lequel on va si on laisse les richesses se concentrer.

Je ne suis pas en train d'accuser individuellement ni vous ni d'autres personnes d'avoir personnellement reçu de l'argent, mais, par contre, votre parti ou d'autres partis ont reçu de l'argent. Je pense que nous devons trouver des solutions afin d'éviter que les grandes entreprises, comme les grandes banques, influencent trop massivement les partis politiques. Cependant, aucune accusation personnelle n'a été proférée ici. C'est important. On se respecte tous les uns les autres, mais on s'attaque à l'influence trop grande de l'argent sur la politique en Suisse.

Kamerzin Sidney (M-E, VS): Cher collègue, vous n'avez pratiquement parlé que de justice et d'équité sociale. Cette initiative concerne le climat, mais vous n'en avez pas parlé dans votre plaidoyer. Le sujet de votre intervention est la lutte des classes: ne devriez-vous pas reconnaître que c'est un peu en décalage avec le but même de cette initiative?

Bendahan Samuel (S, VD): Non, Monsieur Kamerzin, à la fin, j'ai aussi parlé du climat. J'ai dit que c'était l'objectif. J'ai donc aussi parlé de cet aspect. L'initiative met en lien les deux éléments – vous avez raison de le préciser –, puisqu'elle a pour objectif que les personnes qui ont le plus d'influence sur la crise climatique soient aussi les personnes qui contribuent à faire quelque chose. J'aimerais juste vous rappeler que si on ne règle pas cette problématique de crise climatique, cela coûtera beaucoup plus cher à tout le monde demain.

Grossen Jürg (GL, BE): Die GLP-Fraktion empfiehlt diese extreme Juso-Initiative zur Ablehnung und stimmt



auch keinem der Anträge auf einen Gegenvorschlag zu.

Die Initiative gefährdet den Wohlstand der Schweiz, und sie bedroht insbesondere die Familienbetriebe ernsthaft. Die Weitergabe eines Familienbetriebes an die nächste Generation wird damit akut gefährdet. Das würde unserer Volkswirtschaft erheblichen Schaden zufügen. Die Kosten dieser Übung würde einmal mehr der Mittelstand tragen. Dies lehnen wir entschieden ab. Schon heute tragen die reichsten 5 Prozent der Steuerpflichtigen fast 90 Prozent der gesamten Vermögenssteuer bei. Eine zusätzliche Bundeserbschafts- oder -schenkungssteuer würde diese Belastung weiter erhöhen und insbesondere Familienunternehmen hart treffen. Rund 80 Prozent aller Schweizer Firmen sind Familienbetriebe, von denen etwa die Hälfte durch Generationennachfolge weitergeführt wird. Durch die neue Steuer würden solche Übertragungen massiv erschwert, was zu einer Zerschlagung von gut laufenden Unternehmen, zu Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes führen könnte.

Die Mindereinnahmen müssten letztlich durch eine höhere Besteuerung des Mittelstandes oder durch einen Leistungsabbau kompensiert werden. Nachhaltig geführte Unternehmen würden an auf Rendite fokussierte Unternehmen oder Investoren gehen, was der Zielsetzung der Initiative, der Förderung von Nachhaltigkeit, widerspricht und das Modell inhabergeführter, generationenübergreifender und standortgebundener Unternehmen zerstört. Eine Studie der Universität St. Gallen belegt, welche erheblichen wirtschaftlichen Schäden die Initiative verursachen könnte: jährliche Steuerausfälle von über 2 Milliarden Franken, wachsende Unsicherheit für Unternehmen und Investitionen, Schwächung der Start-up-Szene und unserer Innovationskraft.

Aus grünliberaler Sicht soll die Schweiz ein attraktiver Standort bleiben. Die Annahme dieser krassen Juso-Initiative würde diese Attraktivität ernsthaft aufs Spiel setzen. Die Schweiz würde auf einen Schlag zu einem steuerlich unattraktiven Land in Europa werden. Nachhaltiges Unternehmertum würde sich in der Schweiz nicht mehr lohnen. Insbesondere Start-ups und Kapitalgeber würden die Schweiz in Zukunft meiden, denn niemand will sich dem Risiko aussetzen, dass mit viel Herzblut aufgebaute Unternehmen aufgeteilt oder verkauft werden müssen.

Die Einschätzung von Professor Brühlhart von der Universität Lausanne – sie wurde vorhin schon genannt – bestätigt dies. Er zeigt auf, dass zwischen 77 und 93 Prozent des betroffenen Steuersubstrats ins Ausland abwandern könnten. Die Nettowirkung der Initiative auf die Steuereinnahmen könnte deshalb gar negativ sein, was zu einem fiskalischen Eigentor führen würde. Gleichzeitig würde die Initiative dazu führen, dass den Kantonen weniger Steuersubstrat verbliebe, da die Einnahmen aus dieser Erbschaftssteuer primär an den Bund fließen würden. Zudem bietet die Initiative zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten, etwa durch Stiftungen oder andere Gestaltungsmodelle, sodass wohlhabende Personen mit genügend Ressourcen ihre Steuerpflicht minimieren oder vielleicht sogar umgehen würden, und dies zulasten unserer Volkswirtschaft. Darüber hinaus sieht die Initiative eine Rückwirkung vor, welche steuer- und verfassungsrechtlich heikel ist und den Vertrauensschutz verletzt. Die entsprechende Übergangsbestimmung hat bereits zu heissen Diskussionen geführt. Es besteht die berechtigte Sorge, dass vermögende Personen bereits vor der Abstimmung das Land verlassen könnten. Wir haben es gehört: Es gibt solche, die das offenbar schon getan haben, um der extremen Steuer auszuweichen.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat diese Fragen in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Justiz geprüft. Sie kommt zum Schluss, dass eine Verfassungsänderung grundsätzlich erst mit Annahme durch Volk und Stände in Kraft tritt und die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen innerhalb von drei Jahren erlassen werden müssen. Lehre und Rechtsprechung verlangen, dass eine echte Rückwirkung ausdrücklich durch die Norm angeordnet sein oder zumindest daraus hervorgehen müsste. Da dies im Initiativtext nicht so vorgesehen ist, könnte diese Massnahme nicht rückwirkend in Kraft gesetzt werden. Sie würde frühestens mit Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen gelten, also spätestens drei Jahre nach Annahme der Initiative. Ein Wegzug ins Ausland wäre daher bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin ohne Steuerfolgen möglich. In der Beantwortung der Interpellation Schneeberger 24.3763, "Juso-Enteignungs-Initiative", hat der Bundesrat bereits ausgeführt, dass eine Einschränkung oder gar ein Verbot des Wegzuges für betroffene Personen, beispielsweise durch einen Passentzug oder durch Kapitalverkehrskontrollen, aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist.

Zur Gültigkeitsfrage: Die Initiative erfüllt gemäss Bundesrat die Bedingung der Einheit der Materie, da sie sowohl die Erhebung der Steuer als auch deren Verwendung regelt. Eine Teilungültigkeit aufgrund der Rückwirkung wird nicht beantragt, da die Initiative die verfassungsrechtlichen Anforderungen erfüllt. Dennoch hält der Bundesrat die rückwirkende Besteuerung von Nachlässen und Schenkungen staatspolitisch für bedenklich.

Die Initiative stellt ja auch noch eine Verbindung zum Klimaschutz her. Das ist gut gemeint, aber sehr unüberlegt ausgeführt. Die Schweiz hat sich ambitionierte Klimaziele gesetzt und entsprechende, konkrete Massnahmen zur Zielerreichung ergriffen. Die GLP-Fraktion setzt sich weiterhin für einen konsequenten Klimaschutz ein. Dieser soll aber nicht durch willkürliche Steuererhöhungen und Zweckbindungen erreicht werden, sondern



durch Anreizsysteme und Lenkungsabgaben, die tatsächlich wirken und den CO₂-Ausstoss wirklich reduzieren. Statt Investitionen in das Unternehmertum zu bestrafen, will die GLP-Fraktion die Innovationskraft der Schweiz nutzen, um ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen.

Die Schweiz muss ein attraktiver Wirtschaftsstandort für Unternehmende sein und bleiben. Deshalb lehnt die GLP-Fraktion die Initiative und die Gegenvorschläge ab.

Weber Céline (GL, VD): Avec cette initiative déposée par la Jeunesse socialiste, nous nous retrouvons à débattre d'une initiative qui pose deux problèmes majeurs. Premièrement, cette initiative n'est rien d'autre que les prémices d'un Etat moralisateur qui se voudrait seul juge de ce qui est bon ou mauvais pour la société; un Etat paternaliste qui aurait tout pouvoir de décider ce qui est une vie digne d'être vécue et

AB 2025 N 107 / BO 2025 N 107

ce qui ne l'est pas, et d'imposer cette vision à l'ensemble de la société. En effet, d'entrée de jeu, à l'article 129a alinéa 1 provisoire, il est écrit: "La Confédération perçoit un impôt sur les successions et les donations des personnes physiques en vue de construire et préserver un avenir digne d'être vécu." Vous avez bien entendu: "digne d'être vécu". A l'heure où la démocratie est une valeur en recul dans de nombreux pays, nous devons impérativement veiller à ce que ce recul ne touche pas également la Suisse. Qui d'entre vous oserait prétendre avoir la science suffisamment infuse pour pouvoir définir de façon unique ce qu'est un avenir digne d'être vécu et imposer sa vision de la dignité à l'ensemble de nos concitoyennes et concitoyens? Et comme si cela ne suffisait pas, l'initiative vise à étendre la perception de cette dignité également à toute l'économie. Comme si là encore, il n'y avait qu'une seule vision de ce qu'est une économie digne ou dignement menée. Notre démocratie est une valeur précieuse, une valeur sûre qui a fait la Suisse d'aujourd'hui. Nous devons préserver notre démocratie et non la sacrifier en propageant un dogme de la pensée unique, sous prétexte de politiques climatiques.

Le deuxième problème soulevé par cette initiative, c'est évidemment le volet économique. Si nous voulons avoir en Suisse un outil de production de qualité, qui permet de payer des salaires et d'exporter des biens, nous avons besoin d'entrepreneurs, hommes et femmes, qui investissent dans nos entreprises, qui sont prêts à prendre des risques et qui croient en un avenir serein dans notre pays. Il faut investir dans un parc de machines, dans des bâtiments, des brevets et j'en passe, des investissements sans lesquels nos PME ne seraient pas ce qu'elles sont; eh bien ces investissements ne peuvent être faits que si l'on a une planification à long terme. Ce n'est qu'ainsi qu'on aura des outils de production performants qui paient des salaires et génèrent des revenus, également pour l'Etat. Or, comme si les incertitudes géopolitiques n'étaient pas suffisamment nombreuses, on veut, avec cette initiative, ajouter encore des incertitudes à l'intérieur de notre propre pays. Ce n'est pas sérieux et ce n'est pas l'avenir que je veux léguer à mes enfants. 90 pour cent de l'impôt sur la fortune est payé par seulement 5 pour cent des contribuables. Voulons-nous vraiment les faire fuir et reporter la charge sur la classe moyenne? Et qu'on ne vienne pas me dire que ces contribuables ne quitteraient pas le pays, puisque l'initiative contient une clause qui le prévoit. Pour le groupe vert/libéral, la réponse est clairement non, nous ne voulons pas les faire fuir.

C'est pourquoi nous recommanderons le rejet de cette initiative extrême des jeunes socialistes, et n'entrerons pas non plus en matière sur un contre-projet.

Schneeberger Daniela (RL, BL): Die Juso nennt ihre Initiative "Initiative für eine Zukunft". Doch in Wahrheit ist sie genau das Gegenteil: eine "No-Future-Initiative". Es ist eine Initiative, die Zukunft verhindert; eine Initiative, die Wohlstand, Arbeitsplätze und Investitionen aus der Schweiz vertreibt; eine Initiative, die nicht für eine bessere Klimapolitik sorgt, sondern unserer Wirtschaft und unserem Staat schadet.

Mit dieser Initiative gibt es in der Schweiz für mittelständische, familiengeführte Unternehmen keine Zukunft. Diese Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze, investieren in Forschung und Entwicklung und tragen dazu bei, dass die Schweiz innovativ und wettbewerbsfähig bleibt.

Doch die Juso-Initiative sieht eine Steuer von 50 Prozent auf Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken vor. Was bedeutet das konkret? Es bedeutet, dass viele Schweizer Familienunternehmen nicht mehr an die nächste Generation weitergegeben werden können. Die Steuern sind so hoch, dass eine Nachfolgeplanung unmöglich wird. Diese Unternehmen müssten verkauft werden, oft an ausländische Investoren, weil in der Schweiz schlicht nicht genug Kapital vorhanden ist, um solche Steuerlasten zu stemmen.

Mit dieser Initiative gibt es in der Schweiz auch keine Zukunft für vermögende Personen, die heute hohe Steuern zahlen. Wenn fast die Hälfte der besteuerten Vermögen, 44 Prozent, in der Hand von nur gerade 1 Prozent der Steuerpflichtigen liegt, tun wir gut daran, diesem einen Prozent Sorge zu tragen. Wer glaubt,



dass diese Menschen in der Schweiz bleiben und stillschweigend die Hälfte ihres Vermögens an den Staat abgeben, der irrt sich gewaltig.

Der Bundesrat hat es klar gesagt: Bevor es zur Enteignung oder zum Zwangsverkauf kommt, werden viele dieser Menschen die Schweiz verlassen, und das betrifft nicht nur einige wenige, sondern sehr viele. Was passiert dann? Wenn diese Steuerzahler weg sind, fehlen dem Staat massive Einnahmen: bis zu 3,6 Milliarden Franken jährlich – so hoch schätzt der Bundesrat die Mindereinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden. Diese Zahl ist wahrscheinlich noch zu tief gegriffen.

Jemand wird dafür bezahlen müssen. Das wird der Mittelstand sein. Die arbeitenden Menschen in diesem Land werden es sein. Die Folge sind höhere Steuern oder schlechtere staatliche Leistungen. Gerade mittelständische Betriebe sind in Schlüsseltechnologien für den Klimaschutz führend. Sie entwickeln innovative Lösungen, investieren in Forschung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Doch wenn diese Unternehmen zerschlagen oder verkauft werden, dann schwächt das genau jene, die etwas für den Klimaschutz tun. Einfach die marktwirtschaftliche Ordnung auf den Kopf zu stellen, ist noch kein Konzept für eine bessere Klimapolitik.

In der Schweiz haben wir bereits ein Steuersystem, das Vermögen und Erbschaften angemessen besteuert. Wir haben eine Vermögenssteuer, die jährlich rund 9 Milliarden Franken einbringt. Das ist im internationalen Vergleich eine aussergewöhnlich hohe Belastung für Vermögende. Zum Vergleich: In der Schweiz macht die Vermögenssteuer 5,5 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus. In Ländern mit hoher Erbschaftssteuer sind es nur 1,6 Prozent.

Eine zusätzliche Bundeserbschaftssteuer würde ein steuerliches Chaos verursachen. Die Kantone müssten ihre bestehenden Regelungen anpassen oder ganz aufgeben. Die kantonalen Finanzdirektoren haben deshalb bereits klar Stellung bezogen und diese Initiative entschieden abgelehnt.

Die Juso behauptet, ihre Initiative sei sozial gerecht und nachhaltig. Doch in Wirklichkeit führt sie zu einer massiven Schwächung unserer Wirtschaft, einem Exodus von Steuerzahlern, Milliardenlöchern in den Staatsfinanzen und einer geschwächten Klimapolitik. Wir haben Unternehmen, die Verantwortung übernehmen. Wir haben ein Steuersystem, das bereits gerecht und leistungsfähig ist.

Deshalb lehnt die FDP-Fraktion diese Initiative entschieden ab, aus voller Überzeugung und mit aller Vehemenz, und wird auch nicht irgendwelchen Gegenentwürfen zustimmen.

Le président (Page Pierre-André, premier vice-président): Mme Schneeberger ne répondra pas aux questions.

Feller Olivier (RL, VD): Les nouveaux impôts, à entendre ceux qui les proposent, c'est toujours pour la bonne cause. Mais les meilleures causes ne sont pas toujours du meilleur effet quand on les soutient au détriment de la réalité et des faits. L'initiative populaire dont nous débattons aujourd'hui témoigne de cette dérive.

Il est faux de prétendre, comme cela est insinué implicitement dans l'initiative proposée, que notre système fiscal serait injuste. Les deux tiers du produit de l'impôt fédéral direct des personnes physiques sont payés par les 5 pour cent des contribuables les plus aisés et un quart des contribuables ne paie pas d'impôt. On est très loin de l'injustice fiscale.

Il est également faux de prétendre que l'initiative permettrait d'enregistrer des recettes de 6 milliards de francs par année, car trop d'impôt tue l'impôt. Au lieu de faire rentrer de l'argent dans les caisses de l'Etat, l'augmentation de l'impôt sur les successions, si elle est substantielle, a en général pour effet de provoquer le départ des contribuables visés, dont la plupart n'auraient aucun problème – soyons clairs – à quitter la Suisse. Nous perdrons ainsi le fruit des impôts perçus auprès de ces contribuables le jour de leur décès, mais aussi celui des impôts sur le revenu et la fortune que leur présence nous permet d'encaisser année après année. En réalité, ce nouvel impôt sur les successions se traduirait par

AB 2025 N 108 / BO 2025 N 108

une perte de recettes fiscales non seulement pour la Confédération, mais aussi pour les cantons; un beau gâchis.

Les impôts sur les successions, surtout dans l'ampleur proposée dans l'initiative, ont par ailleurs une influence négative sur les investissements des entreprises familiales, qui sont nombreuses dans notre tissu de PME et de PMI. Ce n'est jamais – jamais – une bonne idée de les affaiblir, mais surtout pas dans le contexte actuel qui pourrait devenir rapidement difficile, à moins que notre objectif soit d'en voir certaines cesser leurs activités au moment de la succession, ou alors de les voir passer sous contrôle étranger. Or, nous sommes déjà trop entrés, à mes yeux, dans cette évolution négative de notre économie.



On peut bien sûr continuer de démanteler notre économie avec des normes et des contraintes que la concurrence étrangère n'a pas à respecter, et maintenant avec un impôt spécial sur les successions, qui poussent les entreprises à délocaliser et les fortunes à déménager.

Le groupe libéral-radical en a assez de cette chasse aux riches. Je suis un défenseur inlassable des classes moyennes face à l'impôt, mais ce n'est pas pour autant que je m'en prends à une autre catégorie de contribuables. Dans un vieux classique du cinéma français, "La traversée de Paris", l'acteur Jean Gabin lance une réplique célèbre: "Salauds de pauvres!" Elle a beau être devenue culte, cette réplique ne fait de loin pas partie de ma religion, pas plus que: "Salauds de riches!".

Le groupe libéral-radical recommande de voter non à une initiative prétendument "financée de manière juste fiscalement", parce que ses résultats seraient à l'opposé de l'intention proclamée. Je vous invite, au nom du groupe libéral-radical, à vous opposer à cette initiative.

Le président (Page Pierre-André, premier vice-président): Monsieur Feller, M. Wermuth aimerait bien vous poser une question.

Feller Olivier (RL, VD): Les représentants du groupe socialiste pourront s'exprimer longuement tout à l'heure, lors des interventions personnelles. Ils pourront donc faire part de leur avis à ce moment. Je ne réponds pas aux questions.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): On assiste à une croisade. Je m'exprime pour le groupe des Verts en tant que membre de la Commission de l'économie et des redevances.

La moitié des fortunes en Suisse sont héritées. Cette proportion grimpe à 75 pour cent lorsque l'on considère les trois cents personnes les plus riches de Suisse. Selon les experts, les montants des héritages et donations ont très fortement augmenté ces dernières années, largement plus que l'évolution des revenus. C'est une tendance qui s'observe partout, mais qui est particulièrement marquée dans notre pays. En parallèle, l'imposition de la fortune et des successions a globalement fortement diminué au cours des trente dernières années. Le constat est donc limpide: les inégalités de fortune se creusent et des réponses politiques sont nécessaires. L'imposition des successions en est une, qui mérite d'être analysée en détail. C'est le premier intérêt de ce débat: nous rendre attentifs à cette réalité.

La plupart des cantons suisses, dont le mien – le canton de Vaud –, imposent les successions, mais des disparités intercantionales importantes existent. Certains cantons, comme Schwytz et Obwald, n'en prélèvent pas. Certains cantons romands imposent les descendants directs conjoints et partenaires, alors que la majorité des cantons ne le fait pas. Les seuils ainsi que les taux d'imposition, diffèrent grandement entre cantons. Cette disparité peut découler d'une forme de cohérence cantonale, certes, mais renforce aussi la concurrence fiscale entre cantons. Cette concurrence motive les personnes aisées et riches à se déplacer à l'intérieur de la Suisse, à la recherche d'une oasis fiscale. En bref, une harmonisation à l'échelle suisse atténuerait ces disparités, freinerait le creusement des inégalités et imposerait plus justement qu'aujourd'hui les grandes fortunes et les successions.

Je fais une parenthèse: à titre personnel, je trouve que, dans mon canton, la classe moyenne contribue fortement à l'impôt, par le biais de l'impôt sur le revenu – et donc sur son travail. Quand deux personnes gagnent un salaire et sont mariées, c'est encore plus le cas – le débat sur l'imposition individuelle nous le rappelle. Il est donc logique que l'impôt sur les successions joue un rôle dans l'équation générale des recettes fiscales, ceci sur le principe même de l'impôt, c'est-à-dire en fonction de la force contributive du contribuable. Cependant, il faut trouver la bonne formule.

Pour la moitié du groupe des Verts, ce n'est pas le cas du modèle proposé par les auteurs de l'initiative. Les répercussions économiques étant directes, l'enjeu réside dans le taux et le seuil de perception. L'initiative vise à imposer les héritages à un taux de 50 pour cent à partir de 50 millions de francs. Notre groupe est divisé.

D'un côté, le besoin d'investissements est croissant: pour la transition écologique, pour relever le défi climatique, qui nécessite un investissement colossal, pour la sécurité dans un contexte international mouvant, pour le soutien aux familles dans un pays où la vie est chère, etc. Face aux inégalités de fortune qui se creusent encore en Suisse, une partie de notre groupe acceptera donc l'initiative. Il n'y a, dans les faits, rien d'autre sur la table du Parlement actuellement, hormis l'initiative parlementaire Jost, que le groupe des Verts soutient, mais que la majorité rejette encore.

De l'autre côté, l'impôt sur les successions touche aussi les entreprises et la place économique suisse. Avec un seuil à 50 millions de francs, 99 pour cent des 556 000 PME de notre pays ne sont certes pas directement concernées, mais les grandes entreprises familiales, elles, seront en revanche touchées. Les économistes ont relevé que cet impôt n'entraverait pas ou peu la performance des entreprises, et qu'il pourrait même être



bénéfique. En effet, les entreprises familiales sont surtout productives et créatrices d'emploi avec la première génération, nous a-t-on expliqué, mais moins dès la deuxième.

Cependant, dans ce débat, l'un des effets importants à prendre en compte est la mobilité des personnes détenant une grande fortune. Plus le taux d'imposition est élevé, plus le risque de départ à l'étranger est grand. A ce sujet, en commission, le professeur Brülhart a dit plusieurs fois que, sur la base de ses recherches, avec un taux aussi élevé, de nombreuses fortunes pourraient quitter le pays si aucune mesure n'était prise pour l'éviter, avec pour conséquence une perte de recettes, ce qui est l'inverse du but recherché.

Dans mon canton, trois cents entreprises sont concernées par l'imposition à 15 pour cent élaborée dans le cadre de l'OCDE, et c'est déjà un sujet d'inquiétudes pour le gouvernement vaudois. Le contexte fiscal est donc à considérer dans son ensemble.

Consciente que la question du taux et du seuil d'imposition mérite d'être revue et approfondie afin de trouver une solution équitable, tout en tenant compte des impacts sur l'économie suisse in globo, une autre partie du groupe des Verts – vous l'aurez compris – s'abstiendra donc ou refusera même l'initiative.

Comme les Verts sont favorables à une imposition plus équitable des grandes fortunes et des successions, cela aussi en regard des efforts de la classe moyenne et des investissements nécessaires maintenant, nous regrettons, vraiment, qu'aucun contre-projet n'ait été proposé ni élaboré. Trop souvent dans ce Parlement, l'enjeu n'est pas pris au sérieux, contrairement à ce que l'on voit à l'extérieur, où les conférences de presse et actions de communication des organisations faïtières économiques se multiplient contre l'initiative.

Un contre-projet aurait été intéressant. Il est toujours intéressant et juste. D'ailleurs, les auditions en commission ont été riches d'enseignements, grâce aux économistes et aux experts, et grâce aux pistes qui méritaient d'être creusées. Hélas, aucune discussion n'a eu vraiment lieu sur les minorités proposées. Elles sont pourtant des pistes pour un contre-projet. Le groupe des Verts les soutiendra donc globalement. Pour ce qui me concerne, si je ne soutiens pas l'initiative en tant que telle, je soutiens le fait que l'on puisse travailler sur ce dossier.

Notre Parlement doit réfléchir à une telle mesure fiscale. Un optimum peut être trouvé, tant pour une imposition plus

AB 2025 N 109 / BO 2025 N 109

équitable des grandes fortunes, que pour tenir compte de l'impact sur les entreprises et sur la place économique suisse.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): "Mu nimmt's halt vo de Läbige", pflegten meine Grosseltern zu sagen, einfache Arbeiter notabene, wie auch meine Eltern. Sie waren, wie Jacqueline Badran mit ihren "Glückspost"-artigen Definitionen sagen würde, einfach bürgerlich. "Mu nimmt's halt vo de Läbige" – vielleicht mag Sie das erstaunen, dass man bei einer Erbschafts-Initiative von Lebendigen spricht, ist doch die Erbschaft meistens die Folge des Todes oder die Ursache für das Sterben eines Unternehmens, aber zu einem solchen Fall später mehr. Nein, die Bedeutung dieses Satzes ist nämlich ganz eine andere: "Mu nimmt's halt vo de Läbige", also man nimmt es eben von den Lebendigen – für diejenigen, die des Walliserdeutschen nicht mächtig sind –, heisst "äppis unschiniert mache", das heisst, seine Hemmungen verlieren, etwas tun, das weit über das Vernünftige hinausgeht. Und bei dieser Initiative geht es genau um diesen Punkt: Sie nennt sich eine Initiative für die Zukunft, aber sie – ich nenne sie einfach Juso-Initiative – stellt für viele das Ende dar. Sie greift nämlich ohne Hemmungen auf Geld anderer zu, zwar, da gebe ich den Initianten recht, auf Geld sehr reicher Menschen – wer 50 Millionen Franken und mehr hat, ist durchaus sehr reich –, aber sie nimmt sehr viel, indem sie die Hälfte nimmt. Das hat mit vernünftiger Besteuerung nichts zu tun, sondern das ist reiner Klassenkampf, nichts anderes. Die Mitte-Fraktion steht für diesen Klassenkampf nicht zur Verfügung. Sie steht auch nicht für die Überwindung des Kapitalismus und für eine massivste Umverteilung zur Verfügung.

Vielleicht fragen Sie sich, meine Damen und Herren hier im Saal und Sie auf der Tribüne: "Ja, aber inwiefern betrifft das mich? 50 Millionen Franken sind ein riesiger Betrag." Sie haben recht, das trifft nur wenige Menschen, aber die wenigen trifft es hart. Und Sie haben nur auf den ersten Blick recht, denn auf den zweiten Blick trifft es eben viele von Ihnen auch. Warum? Weil es schlussendlich den Mittelstand trifft. Ich erkläre Ihnen gerne, wieso: Vor allem Familienunternehmen sind von dieser Besteuerung betroffen. Wenn Familienunternehmen betroffen sind, dann sind schlussendlich Arbeitsplätze betroffen. Nicht nur das Unternehmen geht oder stirbt, nein, mit ihm sterben auch die Arbeitsplätze. Und wer sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Ja, es sind die einfachen Menschen aus der Mittelschicht, es sind oftmals Leute aus dem sogenannten Mittelstand, die in diesen Firmen arbeiten. Es sind Firmen, die, wir haben es heute bereits mehrmals gehört, aufgrund dieser Initiative zweifelsfrei abwandern werden, wenn sie es nicht schon getan haben, weil sie – dazu



werde ich später noch einmal kommen – es sich gar nicht leisten können, solche Steuern zu zahlen. Es gibt Schätzungen von Professor Marius Brühlhart, dass 77 bis 93 Prozent des Steuersubstrats einfach entschwinden könnten. Kann es unser Interesse in diesem Saal sein, dass wir Familienunternehmen, die vom Erblasser auf die Erben übergehen, quasi den Hahn zudrehen? Ist das in unserem Sinn? In meinem ist es definitiv nicht. Ich mache Ihnen ein einfaches Beispiel: Ein Familienunternehmen produziert Schokolade. Es hat Vermögenswerte, Liegenschaften, Land usw. im Wert von 90 Millionen Franken und ein frei verfügbares Vermögen von 10 Millionen Franken. Es müsste die Hälfte davon zahlen. Wie viel ist die Hälfte von 100 Millionen? Das ist keine schwierige Rechnung; es sind 50 Millionen Franken. Das kann es sich gar nicht leisten. Was macht das Unternehmen? Es gibt zwei Varianten: Entweder es geht fort, oder es schliesst. In beiden Fällen trifft es den Mittelstand, und es trifft ihn hart, weil sowohl die Arbeitsplätze, die verloren gehen, wie auch das fehlende Steuersubstrat den Mittelstand treffen werden. Ich weiss nicht, wer daran Interesse haben kann, ausser vielleicht eben die Juso.

Der Mittelstand profitiert nicht nur von den Arbeitsplätzen, sondern eben auch von diesem ganzen Steuersubstrat. Denn mit diesem Steuersubstrat werden all die Dinge bezahlt, die für den Mittelstand wichtig sind. Ob das der öffentliche Verkehr, ob das die Kita ist usw., der Mittelstand, ja, sogar die Unterschicht ist darauf angewiesen. Die Superreichen können sich vieles leisten. Wenn wir der Schweiz Steuersubstrat entziehen, gefährden wir schlussendlich den Mittelstand. So sind wir eben alle davon betroffen, auch wenn es im ersten Moment so einfach tönt, es seien nur diejenigen betroffen, die über 50 Millionen Franken haben; von denen hat es nicht einmal hier im Saal so viele, auch wenn es vielleicht den einen oder anderen hat.

Ja, aber das ist nicht der einzige Grund, warum man diese Initiative zur Ablehnung empfehlen und insbesondere auch die Minderheitsanträge auf einen Gegenentwurf ablehnen muss; es gibt weitere Gründe. Ein einfacher Grund ist: Die Erhebung von Erbschafts- und Schenkungssteuern ist eine kantonale Angelegenheit. Die Kantone sind frei, das so zu machen, wie es ihnen beliebt. Diese Freiheit sollten wir den Kantonen belassen. Damit ist es eben nicht Arbeitsverweigerung, Frau Widmer, wenn wir keine weiteren Abklärungen mehr gemacht haben. Nein, wir haben gesagt, die Kantone können das ja tun, wenn sie wollen, aber wir wollen ihnen nicht vorgeben, was sie tun müssen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Die Initiative sieht eine Rückwirkung vor. Das ist rechtsstaatlich höchst bedenklich und kann in dieser Form nie gutgeheissen werden.

Der dritte Punkt ist: Wir müssen in diesem Saal endlich aufhören, immer zu meinen, wir müssten einen Gegenvorschlag machen, wenn eine so extreme Initiative kommt – er landet dann irgendwo und befriedigt schlussendlich niemanden. Gehen Sie mit dieser Initiative vor das Volk, ich habe keine Angst davor. Wir werden den Leuten erklären können, dass es auch um ihr Steuersubstrat und ihre Arbeitsplätze geht, weil sie verstehen, dass man Familienunternehmen nicht einfach den Hahn zudrehen kann.

Darum ist die vorliegende Initiative kein geeignetes Mittel, aber auch sämtliche Minderheitsanträge sind es nicht, ob man nun plötzlich eine Vermögenssteuer auf Bundesebene von 1 Prozent ab 50 Millionen Franken einführen will, wie die Minderheit I (Widmer Céline), oder ob man, wie die Minderheit II (Bendahian) will, Schenkungen dem Einkommen zurechnen möchte oder ob man einfach sagt, wir nehmen dann nicht 50 Prozent, wir nehmen nur 25 Prozent – das wären beim 100-Millionen-Beispiel 25 Millionen Franken –, wie die Minderheit III (Amoos). Sie sehen, ich nehme einfache Beispiele, dann ist es nämlich allen in diesem Saal möglich, sie zu rechnen. Zu guter Letzt hilft auch die Minderheit IV (Ryser) nicht; sie will bei einem Freibetrag von 5 Millionen Franken zu 5 Prozent besteuern. Wir zerschlagen damit wertvolle Pfeiler unserer Wirtschaft und damit auch unseres Wohlstands. Das ist eine Entwicklung, die wir so nicht mittragen können.

Erlauben Sie mir noch einen Einschub: Auch die Mitte steht für einen vernünftigen Umweltschutz, auch die Mitte hat es erkannt und schon oft Projekte unterstützt, welche dem Klima dienen. Aber Geld umzuverteilen, die Reichen zu bestrafen und Arbeitsplätze zu gefährden heisst nicht, das Klima zu schützen, sondern das heisst, den Kapitalismus zu überwinden – das ist ganz ein anderer Weg, einer, den wir so nicht begehen wollen.

Eine Kollegin hat mir heute hier im Saal etwas Gutes gesagt: Einer, der den Kapitalismus überwinden wollte, war Marx. Aber er wäre wahrscheinlich heute sehr froh ob all der Errungenschaften, die es in diesem Land schon gibt. Wahrscheinlich wäre er selbst nie auf eine solche Initiative gekommen, dafür muss man schon als Jungsozialistin oder Jungsozialist geboren sein.

Empfehlen Sie mit uns diese Initiative zur Ablehnung. Sie ist wirklich gefährlich, weil Familienunternehmen, die wertvolle Pfeiler unserer Wirtschaft sind, darob kaputtgingen, Arbeitsplätze verloren gingen und schlussendlich Steuersubstrat verloren ginge. Das sind für die arbeitende Gesellschaft in unserem Land entscheidende Gründe.

Ich danke Ihnen, wenn Sie der Mitte-Fraktion folgen und die Initiative zur Ablehnung empfehlen wie auch die



Anträge auf einen Gegenvorschlag ablehnen, und wünsche Ihnen, ob mit oder ohne 50 Millionen Franken, nun einen guten Abend.

Hübscher Martin (V, ZH): Wir haben es gehört: Die Volksinitiative "für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert" oder eben die Juso-Initiative strebt die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene

AB 2025 N 110 / BO 2025 N 110

an. Von den Kommissionssprechern und den Vorrednern haben wir gehört, dass die Steuer ab einem Freibetrag von 50 Millionen Franken erhoben werden soll, und der Steuersatz beträgt definitiv die Hälfte, also 50 Prozent. Diese Steuer wäre zweckgebunden und würde zu zwei Dritteln an den Bund und zu einem Drittel an die Kantone fliessen.

Dass sich die Initiantinnen und Initianten Sorgen um die Finanzen des Staates machen, freut mich natürlich persönlich. Das ist dann aber auch das einzig Positive an der Geschichte. Die vorgeschlagene Lösung ist mehr als ein Bumerang. Für das Echo dieser Taten genügt nicht einmal ein Gehörschutz, selbst mit dem Gehörschutz platzt einem das Trommelfell. Gerne begründe ich Ihnen, weshalb diese Vorlage äusserst gefährlich und unbedingt abzulehnen ist.

Erstens: 1 Prozent der Steuerpflichtigen in diesem Land bezahlt 40 Prozent der Steuern. Das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen, das müssen Sie verinnerlichen. Sie können mir jetzt sagen, ich sei ein einfacher Bauer. Aber, wissen Sie, der besten Milchkuh im Stall muss man schon ein bisschen Sorge tragen. Denn zweitens findet diese beste Milchkuh auch auf einer anderen Weide Futter. Die Betroffenen und die anvisierten Vermögen sind mobil. Glauben Sie allen Ernstes, dass sich die Betroffenen nicht organisieren werden? In der Botschaft des Bundesrates werden das bereits zitierte Gutachten von Herrn Professor Brühlhart und die Semi-Elastizität beschrieben, wobei Letztere zwischen minus 2 und minus 4 Prozent liegt. Das bedeutet, dass bei einer Erhöhung des Erbschaftssteuersatzes um 10 Prozentpunkte die Nettoabwanderung betroffener Steuerpflichtiger um 20 bis 40 Prozent steigt. Gesamthaft wird also die Abwanderung des Steuersubstrats – wir haben es ebenfalls gehört – auf 77 bis knapp 93 Prozent geschätzt, bei den Über-65-Jährigen gar auf etwa 97 Prozent.

Nicht genug damit, zusammen mit den Vermögen wandern eben auch die Einkommen ab. Konkret würde die Annahme der Initiative nach den Verhaltensanpassungen zu Mindereinnahmen zwischen 2,1 und 3,5 Milliarden Franken führen. Genau deshalb ist es mehr als ein Bumerang, und es trifft erneut den Mittelstand, der diese Mehrbesteuerung letztlich bezahlen muss. Ihr Vorschlag, dass Steuern generiert werden, trifft somit gar nicht zu. Mit dieser Initiative verlieren wir Steuern.

Ich komme drittens zu einem weiteren Punkt: Die Initiative hat mehr als einen Konstruktionsfehler. Der Kausalzusammenhang zwischen Steuersubstrat und Zweckbindung fehlt. Auch der vorgesehene Verteilschlüssel für Bund und Kantone ist aus der Luft gegriffen. Er entspricht weder der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen, noch unterstützt er einen bedarfsgerechten, effizienten Einsatz der Mittel. Die Initiative ist ein Frontalangriff auf den Föderalismus. Die Kantone sind gemäss Artikel 3 der Bundesverfassung souverän und üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen wurden. Ihnen obliegt somit auch die Steuerhoheit, soweit sie eben nicht dem Bund übertragen wurde. Traditionell liegt diese Kompetenz der Erhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer bei den Kantonen. Bei Vermögen von über 50 Millionen Franken hätten künftig die Kantone und der Bund eine Erhebungscompetenz.

Viertens: Die Initiative verstösst gegen das Eigentumsrecht. Das Prinzip des Besteuerungsgrundsatzes gemäss Artikel 127 der Bundesverfassung verlangt laut Bundesgericht, dass alle Personen oder Personengruppen nach denselben gesetzlichen Regeln erfasst werden. Die Initiative kann aber dazu führen, dass in gewissen Kantonen, so zum Beispiel Genf, das Vermögen – jetzt hören Sie gut zu – zu 100 Prozent besteuert wird. Was Sie da wollen, ist eine Verstaatlichung sämtlichen Vermögens. Dies widerspricht der Eigentumsgarantie und verletzt die Rechtsstaatlichkeit aufs Gröbste. Offenbar herrscht bei den Initiantinnen und Initianten immer noch der Irrglaube, dass Vermögen viel Geld bedeutet. Ein hohes Vermögen bedeutet jedoch nicht automatisch eine hohe Liquidität. Oftmals handelt es sich dabei um Beteiligungen oder Aktiven, die in einem Unternehmen gebunden sind. Damit können Sie keine Steuerrechnung bezahlen – Sie müssten die Anteile verkaufen. Doch es sind eben gerade nicht die von ausländischen Fonds betriebenen Firmen, sondern die inhabergeführten Familienunternehmen, welche eine nachhaltige Wirtschaft und langfristig auch Arbeitsplätze in der Schweiz sichern. Denn die Firmensitze können ins Ausland verlegt werden, und später – das sehen wir aus der Geschichte – werden die Arbeitsplätze nachfolgen.

Ja, bereits die Einreichung der Initiative hat die ersten Schatten vorausgeworfen und in der sonst verlässli-



chen, stabilen Schweiz für massive Verunsicherung gesorgt. Der Wortlaut der Übergangsbestimmungen im Initiativtext sieht gar eine rückwirkende Anwendung der Ausführungsbestimmungen explizit für Nachlässe und Schenkungen vor.

Der Bundesrat hat erklärt, dass die Massnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung nicht rückwirkend auf den Zeitpunkt der Annahme der Initiative, sondern erst ab Inkrafttreten der Übergangsbestimmungen gelten würden. Das halten wir hier explizit fest. Alles andere wäre eines Rechtsstaats unwürdig.

Die Situation verbessert sich auch nicht durch die nun vorliegenden Minderheitsanträge. Es ist ein hilfloser Versuch, die Debatte in die Länge zu ziehen. Das Einzige, was wir unternehmen können, ist, rasch wieder Klarheit zu schaffen. Das tun wir, indem wir die Initiative möglichst rasch ohne Gegenvorschlag behandeln und wuchtig zur Ablehnung empfehlen. Vielleicht können die Berichterstatter aus der Kommission ausführen, ob eine Abstimmung noch in diesem Jahr möglich wäre.

Sägen wir nicht am Ast, auf dem wir sitzen, und empfehlen wir die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Le président (Page Pierre-André, premier vice-président): Monsieur Hübscher, M. David Roth aimerait bien vous poser une question.

Hübscher Martin (V, ZH): Die Voten wurden gehalten. Ich habe begründet, weshalb die Initiative nicht nötig ist. Ziehen wir die Debatte nicht in die Länge, sondern stimmen wir möglichst bald ab. Herzlichen Dank!

Dandrès Christian (S, GE): Je salue l'action politique de la Jeunesse socialiste qui, une fois de plus avec cette initiative, questionne et dénonce les grands processus économiques et sociétaux qui marquent profondément cette période. Les initiatives de la Jeunesse socialiste posent à chaque fois la question sociale. En Suisse, ils sont assez rares à le faire. C'est pour cela que je pense que c'est un débat fondamental. La logique d'accaparement des richesses en Suisse par une poignée de personnes est dénoncée. Cette initiative fait écho aux autres initiatives déposées précédemment: l'initiative "1:12 – Pour des salaires équitables", qui concernait les salaires, et l'initiative 99 pour cent.

Aujourd'hui, cette initiative pose une question très politique, parce que derrière les inégalités qui prennent aujourd'hui des proportions absolument terrifiantes, les questions fondamentales posées sont celles de la dignité humaine, de la démocratie, de la cohésion sociale et de la cohésion nationale. Ce sont des éléments de base de la démocratie. Même les radicaux, qui ont fondé l'Etat fédéral, avaient saisi cet enjeu. Pour citer un radical issu de mon canton, James Fazy, sa doctrine était: "liberté humaine et justice sociale", avec ces deux éléments côte à côte. On est assez loin de ce qui est en train de se passer dans la période que nous vivons. On ne peut pas construire un pays sans un projet commun minimal. On ne peut pas avoir de projet commun minimal si, d'un côté, la majorité de la population se paupérise et n'a pas de perspective d'amélioration de ses conditions de vie pour elle-même ou pour la génération future. Quelle unité également si, de l'autre côté, parce qu'il y a une polarité de l'échelle sociale, une minorité de personnes accapare l'essentiel de la richesse produite, les fonctions de pouvoir, les meilleures places et refuse des éléments de redistribution minimale?

Je crois qu'on doit rappeler que la génération de nos enfants sera la première pour laquelle on consacrera moins d'efforts que pour la génération précédente. Ce qui caractérise cette période, c'est la gigantesque concentration des richesses et du pouvoir qui va avec, dans les mains d'une poignée de ploutocrates. Derrière, on a un modèle

AB 2025 N 111 / BO 2025 N 111

économique. Ce modèle économique n'est pas la libre concurrence du XIXe siècle: ce sont les mécanismes de monopole. C'est effectivement cela qui permet à ces fortunes de répercuter systématiquement à la fois l'augmentation de leurs bénéfices et de leurs marges de profit à chaque étape du processus d'élaboration de la valeur et enfin de pouvoir facturer cela au consommateur final, qu'il soit une entreprise ou une personne physique.

L'autre, c'est le versement des dividendes de manière extraordinaire. Un article a été publié récemment en lien avec les études d'Henderson, qui sont les études sur les dividendes versés dans le monde. On a eu, entre 2023 et 2024, une hausse des dividendes de 6,6 pour cent. Aujourd'hui, ce sont 1750 milliards de francs qui sont versés sous forme de dividendes. Ce n'est pas le capital fictif, dont parlait M. Bühler tout à l'heure, lié à la politique expansionniste de la Banque centrale européenne ou d'autres banques centrales ou de la Réserve fédérale américaine. Ce sont des dividendes qui sont sortis, c'est de l'argent qui est ponctionné sur la richesse qui a été effectivement produite.

Cette initiative touche, à mon avis, quelque chose d'intéressant, parce qu'elle a une approche également



sociologique et qu'elle s'oppose au renforcement de véritables dynasties de possédants. Je ne sais pas si cela a été dit ici, mais on doit le rappeler: on ne devient pas riche dans ce pays, on naît riche, parce que les inégalités sociales, c'est un système. Les grandes fortunes – cela a été dit abondamment – s'héritent, tout comme d'ailleurs une certaine forme de précarité, qui ne découle jamais ou très rarement de comportements individuels. Il y a une vraie polarisation sociale. On doit rappeler aussi que l'ascension sociale, en particulier en Suisse, lorsqu'elle existe, se fait la plupart du temps sur des trajets courts. Ce sont des choses assez limitées. En plus, cette ascension sociale tend à s'estomper, parce qu'aujourd'hui, vous pouvez aller à l'université, avoir un diplôme universitaire, ce n'est pas une garantie d'ascension sociale.

J'ajoute quelques mots encore, si vous me permettez. Pour ces ploutocrates, comme pour Marie-Antoinette et Louis XVI dans l'Ancien Régime, le problème c'est le transfert de génération – on a beaucoup discuté ici, notamment, des fondations de familles – et la question des successions. C'est bien de cibler les successions en rappelant aussi qu'on ne va pas détruire la substance d'une entreprise. L'entreprise continuera d'exister. Il n'y aura pas forcément plus de ponctions que ce qui est déjà le cas aujourd'hui sous forme de dividendes. C'est donc une bonne initiative. Elle pose bien les problèmes, mais elle les aborde uniquement sous un angle – et c'est un aspect critique – de redistribution. On va prendre un peu plus aux propriétaires de Chanel, et on va le donner, via le travail qui est fait pour l'assainissement des immeubles, par exemple, à d'autres entreprises qui vont effectivement effectuer ce travail. On est donc vraiment face à une approche de redistribution. Il y aurait encore beaucoup de choses à dire, mais je m'arrête là. Je crois qu'avec ce dernier point, on touche quelque chose d'important.

Götte Michael (V, SG): Die sogenannte Initiative für eine Zukunft klingt harmlos, ja fast schon sympathisch. Doch lassen Sie sich nicht täuschen: Hinter diesem wohlklingenden Namen steckt ein wirtschaftspolitischer Blindflug mit verheerenden Folgen für unser Land. Was will die Juso? Sie will eine radikale Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über 50 Millionen Franken. Was die Juso nicht sagt: Die Steuer betrifft nicht nur ein paar Superreiche, sie betrifft Familienunternehmen, KMU und den Mittelstand.

Lassen Sie mich das an einem fiktiven Beispiel verdeutlichen: Stellen Sie sich vor, eine Schweizer Unternehmerfamilie führt seit Generationen ein erfolgreiches KMU. Das Unternehmen sichert Hunderte Arbeitsplätze, zahlt jährlich hohe Steuern und investiert in die Zukunft. Dann stirbt der Patron, und plötzlich fordert der Staat die Hälfte des Unternehmenswerts. Die Erben stehen vor einer unmöglichen Wahl: entweder verkaufen oder sich massiv verschulden. Was passiert dann? Das Unternehmen landet in den Händen ausländischer Investoren, die sich nicht für den Standort Schweiz interessieren; Arbeitsplätze verschwinden, Know-how geht verloren, unser Wirtschaftsstandort wird geschwächt.

Anstatt über fiktive Beispiele können wir auch über die düstere Realität sprechen und dieser in die Augen schauen. Nehmen wir ein weltweit hoch angesehenes Schweizer Unternehmen aus dem Kanton Thurgau: Stadler Rail, das Lebenswerk von alt Nationalrat Peter Spuhler, ein Unternehmen, das im Schienenfahrzeugbau weltweit führend ist, Tausende von Arbeitsplätzen sichert und für die Schweizer Ingenieurskunst steht. Peter Spuhler hat mit viel persönlichem Einsatz eine Firma aufgebaut, er fördert kontinuierlich Investitionen und Produktion in der Schweiz und hat über all die Jahre ganz viel Vermögenssteuern bezahlt. Was passiert, wenn er eines Tages nicht mehr da ist? Seine Erben müssen auf einen Schlag 50 Prozent des Unternehmenswerts als Erbschaftssteuern abliefern. Die Folge? Ein Verkauf an ausländische Investoren wird fast unvermeidlich, verbunden mit der schleichenden Verlagerung von Arbeitsplätzen und Know-how ins Ausland. Statt Schweizer Züge aus Bussnang gäbe es bald Lokomotiven aus China. Genau dieses Szenario droht mit dieser Initiative. Sie zerstört nicht nur Familienunternehmen, sie gefährdet unsere industrielle Eigenständigkeit. Das ist keine Zukunft, das ist Enteignung durch die Hintertür!

Was ist die Folge? Unternehmer und Investoren ziehen ihr Vermögen aus der Schweiz ab. Eine Studie der Eidgenössischen Steuerverwaltung zeigt, dass bis zu 98 Prozent des betroffenen Vermögens ins Ausland abgezogen würden. Was bleibt? Ein riesiges Finanzloch, wofür nicht nur die Superreichen, sondern am Ende der Mittelstand bezahlen müsste.

Seit 1990 haben wir unsere Industrieproduktion verdoppelt und gleichzeitig die Emissionen fast halbiert – nicht durch Zwangsabgaben, sondern durch Innovationen. Die Schweiz gehört bereits zu den führenden Ländern im Klimaschutz. Eine zusätzliche Steuer ist unnötig und schädlich. Deshalb frage ich Sie: Wollen wir unseren erfolgreichen Wirtschaftsstandort einer linken Umverteilungsideologie opfern? Wollen wir riskieren, dass Schweizer Unternehmen reihenweise verkauft oder ins Ausland verlagert werden? Die Antwort von mir und der SVP-Fraktion ist klar: Nein, es reicht – Nein zur Zerstörung von Familienunternehmen, Nein zur Schwächung des Mittelstands, Nein zu diesem wirtschaftsfeindlichen Irrweg! Lassen Sie uns gemeinsam für eine freie, starke und innovative Schweiz kämpfen.



Le président (Page Pierre-André, premier vice-président): M. Götte veut bien répondre aux questions.

Roth David (S, LU): Vielen Dank, Herr Götte, dass Sie nicht die Feigheit Ihrer Vorrednerinnen und Vorredner haben. Meine Frage ist ganz einfach: Sind Menschen, die die Schweiz aufgrund höherer Steuern verlassen, Patriotinnen und Patrioten?

Götte Michael (V, SG): Ich glaube, es geht nicht nur um Patriotismus. Das sind Leute, die, ich habe ein Beispiel erwähnt, sehr viel für unser Land gemacht haben und es immer noch machen, aber irgendwo hat es eine Grenze. Und wenn sie die Hälfte der Vermögenswerte abgeben müssen, sind diese Grenzen überschritten.

Candan Hasan (S, LU): Herr Götte, Sie haben auch die Abwanderung erwähnt. Herr Hübscher hat von den Kühen und der Milchwirtschaft gesprochen. Können Sie mir sagen, wie viele Milchviehbetriebe aus der Schweiz abwandern werden, wenn wir die Initiative annehmen?

Götte Michael (V, SG): Ich kann nicht sagen, wie viele Kühe abwandern, und ich kann nicht sagen, wie viele Milchwirtschaftsbetriebe abwandern, aber ich kann Ihnen sagen, dass Topunternehmer aus unserem Land abwandern würden.

Blunschy Dominik (M-E, SZ): Ich spreche mich klar und deutlich gegen diese "Enteignungs-Initiative" der Ju-so aus. Sie sieht vor, Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken mit einem Steuersatz von 50 Prozent zu belasten, und das bereits ab dem Zeitpunkt ihrer Annahme.

AB 2025 N 112 / BO 2025 N 112

Schon heute richtet die Initiative Schaden an, denn aus Angst vor den Folgen ziehen natürliche und juristische Steuerzahlerinnen und -zahler allenfalls bereits heute weg.

Studien zeigen, wir haben es gehört, dass es zu weiteren substanziellen Wegzügen kommen könnte, um der neuen Steuer zu entgehen. Die Initianten versprechen sich Mehreinnahmen zwischen 100 und 600 Millionen Franken. Dem gegenüber stehen jedoch Schätzungen, die von Steuerausfällen zwischen 2,8 und 3,7 Milliarden Franken durch Abwanderung ausgehen. Die Initiative ist also ein klares Negativgeschäft.

Die eingereichten Minderheitsanträge fordern einen Gegenvorschlag mit abgewandelten Parametern, sei es ein anderer Steuersatz, ein anderer Freibetrag oder eine Vermögenssteuer als Finanzierungsquelle. Auch das lehne ich entschieden ab.

Denken Sie bitte an die Konsequenzen für kleine und mittlere Unternehmen. Eine Familienübergabe wird mit dieser Steuer nahezu unmöglich, da niemand in der Lage wäre, solche Beträge zu finanzieren. Schon heute stehen wir bei der Unternehmensnachfolge vor grossen Herausforderungen – ein Thema, das ich bereits mit einem Vorstoss adressiert habe. Es gibt erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere Finanzierungsprobleme bei der Auszahlung anderer Familienmitglieder oder bei der Suche nach externen Lösungen. Diese Initiative verschärft die Lage zusätzlich.

Laut Prognosen von Dun & Bradstreet stehen in den kommenden Jahren rund 95 000 Schweizer KMU vor einer Nachfolgeregelung. Das sind 15 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz und rund 800 000 Arbeitsplätze. Für unsere Wirtschaft und Gesellschaft ist es essenziell, dass wir Nachfolgeregelungen erleichtern, anstatt sie durch zusätzliche Steuern zu erschweren. Unterstützen Sie daher statt dieser schädlichen Initiative meine Motion 24.3549, "Hürden für die Unternehmensnachfolge abbauen, Nachteile gegenüber der Firmengründung eliminieren".

Die Initiative wird dazu führen, dass Unternehmen ihren Sitz ins Ausland verlagern oder gar ins Ausland verkauft werden – ein Desaster aus mehreren Gründen. Erstens entgehen der Schweiz dadurch wertvolle Steuereinnahmen. Zweitens verlieren Unternehmen die enge Bindung zu unserem Land – bislang ein zentraler Faktor für Investitionen, Arbeitsplätze und Standorttreue. Schweizer Unternehmen gestalten unsere Zukunft, schaffen nachhaltige Arbeitsplätze und investieren in unser Land und sein Potenzial.

Darüber hinaus wird die Initiative den Wirtschaftsstandort Schweiz erheblich schwächen. Neue, lukrative Unternehmen werden sich zweimal überlegen, ob sie sich hier ansiedeln, was unserem Land weiter schadet.

Doch nicht nur Unternehmen sind betroffen: Auch im Immobilienbereich kann diese Steuer fatale Folgen haben. Familien, die grössere Mehrfamilienhäuser besitzen, werden schnell an die Steuergrenze stossen, speziell, falls die Freigrenze, wie von einigen Minderheiten gefordert, noch heruntergesetzt werden sollte. Das macht es nahezu unmöglich, Immobilien an die nächste Generation weiterzugeben. Die Initiative sorgt also auch auf dem Wohnungsmarkt für noch mehr Unsicherheit – mit schwerwiegenden Konsequenzen, dies sicher nicht im Sinne der Initianten.



Aus all diesen Gründen lehne ich die Juso-"Enteignungs-Initiative" sowie sämtliche Minderheitsanträge entschieden ab und bitte Sie, dasselbe zu tun.

Molina Fabian (S, ZH): Geschätzter Herr Kollege Blunschy, die Klimakrise wird die Volkswirtschaft bis 2050 etwa 15 bis 20 Prozent des BIP kosten, uns also extrem teuer zu stehen kommen. Finden Sie es da nicht fair, dass diejenigen, die die Klimakrise verursacht haben, nämlich die mit dem grössten ökologischen Fussabdruck, die Superreichen, auch am meisten zur Lösung der Klimakrise beitragen sollten?

Blunschy Dominik (M-E, SZ): Wir sprechen hier nicht nur von den superreichen Privatpersonen, wie Sie das gerne tun würden, Herr Molina. Wir sprechen von den Arbeitsplätzen von allen Personen in der Schweiz. Wollen Sie den Arbeitnehmern erklären, dass sie für die weltweite Klimakrise verantwortlich sind? Ich denke nicht. Lassen Sie uns die Arbeitsplätze in der Schweiz sichern, anstatt sie mit Enteignungen zu gefährden.

Vietze Kris (RL, TG): Es ist schon bemerkenswert: Wir debattieren hier über eine Initiative, bei der im Titel steht, dass sie "für eine soziale Klimapolitik" gedacht sei, dass sie "steuerlich gerecht finanziert" werden solle, und dabei geht es den Initianten weder um das Klima noch um steuerliche Gerechtigkeit. In der bisherigen Debatte hat sich das bereits deutlich gezeigt. Um Ersteres kümmern wir uns in diesem Land bereits mit einer Akkumulation, wonach man meinen könnte, wir könnten den Klimawandel im Alleingang stoppen – wenn da nur nicht die anderen 99,91 Prozent der Emissionen wären. Zweiteres ist in unserem progressiven Steuersystem schon dergestalt abgebildet, dass man sich fragen müsste, ob es eigentlich gerecht ist, Mehrerträge, die durch ausserordentliche Leistung und ausserordentlichen Einsatz im Job oder das Eingehen von unternehmerischen Risiken entstehen, auf die Weise zu kollektivieren, wie wir es heute tun. Abgesehen davon haben wir bereits eine Vermögenssteuer in der Schweiz. Aber das sind andere Geschichten.

Nein, den Initianten geht es nicht um das, was sie im Titel ihrer Initiative euphemistisch schreiben. Vielmehr haben wir es mit einer veritablen Fake-Initiative zu tun: das eine vorgeben, das andere beabsichtigen. Und das, was die Initiative will, ist, eine Ideologie durchzusetzen. Philipp Matthias Bregy hat sie auch bereits entlarvt. Es ist eine Ideologie aus der Mottenkiste der Geschichte, woraus tief die Sehnsucht nach der "Expropriation der Expropriateure" atmet – Sie können es nachlesen –, notabene unvernünftigerweise in einer Gesellschaft wie die der Schweiz, die sich objektiv durch die Abwesenheit von Expropriateuren auszeichnet, eine Ideologie, die ausserhalb der Initiantenkreise und innerhalb der realen Weltgeschichte krachend gescheitert ist.

Warum das Modell gescheitert ist? Weil Wohlstand für alle niemals durch Wegnehmen entsteht. Wohlstand für alle entsteht durch den wirtschaftlichen Erfolg eines jeden Einzelnen. Und dieser ist nur möglich, wenn jeder sich entfalten darf und es dann aber auch tut und nicht in einer Anspruchshaltung verharret, dass andere die persönliche Entfaltung gefälligst zu bezahlen haben. Wenn es anders wäre, würden wir uns heute nach den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Konzepten eines Erich Honecker oder Mao richten, deren Modelle aber nicht funktionierten.

Sie alle kennen die Folgen einer Annahme dieser Initiative. Ich möchte aber auf einen Punkt speziell eingehen, der mich besonders beschäftigt und umtreibt und viele andere in diesem Saal auch – wir haben schon ganz viel davon gehört -: Die Initiative zielt direkt auf grössere traditionelle Schweizer Familienunternehmen. Sie wissen, das sind die Firmen, die über Generationen Verlässlichkeit und Sicherheit für Mitarbeitende und Märkte bieten. Das sind die Firmen, die deswegen solide finanziert sind, weil es eben nicht um kurzfristigen Gewinn geht, sondern um echte Werte – in beiden Bedeutungen des Wortes. Ich finde diesen Angriff auf den Anker unserer Volkswirtschaft, unsere Schweizer Familienunternehmen, ausgesprochen wirklichkeitsfremd von den Initianten. Sie sind notabene der Anker einer Volkswirtschaft, von deren Meriten die Initianten profitieren. Auch das haben wir heute schon gehört: Am eigenen Ast sägen und sich dabei moralisch im Recht fühlen, das braucht nicht Chuzpe, sondern eine bemerkenswerte Distanz zur Realität.

Ich bin mir sicher, dass den Initianten nicht entgangen ist, dass die Vermögenswerte der betreffenden Erblasser nicht auf dem Postcheque-Konto liegen, sondern im Familienbetrieb gebunden sind. Ich bin mir ebenfalls sicher, dass den Initianten nicht entgangen ist, dass diese Firmen dann mindestens teilverkauft werden müssten, um die geforderte Steuer zu bezahlen. Und an wen soll verkauft werden? Bestimmt nicht an einzelne Unternehmer. An wen soll verkauft werden? An Investoren aus China? Aus Amerika? Wer will das?

Diese Themen dürften den Initianten nicht unbekannt sein. Somit liegt der Schluss nahe, dass sie die Zerschlagung traditioneller Schweizer Familienunternehmen zumindest als Kollateralschaden auf dem Weg zu einem ideologisch



Feigenblatt aus Klimaschutz, besprenkelt mit etwas Moralin.

Diese Initiative ist an Zynismus nur schwer zu überbieten und gehört wegen ihren Folgen in die Tonne.

Porchet Léonore (G, VD): L'initiative lancée par la Jeunesse socialiste après le rejet de la loi sur le CO2 en 2021 vise à faire payer les ultrariches pour financer une transition climatique juste. Voilà son objectif assez simple et assez compréhensible. C'est un objectif louable parce qu'il permet de mobiliser des ressources substantielles tout en limitant les inégalités fiscales qui se renforcent dans notre pays. Il renforce la synergie entre responsabilité cantonale et fédérale avec son principe de répartition. Il délivre un message fort contre l'ultraconcentration des richesses qui distribue inégalement les ressources et renforce les inégalités sociales, mais il donne aussi un message en matière de répartition des richesses et de concentration, non seulement des richesses, mais aussi des pouvoirs.

Pour rappel, l'instauration de l'impôt sur les successions et les donations possède une franchise d'exonération jusqu'à 50 millions de francs et n'applique son taux d'imposition qu'au-delà de cette franchise. Son impact n'est donc limité qu'aux ultrariches, tout en rapportant 4 à 6 milliards de francs par an. Pourquoi dire non? Il y a un argument massif qui convainc jusque dans nos rangs, à savoir celui selon lequel cet impôt élevé sur les successions provoquerait une fuite des capitaux. Je dois dire ici que les données empiriques montrent que cette crainte est largement exagérée.

D'abord, parce que c'est le Parlement qui mettra en oeuvre cette initiative si elle est adoptée. J'aimerais vous rappeler ici la facilité qu'a ce Parlement de s'asseoir sur les objectifs et envies des initiants. Je citerai comme exemple le cas de l'initiative "Oui à la protection des enfants et des jeunes contre la publicité pour le tabac" que nous traitons durant cette législature, avec toujours la volonté de limiter le plus possible ou de trouver toutes les exceptions possibles pour que la volonté du peuple soit la plus restreinte possible, dans le cas où cela ne plaît pas à la majorité. D'autres exemples peuvent aussi être sortis du chapeau. La crainte d'un exode massif après l'instauration d'un impôt sur les successions n'est pas démontrée non plus par les exemples étrangers – le Japon, la France ou l'Allemagne n'ont pas connu d'exode massif. Il y a des mesures antiévasion fiscale. Je rappelle à celles et ceux qui l'oublient que la Suisse ne vaut pas seulement la peine d'être vécue pour son impôt, mais aussi pour son bien-vivre.

Un taux de 50 pour cent au-delà d'un seuil très élevé, c'est parfaitement modéré. En réalité, le taux moyen varie de 8 à moins de 50 pour cent; 50 pour cent ne s'appliquerait qu'à partir de 1 milliard de francs. A partir de quel moment trouve-t-on exagéré de taxer de manière effective les gens qui possèdent 1 milliard de francs? C'est un impôt juste qui suit le principe du pollueur-payeur. C'est très important, parce que la Suisse n'a pas une politique climatique efficace et elle a besoin d'argent pour mettre en oeuvre sa politique climatique. Je rappelle que nos objectifs climatiques n'ont pas été atteints, que la Suisse a augmenté ses émissions de 38 pour cent entre 1990 et 2020, et que la loi sur le climat est une loi-cadre qui n'est pas mise en oeuvre par vos soins de manière efficace.

Pourquoi cibler les ultrariches? Justement parce que c'est le principe du pollueur-payeur. Ils polluent 100 fois plus qu'un citoyen ou qu'une citoyenne moyenne; 85 à 95 pour cent des émissions proviennent des placements du 1 pour cent des personnes les plus riches, selon une étude de l'Oxfam. Il y a une double injustice puisque ce sont eux et elles, souvent eux, qui polluent le plus, et en plus ce sont elles et eux qui auront le moins à subir les conséquences du réchauffement climatique, puisqu'ils et elles auront les moyens de se protéger, de déménager, de protéger leurs proches. Il y a donc un principe de responsabilisation et nous avons besoin de cet argent pour la reconversion des emplois, pour la rénovation des bâtiments, pour le développement des transports publics, pour financer des mesures d'égalité des chances face à cette transformation énergétique.

Il faut aussi dire que c'est un point de démocratie. Je donne l'exemple de ce qui se passe aux Etats-Unis où, autour du président fascisant actuel, il y a une pléthore de "tech bros" ultrariches qui se mettent ensemble et qui prennent la main, sans avoir été élus, sur un grand pays démocratique qui l'est malheureusement de moins en moins. L'ultrarichesse est donc un danger pour l'écologie, un danger pour la démocratie et aller chercher l'argent là où il est, là où il y en a trop, est positif pour nos sociétés qui ont besoin de cet argent pour mener une transition écologique urgente.

Maitre Vincent (M-E, GE): Chère collègue Porphet – je le disais précédemment –, de très gros contribuables ont déjà quitté le pays avant même d'avoir pris connaissance du résultat de cette initiative et de ces débats au Parlement. Je répète la question que j'ai posée précédemment à votre collègue Bendahan, puisqu'il n'y a pas répondu: que proposez-vous concrètement comme mesure afin de compenser ces pertes fiscales? Je précise au passage que, par exemple, dans le canton duquel je viens – Genève –, seulement 3 pour cent des contribuables paient 80 pour cent de l'impôt sur la fortune.



Porchet Léonore (G, VD): D'abord, j'aimerais dire que les personnes qui partent par peur que cette initiative soit non seulement acceptée, mais mise en oeuvre d'une manière très stricte, ont une connaissance assez pauvre du système suisse et ne sont donc pas très bien intégrées. On comprend donc bien pourquoi elles sont en Suisse: c'est d'abord pour des questions fiscales. La perte de l'apport fiscal de ces personnes peut être compensé par des apports supplémentaires. Cela a été non seulement le cas dans d'autres régions et d'autres pays, mais aussi dans le canton de Zurich, où l'augmentation des apports fiscaux a permis de compenser tout ou partie le départ des personnes qui ne sont en Suisse que pour profiter de votre générosité envers leur ultra-richesse.

Quadri Lorenzo (V, TI): Di recente abbiamo votato sull'iniziativa popolare "per la responsabilità ambientale". Questa iniziativa aveva almeno un pregio: era palese che avrebbe colpito direttamente tutti. I cittadini dunque hanno reagito di conseguenza depositando nel 70 per cento dei casi un no nell'urna. L'iniziativa dei Giovani socialisti, denominata "Iniziativa per il futuro" – titolo quanto mai ingannevole – in caso di approvazione avrebbe conseguenze negative per tutti, però in modo indiretto. L'iniziativa, lo sappiamo, pretende di tassare con un'aliquota del 50 per cento le eredità superiori a 50 milioni di franchi. C'è da chiedersi come una simile proposta possa essere ritenuta compatibile con il diritto fondamentale alla proprietà privata.

Il provento della nuova tassa – ammesso che ce ne sia uno, ma su questo tornerò dopo – verrebbe utilizzato per il clima. È l'ennesima dimostrazione che il clima in realtà è un pretesto per attaccare la proprietà privata, per fare la guerra a ricchi, per superare il capitalismo e per imporre principi di stampo comunista – tutto ciò senza alcun beneficio ambientale concreto. Come ho già detto innumerevoli volte, se la Svizzera azzerasse domani le proprie emissioni di CO₂, che sono l'1 per mille di quelle mondiali, a livello climatico non cambierebbe nulla, tanto più che gli Stati Uniti, secondo produttore di anidride carbonica al mondo, hanno disdetto l'Accordo di Parigi.

Nel mirino dell'iniziativa si trovano le imprese di famiglia. Quelle imprese da generazioni creano posti di lavoro e indotto sul territorio, e non potrebbero far fronte alla tassazione pretesa dall'iniziativa. Perché? Perché non dispongono di così tanta liquidità, perché i soldi sono stati reinvestiti nell'azienda. Magari sono stati reinvestiti anche in misura maggiore di quanto sarebbe stato necessario in base ad un ragionamento puramente contabile, con l'intenzione di creare posti di lavoro in Svizzera. Contrariamente alla narrazione di un certo populismo di sinistra, gli imprenditori o i proprietari immobiliari, per restare su un'altra votazione recente, non sono tutti necessariamente dei delinquenti.

AB 2025 N 114 / BO 2025 N 114

Cosa accadrebbe se la tassazione entrasse in vigore? Accadrebbe che le aziende di famiglia colpite o parte di esse dovrebbero essere vendute per pagare l'imposta di successione. Pertanto, in caso di accettazione di questa iniziativa, le imprese sarebbero costrette a trasferirsi all'estero. Di recente, da una inchiesta effettuata da Swissmem è emerso che un terzo delle aziende del ramo sarebbe toccato dall'iniziativa e che il 40 per cento delle imprese sta pensando di lasciare la Svizzera. Chiunque è in grado di comprendere che un simile scenario avrebbe conseguenze deleterie, sia dal punto di vista dei posti di lavoro, ma anche sotto il profilo del gettito fiscale.

Da una perizia losannese emerge che, in caso di accettazione dell'iniziativa, il 93 per cento dei patrimoni toccati potrebbe sparire dalla Svizzera. Di conseguenza non solo non verrebbero pagate le imposte di successione, ma nemmeno tutte le altre. Se poi aggiungiamo le implicazioni anche fiscali della perdita di posti di lavoro – perché più disoccupati è uguale a meno gettito –, ci rendiamo conto che l'iniziativa GISO potrebbe in realtà trasformarsi in una vera debacle per le casse pubbliche. A quel punto chi verrebbe chiamato a metterci una pezza? Naturalmente il solito ceto medio, che si troverebbe a pagare le imposte anche per i superricchi che sono spariti.

Perché questa iniziativa è più pericolosa di quella sulla responsabilità ambientale, respinta alle urne? Perché questa colpisce direttamente solo poche persone molto abbienti. Gli altri votanti verranno naturalmente danneggiati anche loro, ma in modo indiretto ed in seconda battuta. La retorica del taglio al ricco rappresenta un fattore di rischio in vista dell'appuntamento con le urne.

Concludendo vi raccomando di respingere l'iniziativa. Un Paese che approvasse simili proposte meriterebbe davvero la desertificazione economica e la povertà.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Pour se faire un avis sur cette initiative de la Jeunesse socialiste dite "pour l'avenir", il convient non pas de se focaliser sur l'intention, mais de s'intéresser aux faits. Si l'on peut partager les préoccupations climatiques des initiants, il est nécessaire de constater que cette initiative ne constitue pas



une solution pour l'avenir. En effet, les différentes études menées montrent de façon claire que l'introduction d'un impôt de 50 pour cent sur toutes les successions et donations supérieures à 50 millions de francs ne permettrait pas d'engranger des recettes supplémentaires pour la Confédération. Au contraire, ces travaux démontrent clairement que l'introduction d'un tel impôt, par ses effets secondaires, priverait l'Etat de fonds indispensables aux projets climatiques actuels.

Ainsi, l'étude Brühlhart, déjà citée, indique que 20 à 40 pour cent des contribuables concernés par cet impôt pourraient quitter le pays, ce qui occasionnerait une baisse de 2,8 à 3,7 milliards de francs des impôts existants, contre seulement 100 à 650 millions de francs collectés. Par ces chiffres, on voit non seulement que l'acceptation de l'initiative pour l'avenir ne permettrait pas d'engranger des recettes supplémentaires pour surmonter les défis climatiques, mais également qu'elle menacerait l'équilibre du budget de la Confédération et, donc, l'application des stratégies environnementales et énergétiques déjà adoptées, notamment l'objectif de neutralité carbone en 2050. Au moment où l'on doit traiter les mesures d'économies présentées par le rapport Gaillard et la Confédération, c'est prendre un risque inconsidéré avec nos finances publiques que la population aurait de la peine à comprendre.

De plus, on peut s'interroger sur l'intention des initiants en ce qui concerne le non-respect de l'Etat de droit, qui est censé protéger les citoyens dans leur droit fondamental de posséder un capital et de le transmettre. La barre arbitraire des 50 millions de francs ne saurait justifier une telle dérive législative et étatique, et on pourrait même craindre à terme une généralisation d'un impôt sur les successions applicable à toutes et tous, partout en Suisse, indépendamment de la fortune et du revenu. C'est d'ailleurs dans cet esprit que la gauche s'ingénie à proposer des contre-projets déclinant divers systèmes fiscaux, faisant varier le taux et le seuil d'imposition, et qui tous ont en commun de s'attaquer à la notion même d'héritage et de fortune.

En conclusion, je ne peux que vous enjoindre à recommander le rejet cette initiative et des contre-projets proposés, parce que l'enjeu climatique est trop grand pour qu'on le réduise à une antipathie idéologique envers les plus riches, exprimée avec force par la gauche durant les débats de ce jour. En fait, c'est la gauche qui veut revenir au temps de la féodalité – cette période a été de nombreuses reprises évoquée aujourd'hui – en imitant Robin des Bois qui volait les riches pour donner aux pauvres.

Cette initiative pourrait encore se comprendre dans une volonté d'égalitarisme social, mais à ce moment cet impôt devrait au moins avoir une portée sociale, ce qui n'est pas du tout l'intention des initiants. Au contraire, comme membre du parti du Centre, le parti de la famille, je suis par exemple très inquiet des effets désastreux de cette initiative sur les entreprises familiales dont la fortune, sans être excessive, dépasse plus souvent qu'on ne l'imagine les 50 millions de francs. Ça, c'est aussi une réalité sociale.

Enfin, nous l'avons dit, sur le plan environnemental, cette initiative et les contre-projets menacent l'application des projets déjà adoptés et ne répondent à aucune forme de rationalité ni de volonté de solution constructive. Les interventions de ce jour, dignes des grandes luttes du XIXe siècle, aux accents marxistes et antibourgeois, l'ont démontré.

Candan Hasan (S, LU): Es macht uns Angst, wenn wir an unsere Zukunft denken. Es macht uns Angst, wenn wir sehen, wie Klima- und Biodiversitätskrise voranschreiten. Es macht uns Angst, wenn wir sehen, wie unsere Lebensgrundlagen weiter zerstört werden. Und es macht uns Angst, wenn Bundesrat und Parlament tatenlos zuschauen.

Die Botschaft vieler Menschen in diesem Land und insbesondere der jungen Menschen ist unmissverständlich. Wir müssen handeln und Verantwortung tragen, bevor es zu spät ist, damit unsere und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen erhalten bleiben. Wir müssen alles daransetzen, die Klimakrise, die auch eine soziale Krise ist, abzuwenden. Wir, die Politik, Sie und ich, sind gefordert, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Lebensgrundlagen zu sichern und entschieden gegen den Klimawandel vorzugehen.

Die Klimakrise ist Fakt, sie ist real und betrifft uns alle. Die Augen davor zu verschliessen, ist verantwortungslos. Die Existenz der Krisen, die damit verbundenen Ängste oder die Notwendigkeit des Handelns zu verneinen, ist rücksichtslos bzw. mutwilliger Raubbau an unserer Zukunft. Überschwemmungen, Murgänge, das Schmelzen der Gletscher, der Verlust der Arten, Waldbrände, Hitze und Dürre sind bereits heute Realität. Je länger wir warten, desto mehr Leid und Kosten verursachen die Klimakatastrophen.

Die Auswirkungen der Klimakrise sind auch bei uns finanziell spürbar. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten drei Jahren um 30 Prozent gestiegen. Ein Teil der höheren Lebensmittelpreise ist auf den Klimawandel zurückzuführen. Das Unwetter vom letzten Sommer im Misoix verursachte Schäden von zig Millionen Franken, und das ist nur die materielle Bilanz. Die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner leiden unter viel gravierenderen Verlusten.

Zudem subventionieren wir die Klimakrise. Zwei Drittel unseres Staatshaushaltes, über 40 Milliarden Franken,



fliessen in Subventionen und Steuererleichterungen, die der Umwelt, der Biodiversität und dem Klima schaden. Dies kostet die Steuerzahlenden doppelt: zum einen durch den Schaden, der dadurch verursacht wird, zum andern dadurch, dass dieser Schaden wieder repariert werden muss. Die Schäden und Kosten werden immer grösser. Wenn wir jetzt nicht handeln, steigen Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimagesundheitskosten bis 2050 auf 15 bis 20 Prozent des BIP. Das bedeutet, dass wir bis 2050 die ersten zwei Monate des Jahres nur dafür arbeiten, die Kosten für die Schäden zu bezahlen. Das ist ungerecht. Es müssen diejenigen für die Umweltschäden aufkommen, die sie verursachen oder mit der Zerstörung der Umwelt Profite machen.

AB 2025 N 115 / BO 2025 N 115

Ein Bericht der britischen Influencemap zeigt: 80 Prozent der globalen Emissionen gehen auf nur 57 Unternehmen zurück. Dies zeigt, dass in vielen Bereichen Profit und Wachstum über dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen stehen. Studien zeigen, dass durch Klimawandel und zerstörerische Landnutzung bis zu fünf Milliarden Menschen mit steigender Wasserverschmutzung und unzureichender Bestäubung für ihre Nahrungsmittelproduktion zu kämpfen haben werden. Währenddessen profitieren die Reichsten ungemein. Eine Oxfam-Studie zeigt, dass die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte aller Treibhausgasemissionen verursachen. Ein Milliardär ist dabei so klimaschädlich wie eine Million Menschen. Doch die Rechnungen zahlen wir alle. Das muss sich ändern. Wer die Umwelt zerstört, muss zahlen. Das ist eine Frage nicht nur der ökologischen, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit.

Aus Überzeugung empfehle ich Ihnen deshalb die Initiative für eine Zukunft zur Annahme.

Pahud Yvan (V, VD): Hélas: encore une énième initiative qui veut tuer l'attractivité et la prospérité de notre pays. Un tiens vaut mieux que deux tu l'auras. Hélas, les initiants, la Jeunesse socialiste, les Verts et la gauche n'ont pas encore compris cet adage. Si nous taxons davantage ceux qui font prospérer notre pays – les riches pour les initiants –, ils s'en iront. Ils iront simplement payer leurs impôts ailleurs. Qui paiera ces pertes fiscales? Ce sont ceux qui restent, ceux qui se lèvent tôt et qui travaillent dur pour gagner leur vie, c'est l'ouvrier, c'est la classe moyenne, ce sont ceux qui ont les plus petits revenus. C'est donc eux qui seront touchés et qui verront leur pouvoir d'achat diminuer à cause de cette hausse d'impôts. Hélas, sous couvert de l'écologie, les initiants ont comme but de s'attaquer aux riches.

Non à cette initiative qui veut faire fuir ceux qui contribuent à la prospérité de la Suisse et qui conduira, si elle est acceptée, à augmenter les impôts, ce qui aura comme conséquence de diminuer le pouvoir d'achat dans une période économique difficile, surtout pour la classe moyenne et les plus démunis de ce pays.

Le président (Page Pierre-André, premier vice-président): Monsieur Pahud, Mme Michaud Gigon aimerait bien vous poser une question.

Pahud Yvan (V, VD): On répondra aux questions à la fin.

Sauter Regine (RL, ZH): Die Initianten, so hört man, machen sich Sorgen um die Zukunft, vor allem um die Zukunft der jungen Menschen in diesem Land. Das ist verständlich, denn in der Tat gibt es grosse Herausforderungen zu bewältigen. Wer nun aber denkt, es gehe hier um die Frage, wie wir unsere AHV finanzieren können, wie es gelingt, dass alle einen Job finden oder dass unser Land sicher ist und sich verteidigen kann, der täuscht sich. Das Gegenteil ist nämlich der Fall, denn die Initiative hat das Potenzial, mit einem Schlag die Grundlage einer sicheren Zukunft unseres Landes und letztlich unsere Gesellschaft zu zerstören. Nichts anderes wäre die Folge einer Annahme dieser Initiative, die die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent auf grosse Vermögen verlangt.

Begründung: Zur Rettung des Klimas sollen jene zur Kasse gebeten werden, die durch ihr kapitalistisches Verhalten am meisten zur Klimakrise beigetragen haben.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Einmal mehr haben wir es mit einer linken Forderung zu tun, die an Arroganz, aber auch an Unwissen nicht zu überbieten ist. Treffen würde die Initiative nämlich vor allem Familienunternehmen und erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer. Diese tragen mit ihrer Risikobereitschaft, ihrem grossen persönlichen Engagement und mit harter Arbeit dazu bei, dass in der Schweiz produziert, geforscht und entwickelt wird und damit auch Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen werden. Das Vermögen dieser Personen besteht denn auch nicht, wie sich die Juso das vielleicht vorstellt, aus einem Swimmingpool voller Goldstücke – die Juso scheint dieses Bild des Dagobert Duck zu pflegen –, sondern das Vermögen ist an ein Unternehmen gebunden, darin investiert und produktiv eingesetzt. Besteuert man nun bei der Erbfolge die Hälfte eines solchen Unternehmens weg, ist dessen Weiterbestand nicht nur infrage gestellt, sondern vielfach nicht mehr möglich. Die Folge wäre eine Auflösung oder ein Verkauf ins Ausland. Arbeitsplätze in der Schweiz



gingen damit verloren, Arbeitsplätze, die die Existenzgrundlage für die Bevölkerung in diesem Land bedeuten. Man muss aber sehr blauäugig sein, wenn man meint, dass die betroffenen Personen nun einfach zuschauen würden, wie dies passiert. Sie werden vielmehr die Konsequenzen daraus ziehen und ihren Wohnort ins Ausland verlegen, und zwar heute, nicht erst morgen. Dass dies passieren wird, konnte man bereits deutlich vernehmen. Damit schiesst die Initiative ein klassisches Eigentor, denn gerade diese Personen sind für den grössten Teil des Steueraufkommens in der Schweiz verantwortlich. So besitzt gerade einmal 1 Prozent der Personen in der Schweiz über 40 Prozent des Vermögens und kommt damit, wie gesagt, für fast die Hälfte der Vermögenssteuereinnahmen der Kantone auf. Allein im Kanton Zürich – das nur als Beispiel – kommt das eine Prozent der Steuerpflichtigen mit einem Vermögen von über 5 Millionen Franken sogar für fast 70 Prozent der kantonalen Vermögenssteuern auf. Studien belegen, dass die Initiative somit nicht zu dem von den Initianten gewünschten Geldsegen, sondern vielmehr zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe führen würde. Es braucht keine grosse Fantasie, um sich vorzustellen, wo die öffentliche Hand sparen müsste und wo sie das Geld holen würde, wenn diese Erträge fehlten.

Der Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes – man kann es nicht genügend betonen – ist keine Selbstverständlichkeit, auch wenn man sich in diesem Land an den Wohlstand gewöhnt zu haben scheint, der damit einhergeht. Am Horizont zeichnen sich vielmehr dunkle Wolken ab. Unser Wirtschaftsstandort verliert schleichend an Attraktivität. Unternehmen zögern mit der Ansiedlung, die Exportwirtschaft leidet an der Rezession in unseren Nachbarländern und am Wirtschaftskrieg. In dieser Gemengelage braucht es nun ganz sicher nicht noch eine Initiative, die wörtlich den Umbau der Gesamtwirtschaft zum Ziel hat, letztlich aber von Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge zeugt.

Die Initiative für eine Zukunft der Juso ist ein gefährlicher Irrweg, der unseren Wirtschaftsstandort und damit unseren Wohlstand gefährdet. Sagen wir nicht am Ast, auf dem wir sitzen. Sagen wir Nein zu dieser "Enteignungs-Initiative", verhindern wir Rechtsunsicherheit, und kümmern wir uns stattdessen mit Sorgfalt um die drängenden Probleme unseres Landes, wie zum Beispiel um die nachhaltige Finanzierung unserer Altersvorsorge oder um die Gewährleistung der Sicherheit. Eine offene und wettbewerbsfähige Wirtschaft bildet dafür die beste Grundlage.

Präsidentin (Christ Katja, zweite Vizepräsidentin): Frau Sauter, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Barbara Gysi.

Sauter Regine (RL, ZH): Ich spare uns diese Zeit.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Wer erbt, hat nichts dafür geleistet. Es ist reines Glück, und man könnte dafür dankbar sein. Es ist nämlich Zufall, in welche Familie ein Kind geboren wird, ob in eine arme oder in eine reiche. Und natürlich ist es sinnvoll, wenn Eltern auch für die Zukunft ihrer Kinder schauen. Aber es gibt Grenzen für die Anhäufung und das Vererben von Reichtum – definitiv liegt die Grenze bei 50 Millionen Franken. Ab diesem Betrag ist es nichts wie anständig, via Steuern mitzufinanzieren.

Denn Folgendes darf nicht vergessen werden: Das Glück, Geld auf der Seite zu haben und Reichtum anhäufen zu können, kommt nicht von allein. Man profitiert von den Annehmlichkeiten, die die Schweiz bereitet, von den Leistungen eines Service public für alle. Zudem sind es die Superreichen und die Reichen, die derart viel mehr Ressourcen verbrauchen als die restliche Bevölkerung der Welt; Sie haben die Zahlen heute schon gehört. Die Klimakrise ist gross, und es ist an uns, dringend zu handeln, wenn wir eine Zukunft für die nächsten Generationen haben wollen.

AB 2025 N 116 / BO 2025 N 116

Nur schon die dreihundert Reichsten in der Schweiz haben in gerade einmal vier Jahren mehr als 125 Milliarden Franken an Vermögen dazugewonnen. Auf der anderen Seite muss der Bund sparen und präsentiert ein Sparpaket, das diese Reichsten locker aus ihrem Portfolio bezahlen könnten. Gleichzeitig ist die Armut sowohl in der Schweiz als auch weltweit gigantisch. Damit stimmt etwas nicht mehr am System, und es braucht Lösungen.

Zu Recht gibt es eine internationale Vereinigung, die sich "Proud to Pay More" nennt und die genau das fordert, was in der Initiative steht, nämlich: Besteuert uns endlich besser, damit wir richtig mitbezahlen beim Service public, beim Klimaschutz, bei den Leistungen für alle, damit wir weiterhin eine gesunde Gesellschaft mit einer gesicherten Existenz für alle haben. Leute wie Herr Spuhler drohen, aus der Schweiz wegzuziehen. Dabei ist er gerade das beste Beispiel dafür, wie man vom Staat profitiert: Er hat vom Staat x Aufträge für Züge erhalten und Millionengewinne daraus erzielt. Seine Reaktion ist daher mehr als fragwürdig. Eine Person schöpft Millionengewinne aus Staatsbeiträgen ab, also aus von uns bezahlten Steuern, und will dann nicht



anständig rückvergüten. Eigentlich ist das zum Schämen.

Es geht um das Erbe auf dem Konto. Der grösste Teil wird von Pensionierten an Pensionierte vererbt. Von den 88 Milliarden Franken Erbe pro Jahr werden gerade einmal 10 Prozent an Personen vererbt, die jünger als 60 Jahre sind. Dadurch entsteht keine Wirkung auf die Wirtschaft, das Geld kommt nicht in den Umlauf.

Es geht deshalb genau nicht um das Verhindern von Geschäftsübergaben und nicht um das Vernichten von Arbeitsplätzen, wie uns jetzt vorgegaukelt wird – im Gegenteil: Sinnvolles Wirtschaften soll weiter möglich sein, und gerade die Initiative bietet Möglichkeiten dazu. Sie sorgt nämlich für die nötigen Steuereinnahmen und damit für Investitionen in den Service public. Das Geld kommt statt auf das Bankbüchlein wieder in den Wirtschaftskreislauf und dient damit der gesamten Gesellschaft. Wenn dies aus dem Initiativtext nicht ganz klar hervorgeht, könnte dies einfach mit Gegenvorschlägen geregelt oder nach Annahme der Initiative im Gesetz klar festgelegt werden. Diese Argumentation ist also ein reiner Vorwand.

Ich bitte Sie daher, diese faire Initiative zur Annahme zu empfehlen. Sie sieht eine Versteuerung erst ab einem Betrag von 50 Millionen Franken vor. Dies betrifft nur die Superreichen, das sind gerade einmal etwa 2000 Personen. Damit hätten wir Geld für dringende Investitionen in die Gesellschaft und in die Zukunft.

Gysi Barbara (S, SG): Wie haben Sie es: Gehören Sie zu den rund 52 Prozent, die ihren Nachlass geregelt haben? Wussten Sie, dass gemäss einer Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften rund 88 Prozent der Leute ihre Altersvorsorge unabhängig von einem möglichen Erbe planen? Das gehört also gar nicht zur Planung der Menschen. Und doch wird in der Schweiz richtig viel Geld vererbt, die Tendenz ist seit Jahren steigend. Derzeit sind es rund 90 Milliarden Franken pro Jahr. Das entspricht zweimal der Jahresausgabe der AHV, und das ist mehr, als der Bundeshaushalt in einem Jahr ausgibt.

Und wer erbt? Es wurde schon von einigen gesagt: Die Mehrheit der Erbempfänger und -empfängerinnen ist bereits im Pensionsalter. Drei Viertel des vererbten Vermögens gehen an nur 10 Prozent der Bevölkerung. Einige wenige erben also sehr viel. Vermögende werden noch vermögender, und die Ungleichheit steigt. Darum ist es richtig, dass wir erneut über eine Erbschaftssteuer sprechen.

Es gibt meines Erachtens kein Recht auf das Erben, und viele Menschen werden gar nie in der Lage sein, ein Erbe zu bekommen. Durch unser Erbschaftsgesetz und die Abschaffung der Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen in vielen Kantonen werden die Ungleichheiten immer grösser. Darum ist es richtig, dass wir erneut über eine Erbschaftssteuer sprechen.

Die Juso setzt mit ihrer Volksinitiative bei den höchsten Erben an und will die Erträge in sozial gerechte Massnahmen gegen die Klimakrise investieren – nachvollziehbar, verständlich und absolut richtig. Diejenigen, die am meisten erben, sind diejenigen mit den grössten Vermögen, die die Umwelt nachweislich am meisten schädigen und darum auch einen höheren Beitrag leisten sollen. Die Volksinitiative greift nicht in die Kantonskompetenzen ein, will aber, dass der Bund zwei Drittel der Einnahmen erhält. Das ist richtig, so kommen diese Erträge der ganzen Schweizer Bevölkerung zugute und können vom Bund für wirksame Massnahmen für den Klimaschutz eingesetzt werden.

Selbstverständlich darf über die Bedingungen, wie sie die Juso-Volksinitiative vorschlägt, diskutiert werden, und sie dürfen auch hinterfragt werden. Die Bedingungen sind klar gesetzt und provozieren, das merken wir auch heute wieder an den vielen Reaktionen. Betreffen tun sie aber nur ganz wenige. Und wer jetzt in ein Wehklagen ausbricht und davor warnt, dass die Superreichen wegziehen, ist unehrlich. Die WAK des Nationalrates hätte es in der Hand gehabt, Korrekturen zu machen und einen gangbaren indirekten Gegenvorschlag aufzulegen. Dass die WAK-N sich in keiner Art und Weise bewegt hat und sich gegen jede Form von sinnvollem Gegenprojekt verschlossen hat, ist eine verpasste Chance.

Mit einer moderaten Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften wäre einiges möglich: so, wie es die Juso fordert, Klimaschutzmassnahmen zu finanzieren oder allenfalls auch etwas breiter zu denken. Warum neben den berechtigten Anliegen der jungen Generation auf eine Zukunft nicht auch die ältere Generation, die nicht vermögend ist, bei der Langzeitpflege und Betreuung unterstützen? Viele Menschen müssen im Alter jeden Franken für die Pflege aufbrauchen, bevor sie über die Ergänzungsleistungen unterstützt werden und dann sicher nichts vererben können.

Hörte man der Bevölkerung bei der letzten AHV-Abstimmung zu, stellte man fest, dass diese auch viel offener für eine Erbschaftssteuer ist als die WAK. Zigmund wurde aus dem Publikum gefragt, warum wir nicht eine Erbschaftssteuer für die AHV einführen. Darüber werden wir in dieser Session voraussichtlich ebenfalls noch debattieren, wenn es dann um die parlamentarische Initiative Jost "AHV-Solidaritätsabgabe auf Millionen-Nachlässen" geht, die die WAK genauso ablehnt. Ich hätte meine Kollegin Sauter fragen wollen, wie sie es denn damit hält, wie sie dann abstimmen wird, denn sie hat ja gesagt, es sei bedauerlich, dass diese Initiative nicht Geld für die AHV bereitstellen wolle. Sie können das dann sicher verfolgen.



Schaut "mensch" also etwas genauer hin, wird ersichtlich, dass es der bürgerlichen WAK-Mehrheit nur um Ideologie geht, darum, dass die, die viel haben, noch mehr bekommen. Dabei wäre es an der Zeit, sich für eine moderate Erbschaftssteuer zu öffnen. Das will die Mehrheit offensichtlich nicht. Darum unterstütze ich klar und deutlich die Initiative für eine Zukunft, für eine soziale Klimapolitik. Ich hoffe, dass das auch die Bevölkerung tut.

Paganini Nicolò (M-E, SG): "Den Ast absägen, auf dem wir sitzen", "das eigene Haus abreissen", "sich das eigene Grab schaufeln", "sich selbst ins Bein schiessen" – Sie dürfen sich aussuchen, welche Metapher Sie für die vorliegende Volksinitiative verwenden wollen, die sich zwar stolz Initiative für eine Zukunft nennt, in Tat und Wahrheit aber nur am Fundament des Wohlstands unseres Landes sägen will.

Ich gebe es zu, Schenkungs- und Erbschaftssteuern sind auch mir nicht a priori unsympathisch. Weshalb soll jemand, der jeden Morgen zur Arbeit fährt und Erwerbseinkommen erzielt, stärker besteuert werden als jemand, der ohne sein eigenes Zutun eine Schenkung erhält oder ein Erbe antreten kann? So weit, so nachvollziehbar. Aber die vorliegende Initiative will ja in keiner Weise bestehende Einkommenssteuern abschaffen und durch eine neue Erbschaftssteuer ersetzen. Nein, es sollen zusätzliche Einnahmen für eine weitere Erhöhung der staatlichen Ausgaben und damit auch der Staatsquote generiert werden.

Die Mängel dieser Volksinitiative sind zahlreich. Es fällt schwer, sich auf wenige zu beschränken. Ich versuche es trotzdem:

Die Juso-Initiative erreicht erstens genau das, was bei anderen Steuern – aber eben nicht hier – erwünscht ist. Die

AB 2025 N 117 / BO 2025 N 117

Tabaksteuer soll zu weniger Rauchern führen. Die Juso-Initiative wird im Ergebnis zu weniger reichen Haushalten führen. Einerseits werden viele potenzielle Steuersubjekte die Schweiz verlassen, andererseits wird die häftige Enteignung etwa alle 35 Jahre zu einem Rückgang des Steuersubstrats führen. Eine nachhaltige Finanzquelle sieht anders aus.

Die Schweiz hat zweitens ein austariertes Steuersystem. Es ist Teil unseres wirtschaftlichen Erfolgs. So kennen viele Länder im Gegensatz zur Schweiz keine Vermögenssteuer. Wir können in diesem Saal und in den Kantonsparlamenten immer darüber diskutieren, ob beispielsweise die Steuerprogression bei der Einkommenssteuer zu schwach oder zu stark ausfällt. Aber diese Volksinitiative wird unser ganzes System über den Haufen werfen, dies insbesondere, weil – drittens – eine grosse Umverteilung von den Kantonen zum Bund stattfinden wird. Die Studie von Föllmi/Legge vom Februar 2025 kommt für das mittlere Szenario zum Schluss, dass der Bund zwar rund 1 Milliarde Franken mehr einnehmen könnte, die Kantone aber rund 2,7 Milliarden Franken Steuerausfälle zu erwarten hätten. Natürlich träfe das Zürich, Schwyz, Zug und Genf am härtesten, und dies ohne Berücksichtigung der rückläufigen Summe, die aus dem NFA zur Verfügung stehen würde, weil die Geberkantone besonders geschröpft würden. Die Studie zeigt, dass alle Kantone verlieren würden.

Viertens schliesslich ein Wort zu denen, die das Ganze bezahlen würden: Die Multimillionäre und erst recht die Milliardäre eignen sich natürlich gut als Zielscheibe. Vergessen geht aber gerne, dass der grösste Teil ihres Vermögens meistens in Schweizer Unternehmen steckt. Die häftige Enteignung jeder Generation würde dazu führen, dass sie, wie bereits erwähnt, wegziehen oder aber dass sie grosse Teile ihrer Aktien an der eigenen Firma ausländischen Investoren übertragen müssten. Keine dieser Optionen kann im Interesse der Schweiz sein.

Wie angedeutet, reichen fünf Minuten nicht, um alle Mängel dieser brandgefährlichen Volksinitiative aufzuzeigen. Eines steht fest: Am Schluss vertreiben wir wertvolles Steuersubstrat ins Ausland, und es wird einmal mehr der Mittelstand die Zeche dafür zahlen müssen.

Deshalb bitte ich Sie, die Initiative abzulehnen und der Stimmbevölkerung auch keinen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Schmid Pascal (V, TG): Die Initiative der Jungsozialisten hat es in sich. Sie fordert per Volksinitiative nicht weniger als eine Zukunft, eine lebenswerte Zukunft. Und wie es sich für Sozialisten gehört, braucht es dafür natürlich neue Steuern und Vorschriften – als ob man eine lebenswerte Zukunft mit Steuern und Vorschriften herbeiführen könnte.

Unser heutiger Wohlstand in der Schweiz beruht auf sehr viel Einsatz, Fleiss und Leistung und nicht auf Vorschriften und nicht auf Steuern und nicht auf Umverteilung. Für eine lebenswerte Zukunft braucht es Innovation, Mut und Unternehmertum, aber sicher nicht noch mehr Steuern und noch mehr Umverteilung und noch mehr Vorschriften.

Die Initianten sprechen von einer Zukunftssteuer. Vordergründig geht es ihnen um Klimaschutz. In Tat und



Wahrheit geht es ihnen um etwas ganz anderes. Es geht ihnen um noch mehr Staat und noch mehr Vorschriften und noch mehr Umverteilung. Wenn der Steuervogt Erbschaften zur Hälfte konfisziert, hat das mit Zukunft nichts zu tun. Das ist pure Enteignung, das ist Klassenkampf, das ist Sozialismus.

Die Initianten behaupten, die neue Steuer betreffe nur Superreiche. Das stimmt so nicht. Die Steuer trifft vor allem Familienbetriebe, KMU. Das besteuerte Vermögen, das liegt nicht irgendwo auf dem Bankkonto. Es ist gebunden im Betrieb. Die Werte auf dem Papier sind meist nicht real. Sie beruhen auf fiktiven Bewertungen. Um die horrenden Steuer zu zahlen, müssten die Erben die Unternehmen verscherbeln. Das zerschlägt dann ganze Unternehmen, und wenn Unternehmen zerschlagen werden, dann zerstört das auch Arbeitsplätze. Damit verschreckt die Initiative reiche Vermögende ins Ausland.

Die Schweiz würde auch völlig unattraktiv für Start-ups. Wer gründet schon ein Unternehmen, wenn der Staat im Erbfall die Hälfte enteignet? Um zu verhindern, dass Vermögen vor der Besteuerung ins Ausland verlagert wird, wollen die Initianten sogar eine Wegzugsteuer einführen. Ich meine, solche Massnahmen gibt es in autoritären Staaten. Aber in einem liberalen, demokratischen Rechtsstaat hat das nichts zu suchen.

Die Initiative ist ein Frontalangriff auf Wohlstand, Eigentum und Unternehmertum. Sie bestraft Einsatz, Leistung und Erfolg. Sie vertreibt Vermögen, Unternehmen und Arbeitsplätze. Vergessen wir nicht: 5 Prozent der Steuerzahler bezahlen zwei Drittel der Bundessteuern. Wenn wir die Reichen vertreiben, dann klafft einfach am Ende ein riesiges Loch in der Kasse, und diese Zeche zahlt dann – ja wer wohl? – der arbeitende Mittelstand und nicht die Jungsozialisten.

Also wenn an dieser Initiative eines nachhaltig ist, dann ist es die nachhaltige Schädigung des Standorts Schweiz. Die Initiative bewirkt das Gegenteil dessen, was sie verspricht. Es ist nicht eine Initiative für die Zukunft, es ist eine Initiative gegen die Zukunft, gegen den Wohlstand, gegen die Leute.

Empfehlen wir diese radikale Initiative daher entschieden und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Molina Fabian (S, ZH): Herr Kollege Schmid, Sie haben jetzt hier mehrfach behauptet, dass mit dieser Initiative irgendjemand zu 50 Prozent besteuert würde. Können Sie mir das mal vorrechnen, wie denn jemand genau zu 50 Prozent besteuert würde? Ist es nicht vielmehr so, dass jemand, der 51 Millionen Franken erbt, 500 000 Franken Steuern zahlen müsste?

Schmid Pascal (V, TG): Herr Molina, vielen Dank für die Frage. Sie kennen ja die Antwort. Es ist eine Initiative, die Erbschaften über 50 Millionen Franken massiv besteuert – Sie wissen das. Das ist Enteignung, das ist Konfiskation, und das gehört sich in einem demokratischen liberalen Rechtsstaat nicht.

Roth David (S, LU): Ja, Herr Schmid, Sie sind jetzt der Zehnte, der behauptet, dass die Hälfte als Steuern bezahlt werden müsste. Können Sie alle nicht rechnen, oder wollen Sie den Leuten falsche Tatsachen vorgaukeln?

Schmid Pascal (V, TG): Lesen Sie den Initiativtext; es ist die Hälfte des Substrats.

Gianini Simone (RL, TI): Siamo di fronte a un'iniziativa pericolosa, sin dal momento in cui è stata presentata, perché ha un effetto destabilizzante, rivelandosi un perfetto boomerang già prima del voto popolare. Auspicio che il voto popolare la respinga, come chiedo a voi di respingerla qui in aula.

Non pochi sono infatti i potenziali grandi contribuenti che stanno evitando di trasferirsi nel nostro Paese, proprio perché vi è la spada di Damocle dell'iniziativa dei Giovani socialisti, che vorrebbero introdurre un'imposta espropriativa sulle successioni con un'aliquota fissa del 50 per cento. Tanti saranno anche quelli che se ne andranno se una simile iniziativa fosse accolta, sottraendosi così al pagamento delle imposte in Svizzera, malgrado l'intento degli autori dell'iniziativa di farla valere retroattivamente, il che sarebbe anticostituzionale. Ma peggio andrà a chi non se ne andrà e si troverà a dover lasciare metà del proprio patrimonio allo Stato per finalità tutt'altro che chiare, arrivando a dover vendere la propria attività per poter pagare l'imposta.

Si dirà, da parte dei sostenitori dell'iniziativa, che in fin dei conti concerne soltanto successioni e donazioni superiori a 50 milioni di franchi. Oltre a bloccare l'arrivo e a comportare la partenza di importanti contribuenti fisici – misure che potrebbero causare una perdita fiscale calcolata fino a 3,6 miliardi di franchi che dovranno poi essere recuperati aumentando le imposte ordinarie di tutti quelli che oggi le pagano –, guardiamo concretamente cosa vorrebbe dire tassare per oltre il 50 per cento patrimoni superiori a 50 milioni di franchi. Non si tratterebbe infatti unicamente dei mitici superricchi, la cui mobilità tra l'altro permette loro di sottrarsi facilmente a simili intenti. Circa l'80 per cento delle imprese svizzere sono imprese familiari e quasi la metà di esse sta pianificando una

**AB 2025 N 118 / BO 2025 N 118**

successione all'interno della famiglia. L'introduzione di un'imposta del 50 per cento su eredità e donazioni superiori a 50 milioni di franchi colpirebbe soprattutto le imprese familiari di medie e grandi dimensioni. Nel caso di industrie, aziende artigianali, aziende tecnologiche, banche di proprietà familiare, con la maggior parte del valore investito in macchinari, edifici, brevetti o veicoli, gli eredi si troverebbero costretti a vendere l'intera azienda o parte di essa per pagare l'imposta, pena il fallimento o l'interruzione dell'attività.

Eccoli quindi, ben messi in fila, i boomerang di una simile iniziativa: perdita dell'importante substrato di aziende familiari, perdita di posti di lavoro, perdita di contribuenti, perdita di entrate fiscali e quindi perdita di risorse dello Stato per adempiere ai propri compiti anche di politica ambientale e sociale, rispettivamente necessità di aumentare le imposte a tutti. Proprio il contrario di ciò che l'iniziativa si prefigge di raggiungere. E di questo è già oggi responsabile chi l'ha lanciata, ma anche il partito madre che l'ha assecondata, e i parlamentari che qui in aula dichiarano di sostenerla. Va bene avere degli ideali giovani, va bene avere proprie convinzioni politiche, ma qui si sta giocando con la stabilità e il benessere del nostro Paese e quindi con il futuro delle giovani generazioni che gli autori dell'iniziativa fanno credere di voler promuovere.

Il benessere e il successo della Svizzera sono dati dal suo equilibrio e dalla sua stabilità. Non sacrificiamoli sull'altare dell'ideologia, in questo caso di sinistra.

Jost Marc (M-E, BE): Einverstanden: Die Juso hat mal wieder übertrieben. Mit der Forderung, grosse Vermögen, die vererbt werden, mit 50 Prozent zu besteuern, geht der sozialistische Klassenkampf zu weit. Aber das Problem wurde richtig erkannt: Spitzenvermögen wachsen rasant schnell an. Die Ungleichheit wird so ungebremst zur Gefahr für eine demokratische Gesellschaft. Und das Prinzip der Leistungsgesellschaft wird zur lächerlichen Farce. Millionen-Erbschaften sind leistungsloses Einkommen.

Die EVP setzt sich seit Jahren für eine moderate Erbschaftssteuer auf nationaler Ebene ein. Mit einem Freibetrag für Grossmutter's Häuschen wären die Einnahmen daraus ein wertvoller Beitrag für mehr Generationengerechtigkeit. Wir empfehlen die vorliegende Volksinitiative entschieden zur Ablehnung, unterstützen aber mit Überzeugung Gegenvorschläge, die einen ausgewogenen Ansatz verfolgen, namentlich die Minderheit IV (Ryser).

Die Juso-Initiative ist aus Sicht der EVP keineswegs so gerecht, wie ihre Initianten behaupten. Indem nämlich die wohlhabendsten Bürger unseres Landes unverhältnismässig stark zur Kasse gebeten werden, riskieren wir, dass diese, wie gehört, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. Dies könnte letztlich nicht zu Mehreinnahmen, wie erwünscht, sondern im Gegenteil zu erheblichen Steuerausfällen führen. Ein weiteres Problem ist, dass Erbschaften oft nicht in liquider Form vorliegen, sondern in Unternehmensvermögen gebunden sind. Dies könnte dazu führen, dass Erben gezwungen würden, Familienunternehmen zu verkaufen, nur um die Erbschaftssteuer begleichen zu können. Die EVP bekennt sich klar zum Klimaschutz, doch diese Initiative hier bietet keine angemessene Lösung für dessen Finanzierung. Eine moderate Erbschaftssteuer hingegen wäre eine tragfähige und faire Lösung, eine Chance für mehr Generationengerechtigkeit. Deshalb appelliert die EVP an den Nationalrat: Schütten Sie das Kind nicht mit dem Bade aus.

Meine parlamentarische Initiative 24.420, "AHV-Solidaritätsabgabe auf Millionen-Nachlässen", wurde verschiedentlich erwähnt. Dort wäre eben die AHV der Zweck, hier ist der Zweck der Klimaschutz. Es gibt gute Gründe für diese moderate Lösung.

1. Dringender Finanzierungsbedarf: Unser Bundeshaushalt steht unter erheblichem Druck, wir wissen das. Neben der Finanzierung der AHV steht die Stärkung der Armee an, und weitere notwendige Investitionen belasten unsere öffentlichen Finanzen. Trotz Sparmassnahmen braucht der Bund neue Einnahmequellen, auch für den Klimaschutz. Eine Erbschaftssteuer könnte hier eine sinnvolle Alternative bieten, um die aktive Bevölkerung nicht durch weitere Lohnabzüge oder höhere Mehrwertsteuern zu belasten.

2. Gesellschaftliche Akzeptanz: Umfragen zeigen, dass eine moderate Erbschaftssteuer in der Bevölkerung Unterstützung findet. Selbst grosse Unternehmer sagen, dass sie der Juso-Initiative gegenüber kritisch sind, dass aber eine Erbschaftssteuer von 5, ja sogar bis 10 Prozent tragbar wäre. Im Gegensatz zur vorliegenden Initiative würden solche Modelle Familieneigentum oder mittelständische Unternehmen kaum gefährden.

3. Die generationenübergreifende Umverteilung: Die Mehrheit der Erbschaften geht an ältere Personen. Schätzungen zufolge erhalten rund 60 Prozent der Erben ihr Vermögen erst im Alter von über 60 Jahren, und weniger als 5 Prozent der Erbschaften gehen an Menschen unter 40 Jahren. Eine massvolle Erbschaftssteuer könnte daher eine gezielte und generationengerechte Umverteilung fördern.

Die EVP plädiert deshalb für eine faire und umsichtige Steuerpolitik. Wir sind gegen extreme Lösungen, aber für nachhaltige und sozial gerechte Finanzierungswege. Wir empfehlen die Initiative zur Ablehnung, unterstüt-



zen jedoch die Minderheit IV (Ryser).

Funiciello Tamara (S, BE): Man kann sicher sein, dass eine Initiative ins Schwarze trifft, wenn die Überreichen, Economiesuisse und die Rechten schon Panik haben, bevor überhaupt ein Abstimmungstermin feststeht. Dann ist plötzlich auch nichts mehr mit diesen patriotischen 1.-August-Reden über Demokratie und "Eine Person, eine Stimme". Dann gilt nicht mehr "Die Schweiz zuerst", dann zählt nur noch die Macht der Stärkeren, dann drohen Reiche mit Abwanderung, sollte man nicht das tun, was sie sagen – ein Grund mehr, Überreiche endlich anständig zu besteuern.

Es kann nicht sein, dass wir in einer Demokratie leben, in der das Interesse von Überreichen, ihre Vermögen steuerfrei vererben zu können, höher gewertet wird als das Interesse der Gesamtbevölkerung an der Bekämpfung der Klimakrise. Denn das ist die Frage, die wir uns hier heute stellen. Wollen wir, dass ein kleiner Teil einer Elite ihren Kindern eine Unmenge Geld steuer- und leistungsfrei vererben kann, oder wollen wir, dass wir als Gesellschaft allen Kindern eine intakte Umwelt vererben? Was nützen einem 50 Millionen Franken, wenn wir keinen Lebensraum mehr haben? Zudem: Wir reden von 50 Millionen Franken Freibetrag – 50 Millionen! Lassen Sie sich das mal auf der Zunge zergehen. Ich weiss, einige hier im Saal haben längst die Bodenhaftung verloren. Aber wissen Sie, wie lange ein Bauarbeiter in Bern schuften müsste, um auch nur so viel zu verdienen? Es sind 732 Jahre, 732 Jahre ohne Pause und ohne einen einzigen Franken auszugeben; so viel sind 50 Millionen Franken. Erst ein Betrag über diesen 50 Millionen würde besteuert. Sie sagen dann, das sei zu extrem. Ich frage mich dann: Ab wann ist denn die Initiative nicht extrem? 50 Millionen Franken – extrem ist, dass solche Beträge überhaupt leistungsfrei vererbt werden, und extrem ist, dass wir, obwohl wir wissen, was passieren wird, nach wie vor nicht genug unternehmen, um der Klimakrise entgegenzuwirken.

Lassen Sie mich Sie daran erinnern, dass die meisten Menschen in diesem Land nichts erben, ausser vielleicht Schulden, denn EL-Bezüge der Eltern müssen von den Kindern nachbezahlt werden. Dafür haben Sie in diesem Saal gesorgt: dass Armut und Reichtum und somit auch der soziale Status vererbt und erhalten bleibt. Die Schweiz wird nicht untergehen, wenn wir die Überreichen besteuern, aber sie wird untergehen, wenn wir es nicht tun. Wir sehen es doch längst: Felsstürze, Überschwemmungen, Hitzewellen – der Klimawandel ist kein Schreckgespenst der Zukunft, er ist da, er passiert, und zwar jetzt. Wenn wir die Krise ernst nehmen wollen, dann brauchen wir Investitionen. Jetzt frage ich Sie: Wer soll das bezahlen? Die 99 Prozent, die jeden verdammten Tag arbeiten gehen, oder die 0,035 Prozent, die ihren Wohlstand schlicht und einfach geerbt haben, ohne einen Finger zu rühren?

Es gibt drei gute Gründe, warum es keine Alternative gibt:

Erstens ist der Klimawandel real. Wir haben eine Verantwortung gegenüber dieser und der kommenden Generation.

AB 2025 N 119 / BO 2025 N 119

Hören Sie auf, die Erben der Milliardäre wichtiger zu nehmen als die Zukunft dieses Landes und aller anderen Kinder.

Zweitens ist eine Erbschaftssteuer urliberal. Hören Sie auf mit Sozialismus. Das ist wirklich die am wenigsten extreme Initiative, die die Juso in den letzten fünfzig Jahren lanciert hat; das kann ich Ihnen sagen, ich war auch Juso-Präsidentin. Leistung soll zählen, nicht der Zufall der Geburt. Wer gegen diese Steuer ist, verteidigt nicht Leistung, sondern Feudalismus.

Drittens: Bitte tun wir nicht so, als würde man diesen Menschen alles wegnehmen. Wer 50 Millionen Franken erbt, kann beruhigt schlafen, und vor allem: Was darüberliegt, davon bleibt ihnen immer noch die Hälfte erhalten. 2000 Menschen in der Schweiz besitzen ein solches Vermögen, 2000. Ich sage es noch einmal: Das sind 0,035 Prozent der Steuerpflichtigen. Für diese ultrareiche Elite soll die gesamte Schweiz sich verbiegen? Ich finde: Nein, es reicht.

Sagen Sie Ja zu dieser Initiative.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Frau Funiciello beantwortet keine Fragen.

Buffat Michaël (V, VD): Nous devons refuser cette initiative qui repose sur une idée fausse et dangereuse: celle que l'on pourrait financer la transition écologique en instaurant une fiscalité confiscatoire sur les successions et les donations. En réalité, ce texte ne ferait qu'affaiblir notre pays, créer de l'incertitude et mettre en péril notre modèle économique et social. D'abord, cette initiative provoque une instabilité fiscale majeure. Elle introduit un impôt de 50 pour cent sur les successions et les donations au-delà de 50 millions de francs; un niveau d'imposition extrêmement élevé qui pousse déjà aujourd'hui de nombreux contribuables à quitter la Suisse. Les investisseurs hésitent désormais à venir s'établir ici, effrayés par l'incertitude fiscale. Nous assistons en



direct à l'exode des créateurs de richesse, à l'érosion de notre base fiscale et à un affaiblissement économique sans précédent. Quand vous taxez la réussite, la réussite s'en va et la Suisse ne peut pas se permettre un suicide fiscal.

Ensuite, au lieu de rapporter les milliards de francs espérés par ses promoteurs, cette réforme risque d'aboutir à un effondrement des recettes publiques. Avec la fuite des grandes fortunes et des investisseurs, la perte fiscale pourrait atteindre des milliards de francs par année; bien au-delà des revenus attendus de cet impôt. Il faudra bien compenser ce manque à gagner. Qui payera? Les travailleurs, les retraités, la classe moyenne et les PME, qui verront leurs charges augmenter pour financer des politiques publiques dont l'assise fiscale aurait été gravement affaiblie. Cette initiative met en péril de nombreuses entreprises familiales, rendant la transmission d'une génération à l'autre quasiment impossible. Elle risque de provoquer des ventes forcées, des licenciements et une fragilisation du tissu économique local. Voulons-nous préparer l'avenir ainsi, en poussant des structures économiques solides à disparaître sous le poids de l'impôt?

Enfin, ce texte constitue une atteinte au fédéralisme et à la souveraineté des cantons. Depuis toujours, l'impôt sur les successions relève des autorités cantonales qui ont la liberté d'adapter leur fiscalité aux besoins locaux. Cette initiative impose un carcan fédéral privant les cantons de leur autonomie, en les empêchant de répondre aux attentes spécifiques de leur population.

Cette initiative n'est pas une réforme fiscale. C'est un manifeste idéologique de lutte des classes. Elle punit ceux qui réussissent. Elle installe une insécurité fiscale insoutenable. Elle cherche à redistribuer des richesses qui n'existeront bientôt plus. Elle est portée par une gauche radicale qui rêve d'un Etat omnipotent et d'une Suisse où l'ambition et le succès sont des crimes. Ne tombons pas dans ce piège.

La Suisse a bâti sa prospérité sur la stabilité fiscale, la liberté économique et la responsabilité individuelle. Cette initiative va détruire ces fondements. Elle ne servira ni à l'écologie, ni à la justice sociale, ni à l'économie. Elle fera fuir les investisseurs, ruinera les finances publiques et précarisera les entreprises. Si nous laissons passer cette initiative, nous ouvrirons la porte à une dérive socialiste qui nous rapprochera des pires échecs économiques observés ailleurs. Nous devons défendre la Suisse du travail, de la réussite et de la liberté. C'est pourquoi nous devons recommander de rejeter cette initiative avec la plus grande fermeté.

Silberschmidt Andri (RL, ZH): Das Recht auf Eigentum ist die Grundvoraussetzung für die Freiheit eines Menschen. Das Recht auf Eigentum beginnt beim Eigentum am eigenen Körper und folgerichtig auch an dem, was man mit dem eigenen Körper macht. Wenn man arbeiten geht, soll einem das, was man verdient, gehören. Das steht auch in der Bundesverfassung. Artikel 26 der Bundesverfassung sagt ganz klar, dass das Eigentum gesichert sein muss. Wenn man jemandem 50 Prozent von dem wegnimmt, was ihm gehört, dann ist es nichts anderes als eine Enteignung.

Es ist eine Initiative, die gegen die Bundesverfassung geht. Ich kann Ihnen sagen, das ist erst der Anfang. Wenn eine solche Enteignung gutgeheissen wird, werden neue Initiativen folgen, die für noch mehr Menschen das Recht auf Eigentum infrage stellen. Wenn wir das Recht auf Eigentum nicht mehr haben, sind wir keine freie Gesellschaft, weil alle anderen Rechte – die Redefreiheit, die Pressefreiheit –, alle diese Rechte auf dem Recht auf Eigentum beruhen.

Die Jungsozialisten wollen genau dieses Eigentum zerstören. Sie erzählen uns viele Märchen, und wir haben auch heute schon viele Märchen gehört, welche korrigiert werden müssen. Die Jungsozialisten zerstören Familienunternehmen. Menschen, die in diesen ominösen Listen, in diesen Reichen-Listen auftauchen, haben das Geld nicht auf dem Bankkonto. Sie haben nicht einfach nur Yachten und Swimmingpools. Sie haben Aktien von Unternehmen, hinter denen Arbeitsplätze stehen. Es sind Maschinen, es sind Rechte, es sind Gebäude. Alles steckt hinter diesen Aktien, das heisst, dieser Wert ist nicht auf dem Konto. Wenn man die Steuer, diese 50 Prozent, zahlen muss, kann man das nicht einfach vom Bankkonto abheben, sondern man müsste sich verschulden. Die kommenden Generationen müssen über Jahre, wenn nicht über Jahrzehnte diese Schuld abzahlen und könnten kein Geld mehr in die eigene Firma investieren. Das heisst, der Fortbestand der Schweizer Familienunternehmen ist bedroht.

Weiter wird gesagt, die Initiative führe zu mehr Steuereinnahmen. Die Botschaft des Bundesrates zeigt klar, dass die Folge Steuerausfälle von mehreren Milliarden Schweizerfranken sind. Wenn Sie bei dieser Initiative Ja stimmen, bezahlt jeder Haushalt in der Schweiz 1000 Schweizerfranken mehr Steuern. Ich will das nicht.

Es kommt noch dicker. Heute zahlt eine Firma Mehrwertsteuern, sie zahlt Kapitalsteuern, sie zahlt Gewinnsteuern. Als Mensch zahlt man Einkommenssteuern, man zahlt Vermögenssteuern. Das zahlt man jedes Jahr. Wenn Sie mit Ihrer "Enteignungs-Initiative" Wert zerstören, wenn mit Ihrer "Enteignungs-Initiative" Wert ins Ausland geht, dann fehlen diese jährlichen Mehrwertsteuereinnahmen, diese Gewinnsteuern, diese Kapitalsteuern, diese Einkommens- und Vermögenssteuern. Sie entziehen dem Staat Mittel, einfach weil Sie aus



ideologischen Gründen Eigentum zerstören wollen.

Dann sagen Sie, es sei liberal, dass Erbschaft besteuert wird. Es sei besser, Erbschaft zu besteuern, als zum Beispiel Einkommen. Ich bin mit Ihnen gleicher Meinung, Einkommen müssen wir entlasten. Einkommen wird immer mehr belastet, weil Sie immer mehr Lohnabzüge fordern, um den Sozialstaat auszubauen. Aber die Erbschaftssteuer ist per se nicht liberal, weil es in einer freien Gesellschaft etwas vom Liberalsten ist, dass man eine Familie aufbaut, dass man ein Unternehmen über die Familie, über Generationen weitergibt. Da stecken viele Werte, nicht finanzielle Werte, sondern andere Werte dahinter. Diese Werte zerstören Sie mit einer so hohen Erbschaftssteuer.

Zuletzt will ich auch noch sagen, dass Sie das Innovationsland Schweiz zerstören. Wer heute eine Firma gründet, der macht dies, weil er ein Problem lösen will. Wenn er oder sie in der Problemlösung gut ist, dann gewinnt er Kunden, schafft Arbeitsplätze und macht Umsatz. Man macht das, weil man das grosse Problem lösen will. Je mehr Kunden man gewinnt,

AB 2025 N 120 / BO 2025 N 120

je mehr Probleme man löst, desto mehr Wert hat also die eigene Firma. Dieser Wert ist aber nur auf dem Papier vorhanden. Wenn Sie sagen, dass jemand, der auf sehr viel im Leben – auf viel Zeit und viel Geld – verzichtet und der eine Firma gründet, am Schluss 50 Prozent des Betrages dieser Firma an den Staat abliefern muss, dann kann ich Ihnen sagen, dass niemand mehr in der Schweiz eine Firma gründet. Dann machen sie das von Beginn weg im Ausland, und die Start-up-Nation Schweiz wäre am Ende.

Ich bitte Sie, diese Initiative deutlich zur Ablehnung zu empfehlen und keinen Gegenvorschlag zu unterstützen, und dann machen wir weiter – für die Schweiz und nicht gegen die Schweiz.

Docourt Martine (S, NE): Inondations en Espagne, incendies en Californie, cyclones en Australie; glissements de terrain, inondations et tempêtes font également rage en Suisse, comme ailleurs dans le monde. Les catastrophes naturelles augmentent en nombre et en intensité, ce qui est la conséquence du changement climatique. Ce changement découle de notre activité économique, de la façon dont elle est organisée et des buts qu'elle poursuit. Au coût social de la course aux profits s'ajoute désormais un coût environnemental.

Dans ce contexte, agir n'est plus un choix, mais une nécessité. Si certaines actions doivent être entreprises à une échelle globale, l'adaptation au changement climatique, elle, se réalise localement. Nous nous devons, en tant que représentation de la population de ce pays, de permettre à nos concitoyennes et concitoyens de faire face à ces changements. Nous nous devons de donner un cap aux collectivités publiques, pour qu'elles puissent entreprendre les aménagements nécessaires à leur population: développer les transports publics, mieux isoler les bâtiments, investir dans les énergies renouvelables, décarboner notre économie. La tâche est énorme, tant par son ampleur que par ses conséquences en cas d'échec. Car, au bout du compte, il s'agit de préserver les conditions de la vie sur terre.

Pour cela, nous le savons, il faut des moyens, des moyens dont on entend bien souvent dire qu'ils manqueraient; hélas, ajoute-t-on. Eh bien, voilà une bonne nouvelle: l'initiative de la Jeunesse socialiste suisse a trouvé des moyens en taxant les héritiers des grandes fortunes. C'est bien de ces personnes qu'il s'agit et uniquement de ces personnes, puisque nous parlons de la taxation de 50 pour cent de la part des héritages dépassant les 50 millions de francs.

Ainsi, l'initiative proposée par la Jeunesse socialiste suisse ne concerne qu'une infime minorité de la population: 1 pour cent des plus riches de notre pays. Toutefois, l'importance de son impact climatique n'est plus à remettre en question. Une personne faisant partie de cette toute petite minorité a en effet un impact 100 fois plus grand qu'une personne faisant partie de la majorité de la population. Il s'agit de 195 tonnes de CO₂ émises par personne annuellement, alors qu'une personne ayant un bas salaire émet moins de 10 tonnes de CO₂ annuellement. Cette taxe proposée applique donc le principe du pollueur-payeur aux héritiers de grandes fortunes.

A celles et ceux qui trouveraient cela injuste, qui accuseraient cette initiative de malmener l'esprit entrepreneurial, de taxer des self-made-men, je rappellerai cette étude de 2024 du Centre de recherches conjoncturelles de l'EPFZ, qui a analysé les fortunes des trois cents personnes les plus riches du classement de "Bilanz". Selon ces résultats, plus de 60 pour cent de ces personnes sont devenues ultrariches grâce à un héritage. De ces grandes fortunes, seules 8 pour cent concernent des managers actifs, les autres sont des investisseurs, des actionnaires, des rentiers du capital, mais pas des entrepreneurs.

Quand on sait que leur bilan carbone stratosphérique, que j'ai déjà évoqué, est pour beaucoup dû à leur choix d'investissements, qui sont souvent écologiquement irresponsables et parfois peu scrupuleux des normes environnementales, on voit bien que l'initiative atteint sa cible: faire payer la lutte face au changement climatique



par ceux qui s'enrichissent sur le dos de la planète.

Ce qui n'est pas juste actuellement, c'est qu'une personne puisse hériter de montants importants simplement parce qu'elle est née dans la bonne famille, et que cet héritage ne soit pas taxé et redistribué en partie à la collectivité publique pour investir dans l'avenir. Ce qui n'est pas juste actuellement, c'est que ce mécanisme dysfonctionnel se perpétue de génération en génération, creusant à chaque étape des inégalités sociales.

Voilà donc une solution de financement qui est socialement juste et climatiquement équitable, fondée sur des faits objectifs.

Nous avons ainsi une double opportunité: dégager une partie des moyens nécessaires à l'adaptation et à la lutte contre le changement climatique et envoyer un message clair à celles et ceux qui portent une lourde responsabilité dans le dérèglement de notre climat.

Je le répète: agir n'est plus un choix, mais une nécessité, car, non, les mesures décidées jusqu'à maintenant ne sont pas suffisantes pour faire face à la crise climatique que nous traversons. Nous avons la possibilité d'agir de manière juste et ciblée.

Glättli Balthasar (G, ZH): Ich habe der Debatte nun recht lange zugehört und muss sagen, dass mehr gute Gegenvorschläge als gute Gegenargumente gegen die Initiative vorgestellt wurden. Mir scheint es bezeichnend, dass die Gegenseite nur über das Geld spricht und nicht über das Positive, das auch vererbt werden kann. Eigentlich könnte man diese Initiative auch anders nennen: "Erben für alle" oder "Erben einer besseren Umwelt, einer sozialeren Gesellschaft, einer gerechteren Zukunft". Das wäre doch ein Erbe, das wir als Land an die nachkommenden Generationen weitergeben müssten, ein Erbe, das allen zugutekommt und nicht nur jenen, die von der Gnade der gut betuchten Geburt geküsst wurden.

Kollege Silberschmidt hat vorhin schön philosophiert. Zwar ist er selber jetzt, glaube ich, nicht mehr im Saal, und ich weiss es, denn auch ich bin ja zu einem Viertel Philosoph: Philosophen sprechen lieber, als dass sie zuhören. Aber vielleicht hören mir ja dafür die anderen Anwesenden zu!

Herr Silberschmidt hat seine Argumentation vom Recht auf Eigentum abgeleitet. Aber das Recht auf Eigentum ist das Recht auf mein Eigentum, nicht das Recht auf das Eigentum meiner Eltern. Hier liegt irgendwie ein Kategorienfehler vor, der sich durch die ganze Debatte zieht. Wenn wir von jemandem sprechen, der etwas erarbeitet hat, dann ist das nachher immer diese betreffende natürliche Person. Das Erbe ist eben gerade das, was den Nachkommen dieser Person – den Nachkommen, die nichts dafür getan haben – zugutekommt.

Weiter scheint es mir, wie soll ich sagen, einigermassen zur Kenntlichkeit gebracht zu sein, dass all die grossen Argumente, die nun angeführt wurden – darunter die Gefahr des Wegzuges und das Argument, man schiesse sich am Ende ins eigene Bein –, nur vorgetäuscht sind. Nähme man das Argument, dass es in einer liberalen, in einer bürgerlichen Gesellschaft, wie Jacqueline Badran gesagt hat, eben keinen Geldadel geben soll – genauso wenig, wie es sonst einen Adel geben soll –, als Gegenargument gegen die Initiative ernst und würde man es gleichzeitig respektieren, so hätte man jetzt die Auswahl aus vier verschiedenen Möglichkeiten, mithilfe derer man es anders und weniger belastend machen könnte.

Zum Schluss noch dies: Es wurde gesagt, das sei die antikapitalistischste Initiative, die es je gegeben habe. Es ist die kapitalistischste Initiative! Wissen Sie, weshalb? Was genau ist eine "société anonyme"? Worum handelt es sich bei diesen Aktien, von denen immer wieder gesprochen wurde, den Aktien dieser Familienfirmen? Sie sind eben genau das Geld, das Kapital, das keinen Herrn kennt, sondern das nur einen Eigentümer kennt. Und wenn man eine Firma hat, deren Kapital in einem Aktienpaket angelegt ist, ist es eben genau die Idee dieser Geschichte, dass das Konstrukt weiterleben können soll, auch wenn die Aktien an andere verteilt werden. Wer mir jetzt sagt, ich sähe das ganz komisch, nirgendwo sonst gebe es solche Probleme und überhaupt, dann muss ich sagen: Ich vermute, dass jede Familie, die mehr als ein Kind hat und ein Haus vererbt, ein ähnliches Problem hat. Sofern eine der

AB 2025 N 121 / BO 2025 N 121

Personen in diesem Zusammenhang nicht noch viel Geld auf der Seite hat, sondern nur ein Haus, muss sie schauen, was sie mit diesen Aktiven macht und welche Schulden sie aufnehmen muss, damit sie weiterhin im Haus wohnen und ihre Geschwister ausbezahlen kann. Das ist doch nichts Neues, das passiert bei fast jedem Erbgang. Weshalb sollte das jetzt eine Katastrophe für Familien sein?

Sagen Sie Ja zur Initiative, aber nicht primär deshalb, weil Erben für alle gut ist, sondern weil es wichtig ist, dass wir das Richtige an die nächste Generation vererben: eine Schweiz mit Zukunft.

Huber Alois (V, AG): Sehr geehrter Herr Kollege Glättli, ich habe eine ganz kurze Frage, die können Sie mit Ja oder Nein beantworten. Sie haben vorhin Kollege Silberschmidt angesprochen. Ist Ihnen aufgefallen, dass auf Ihrer Seite auch viele Leute sitzen, die gerne reden und jetzt auch nicht zuhören?



Glättli Balthasar (G, ZH): Herr Kollege Huber, ich habe das – was Sie vielleicht nicht gemerkt haben – durchaus mit einer gewissen Selbstironie so gesagt.

Stettler Thomas (V, JU): "Initiative pour l'avenir": quand le titre d'une proposition ne veut rien dire, il est essentiel de relever qu'il s'agit clairement d'une fausse bonne idée. C'est bien sûr dans la nature de chaque initiative de vouloir influencer l'avenir. Cette initiative est nuisible et profondément antisuisse.

Pourquoi nuisible? Parce que l'on sait que les grandes fortunes numéraires visées par ce nouvel impôt sont bien trop mobiles et ont tout loisir d'optimiser fiscalement leur succession en déplaçant leur lieu d'assujettissement. De fait, l'initiative encourage donc plutôt l'évasion fiscale et donc la perte de moyens pour les communes, les cantons et la Confédération. Elle va donc même à l'encontre de la volonté de ceux qui ont signé l'initiative et de l'intérêt de tout notre pays. Pire encore, l'initiative définit strictement l'attribution des montants hypothétiquement encaissés pour assouvir la volonté de mettre aveuglément plus de moyens pour l'écologie et le climat. L'évasion fiscale que vous pourvoyez fera donc perdre des moyens alloués à d'autres tâches essentielles comme la formation, le social, les infrastructures ou encore la sécurité de notre pays. J'imagine mal que les initiants en prendront la responsabilité.

Qu'en est-il des fortunes immobilières ou de celles accumulées dans des entreprises? Je fais partie des gens qui admirent, plutôt que des personnes qui montrent du doigt, comme le fait la gauche, ces patrons, ces familles, qui souvent, au fil de décennies et de générations, ont construit un outil de travail, établi une économie locale et permis à une multitude de personnes de trouver un emploi et d'apporter une sécurité sociale aux familles qui les entourent.

Pour souligner mes propos, je me plais à rappeler l'histoire d'une famille d'industriels jurassiens qui a marqué l'histoire d'une commune, d'une région, et même celle de tout le canton. Au-delà des milliers d'emplois, des impôts et de la dynamique économique créée par l'entreprise, la famille propriétaire, par son attachement à la région, a sans relâche soutenu le développement de la vie sociale, culturelle et sportive. Aujourd'hui disparue, faute de personnes capables de poursuivre l'engagement de cette véritable dynastie, cette entreprise familiale a été vendue à des investisseurs américains, démantelée et réduite à un site d'optimisation fiscale et de moyens pour profiter d'une image soi-disant "swissness". Bref, un désastre.

Pourquoi est-ce que je vous raconte cette histoire? En fait, pour dire deux choses. Premièrement, pour dire que mes concitoyens, gauche comprise, appelleraient d'une même voix le retour dans l'ancrage local et familial de ce fleuron détruit de notre industrie. Secondement, même si l'exemple cité n'a pas été victime de cette initiative, c'est que dans des cas similaires de transmission, des entreprises familiales de grande ampleur subiraient le même sort. Car cette nouvelle taxation tuerait toute possibilité de transmission familiale ou du moins conjurerait l'appel à des investisseurs étrangers – que vous ne voulez pas non plus.

Pourquoi l'initiative est-elle antisuisse? Cette initiative suit la logique socialiste. On distribue l'argent qu'on prend dans la poche des autres, cela sans faire participer sa propre équipe. Dans cette droite ligne, j'en déduis qu'aucun membre du Parti socialiste n'a une fortune supérieure à 50 millions de francs. Pourquoi sinon n'auriez-vous pas proposé une franchise de 5 millions de francs, ou moins, pour votre fameuse taxe? Ce simple fait démontre que cette initiative n'est que clientéliste. Elle cherche à cibler le plus petit nombre en attisant une jalousie déplacée. En fait, elle ne fera qu'assouvir l'envie de faire payer à d'autres un projet politique qu'une majorité, et en particulier les initiants, n'est pas prête à financer.

Dire oui à l'initiative, c'est démissionner de sa propre volonté politique, et omettre que celui qui paie commande est celui qui commande paie.

Rechsteiner Thomas (M-E, AI): Noch selten hat eine Volksinitiative bereits im Vorfeld die Gemüter so stark erregt wie diese Juso-Initiative "für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert". Dahinter steckt aber ein Wolf im Schafspelz. Es wird Sie daher kaum überraschen, dass ich Ihnen vorschlage, diese Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen, und zwar rasch, damit sie noch in diesem Jahr zur Abstimmung gebracht werden kann und zumindest in dieser emotionalen Frage wieder Ruhe einkehrt im Schweizerland.

Wir haben es mit einer der extremsten Volksinitiativen zu tun, die in diesem Saal je zur Debatte standen. Beim besten Willen kann ich bei der Interessenabwägung, die ich bei jedem Geschäft vornehme, hier keine positiven Aspekte sehen, sondern nur Verlierer und immense Verluste für unsere ganze Volkswirtschaft. Das einzig Nachhaltige an dieser Initiative ist der Schaden, den sie anrichten würde und bereits angerichtet hat durch die fatalen Signale, die sie im In- und Ausland aussendet. Die Reichen sind zwar nur eine kleine Minderheit im Land, aber für die Finanzierung unseres Staates sind sie systemrelevant.

Ich bin klar der Meinung, dass die Juso-Initiative trotz juristischen Vorbehalten betreffend Einheit der Materie und die unsäglichen Übergangsbestimmungen Volk und Ständen ohne Abstriche zur Abstimmung unterbreitet



werden soll. Ich bin überzeugt, dass unser Souverän richtig entscheidet und der Initiative die verdiente Abfuhr erteilt, denn nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selbst.

In aller Kürze meine sechs wichtigsten Argumente gegen diese Initiative:

1. Die Juso-Initiative ist völlig unverhältnismässig und verstösst gegen viele bewährte Prinzipien. Eine 50-Prozent-Steuer ist faktisch eine Enteignung und staatlicher Diebstahl am Steuerzahler. Der hohe Freibetrag von 50 Millionen Franken verstösst gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung.
2. Diese Initiative bedeutet einen starken Eingriff in die föderalistische Ordnung der Schweiz und in die Finanzautonomie der Kantone. Mit Ausnahme von Obwalden und Schwyz erheben alle Kantone bereits Erbschaftssteuern. Vor zehn Jahren hat der Souverän einer viel moderateren nationalen Erbschaftssteuer-Initiative mit über 70 Prozent der Stimmen eine regelrechte Abfuhr erteilt.
3. In der Schweiz werden die Vermögen bereits heute mit einer meist progressiv ausgestalteten Steuer belastet, die jährlich rund 9 Milliarden Franken einbringt. Käme jetzt noch eine nationale Erbschaftssteuer dazu, ergäbe sich mit der Einkommens- und Vermögenssteuer eine Dreifachbelastung. Das wäre dann doch des Guten zu viel.
4. Weil die meisten Gelder im Betrieb investiert sind, besteht die Gefahr, dass viele Unternehmen ganz oder teilweise verkauft werden müssten. Nur so könnte die prohibitiv hohe Erbschaftssteuer bezahlt werden. Gemäss dem Bundesamt für Statistik könnten um die 2500 Unternehmen mit 1,44 Millionen Mitarbeitenden betroffen sein.
5. Die Initiative setzt die falschen Anreize für die Mittelverwendung. Bund und Kantone investieren bereits heute jährlich rund 2,5 Milliarden Franken in den Klimaschutz und den

AB 2025 N 122 / BO 2025 N 122

Energiebereich. Wenn schon eine Zweckbindung vorgesehen wird, dann wäre es vordringlicher, der AHV und/oder der Armee zusätzliche Mittel zukommen zu lassen.

6. Die Juso-Initiative wäre auch finanzpolitisch ein Verlustgeschäft. Statt der von den Initianten erhofften Mehreinnahmen von 5 bis 6 Milliarden Franken wäre mit Einbussen zu rechnen. Eine St. Galler Forschungsstudie kommt zum Schluss, dass sich für den Fiskus ein jährlicher Nettoverlust von rund 2 Milliarden Franken ergäbe, dies vor allem als Folge von Abwanderung, Rückgang von Zuwanderung und sonstigen Ausweichmanövern der Betroffenen.

Aus all diesen Gründen ersuche ich Sie, der vorliegenden Juso-Initiative die rote Karte zu zeigen, auf einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag zu verzichten und den Bundesrat aufzufordern, die Initiative noch dieses Jahr Volk und Ständen zu unterbreiten, um weiteren Schaden von der Schweiz abzuwenden.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Herr Thomas Rechsteiner, es gibt eine Zwischenfrage.

Rechsteiner Thomas (M-E, AI): Wir sparen uns diese Zeit.

Schilliger Peter (RL, LU): Vor rund zehn Jahren hat das Schweizervolk eine Erbschaftssteuer-Initiative mit 71 Prozent wuchtig abgelehnt. Wie damals geht es auch in der Neuauflage um den Versuch, grosse Erbschaften mit einer gewaltigen Erbschaftssteuer zu schröpfen. Diese Neidvorlage zielt auf vermögende Personen, die unsere Schweiz nun als Wohnort hinterfragen. Zudem schadet diese Juso-Forderung dem für mich wichtigen Wirtschaftsstandort Schweiz gewaltig. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass vermögende Personen über die progressiven Einkommens- und Vermögenssteuern schon heute in der Schweiz einen bedeutenden Beitrag an die öffentliche Hand leisten. Die Schweiz ist übrigens einer der wenigen OECD-Staaten, die eine Vermögenssteuer kennen.

Die Initiative würde in der Schweiz eine im globalen Kontext einzigartige Kombination von hoher Erbschaftssteuer und breiter Vermögenssteuer schaffen. Eine derartige Erhöhung der Steuerbelastung für vermögende Personen würde, empirisch erwiesen, zu starken Ausweichbewegungen aus der Schweiz führen. Ausgehend von einem realistischen Szenario ist anzunehmen, dass Bund, Kantone und Gemeinden jährlich netto über 2 Milliarden Franken weniger Steuergelder zufließen würden. Zudem sind die Erbschaftssteuererträge zweckgebunden. Sie dürfen nicht für andere staatliche Aufgaben wie beispielsweise Bildung oder Gesundheit verwendet werden.

Mit der Juso-Initiative verliert die Schweiz an Steuersubstrat. Diese Lücke muss entweder mit Steuererhöhungen oder mit Einsparungen aufgefangen werden. Egal mit welchen Massnahmen die Verluste kompensiert werden, am Ende werden es die Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes stark spüren.

Verheerend ist jedoch die Tatsache, dass die Initiative Familienunternehmen im Kern trifft. Eine Studie zeigt auf, dass die mittleren und grösseren Schweizer Familienunternehmen durch die Initiative im Nachfolgepro-



zess schwer belastet würden. Viele KMU überschreiten den Unternehmenswert von 50 Millionen Franken. Da das Vermögen aus gebundenem Betriebskapital besteht und nicht aus liquiden Mitteln, droht den Familienunternehmen nach dem Ableben der Eignerin oder des Eigners die Zerschlagung oder der Verkauf. Der Verkauf an ausländische Investoren und Unternehmen ist dabei eine realistische Option. Scheitert der Verkauf oder die Kapitalbeschaffung, bleibt nur die Teil- oder Vollliquidation des Unternehmens.

Die hohe Steuerbelastung führt damit zu einer Welle von Verkäufen an ausländische Investoren oder sogar zur Liquidation der Betriebe. Dies gefährdet nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Stabilität der Volkswirtschaft und den Willen bzw. die Fähigkeit dieser Unternehmen, in die Zukunft zu investieren. Die KMU und insbesondere die Familienunternehmen bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Schätzungsweise 80 Prozent der Unternehmen in der Schweiz zählen zu den Familienunternehmen. Die Initiative der Juso zerstört somit einen wichtigen Erfolgsfaktor der schweizerischen Volkswirtschaft.

Schliesslich würde durch die Initiative auch die Schweizer Start-up-Szene signifikant geschwächt. Aufgrund der masslosen Abgaben werden sowohl finanzkräftige Investorinnen und Investoren wie auch erfolgreiche Gründerinnen und Gründer der Schweiz den Rücken kehren. Niemand will sich dem Risiko aussetzen, dass das mit viel Herzblut, persönlichem Engagement und Risikokapital aufgebaute Unternehmen nach dem Tod der Eigentümerschaft zerschlagen oder verkauft werden muss. Der noch grössere Schaden entsteht mittel- und langfristig, da die Schweiz für Firmenneugründungen deutlich an Attraktivität verlieren und in Wachstumsbranchen ein geringeres Stellenwachstum verzeichnet würde.

Diese Initiative und deren Varianten gemäss den Minderheitsanträgen verdienen nur eine Antwort, ein klares Nein, was im Gegenzug ein Ja zur KMU-Wirtschaft Schweiz bedeutet, ein Ja zur Stabilität und zu sicheren Arbeitsplätzen und ein Ja zum Innovationsplatz Schweiz.

Molina Fabian (S, ZH): "Alles muss sich ändern, damit alles bleibt, wie es ist." Der Satz, den Tancredi seinem Onkel, dem alten Fürsten, im Roman "Der Leopard" als Begründung für seine Unterstützung des demokratischen Italien gegen die Monarchie entgegenhält, gilt heute umso mehr in Bezug auf die Klimakrise. Die Klimakrise ist eine der grössten Herausforderungen der Menschheitsgeschichte. Der jahrzehntelange Ausstoss von Treibhausgasen hat bereits heute dramatische Veränderungen im Weltklima verursacht, die Durchschnittstemperatur erhöht, die Anzahl Extremwetterereignisse massiv gesteigert und den Meeresspiegel ansteigen lassen. Die Klimakrise, das wissen wir aus unzähligen wissenschaftlichen Studien, bedroht das Leben auf unserem Planeten, wie wir es heute kennen. Wer also will, dass es bleibt, wie es ist, muss dafür sein, dass sich in Bezug auf die Art und Weise des Wirtschaftens alles ändert. Wenn wir unseren Wohlstand und unseren Lebensstandard erhalten wollen, müssen wir so rasch als möglich von fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle wegkommen.

Technisch ist das heute problemlos möglich, aber es kostet Geld, und zwar viel Geld, da müssen wir uns nichts vormachen. Die Frage ist, wer diese Kosten zu tragen hat. Ist es die Allgemeinheit, die breite Bevölkerung, die bereits heute unter Teuerung, Druck und Stress leidet, oder sind es jene, die die Klimakrise verursacht haben und die es sich ohne Problem leisten können, einen grösseren Beitrag zu leisten? Ich meine, es sollten Letztere sein. Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung verursacht heute etwa gleich viel der globalen CO₂-Emissionen wie die ärmeren zwei Drittel der Weltbevölkerung. 36 Unternehmen sind verantwortlich für die Hälfte des globalen CO₂-Ausstosses. Während sich viele in der Schweiz nachhaltig ernähren, ihren Müll trennen oder auf ihre Mobilität achten, jetten die Reichsten der Reichen weiterhin mit ihren Privatjets um die Welt und bereichern sich mit Geschäften an der Klimazerstörung.

So gesehen ist die Juso-Initiative in mehrfacher Hinsicht eine unliberale Initiative. Erstens orientiert sie sich am Verursacherprinzip. Wer externe Kosten verursacht und die Umwelt zerstört, soll auch dafür geradestehen. Zweitens schlägt sie vor, dass für die enorme Herausforderung der ökologischen Transformation unserer Wirtschaft die liberalste aller Steuern zum Tragen kommen soll, die Erbschaftssteuer. Es gibt nichts Ungerechteres als Millionen-Erbschaften. Es sind leistungsfreie Gewinne, die der Leistungsgerechtigkeit fundamental zuwiderlaufen. Erbschaften sind nicht selbst erarbeitet, sondern durch pures Glück erworben. Anstatt Arbeit immer weiter zu belasten, sollten wir dort ansetzen, wo keinerlei Leistung im Spiel ist, nämlich bei Millionen- und Milliarden-Erbschaften.

Gemäss einer Studie des Weltwirtschaftsforums, nicht gerade ein Juso-Ableger, belaufen sich die volkswirtschaftlichen Kosten der Klimakrise bis zum Jahr 2050 auf rund 12,5 Billionen US-Dollar – 12,5 Billionen! Diese Kosten kommen auf die Welt zu, wenn wir nichts machen, wenn die Klimakrise ungehindert voranschreitet, und diese Kosten wird die



Allgemeinheit, die arbeitende Bevölkerung zu tragen haben und nicht die Superreichen.

Die Klimakrise schwebt über unserer Generation wie ein Damoklesschwert, das uns Angst vor der Zukunft macht. Aber die Klimakrise ist keine unlösbare Aufgabe. Noch können wir sie stoppen. Die Initiative für eine Zukunft ist ein Projekt gegen die Resignation und für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Denn alles muss sich ändern, damit alles bleibt, wie es ist.

Sagen wir Ja zur Initiative für eine Zukunft.

Weichelt Manuela (G, ZG): Wenn wir das Wachstum der Kluft zwischen Arm und Reich stoppen wollen, wenn wir keine Kürzungen im Gesundheits-, Sozial- oder Umweltbereich akzeptieren, wenn wir dringende Projekte finanzieren wollen, ohne den Staat zu verschulden, dann setzt die Initiative an der richtigen Stelle an.

Die Initiative löst ein weiteres Problem: die kantonalen Unterschiede und den Sterbetourismus in der Schweiz, wenn es ihn denn wirklich gibt. Mit Ausnahme von Obwalden und Schwyz erheben die Kantone und Gemeinden eine Erbschaftssteuer, die von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich ist. Freibeträge, Steuersätze, Personenkategorien – es ist ein Dschungel sondergleichen, und der Föderalismus treibt seine buntesten Blüten. Zum Beispiel sieht der Kanton Schaffhausen einen Steuerfreibetrag von 30 000 Franken pro Elternteil vor, wenn ein Kind stirbt und die Eltern erben, und bei Geschwistern einen Freibetrag von 10 000 Franken pro Person. Die Initiative sieht einen Freibetrag von 50 Millionen Franken vor. Sind jetzt die bestehenden kantonalen Gesetze radikal oder die Initiative?

In der Praxis überlegen sich vielleicht die einen Rentnerinnen und Rentner, die nicht mehr an einen Arbeitsort gebunden sind, einen Umzug in einen Kanton mit einer tieferen Erbschaftssteuer oder einfach einen Kantonswechsel, um näher bei den Grosskindern zu sein. Wie viele es aber wirklich sind, das wissen wir nicht. Interessant wäre es gewesen, wenn der Bundesrat oder die WAK diesbezüglich Abklärungen gemacht hätten. So bleibt dieses Schreckgespenst des Wegzugs eine nicht erhärtete Fantasie.

Eine nationale Erbschaftssteuer würde aber in jedem Falle zu einer willkommenen Harmonisierung führen. Idealerweise sollte die Erbschaftssteuerkompetenz nur auf nationaler Ebene verankert sein. Die Einführung einer gesamtschweizerischen Erbschaftssteuer, die, wie in der Initiative vorgesehen, so aufgeteilt ist, dass der Bund zwei Drittel und die Kantone ein Drittel erhalten, ist schon ein erstes Signal in die richtige Richtung. Sie wird die Rechtsgleichheit der Steuerpflichtigen ein Stück weit stärken.

Das Problem ist, dass die Initiative in ihrer jetzigen Form hier im Saal leider keine Chance hat. Ich bitte Sie, dass Sie, wenn Sie die Initiative nicht zur Annahme empfehlen können, die Minderheit IV (Ryser) unterstützen, die Steuer damit auf die natürlichen Personen begrenzen und in Artikel 129a Absatz 4 den Steuersatz von 50 Prozent auf 5 Prozent reduzieren. Viele Gegenargumente würden nicht mehr greifen, und dieser Gegenvorschlag müsste mehrheitsfähig sein.

Ich bitte Sie deshalb, in einem solchen Fall die Minderheit IV (Ryser) zu unterstützen.

Golay Roger (V, GE): Un peu de courage; apparemment, je serai le dernier de la journée. L'initiative populaire de la Jeunesse socialiste "Pour une politique climatique sociale financée de manière juste fiscalement", dite initiative pour l'avenir, vise l'instauration d'un impôt national sur les successions de 50 pour cent sur les avoirs de plus de 50 millions de francs. La Jeunesse socialiste estime que cela permettra de percevoir environ 6 milliards de francs par an. L'impôt prélevé sera utilisé pour lutter contre la crise climatique de manière socialement juste et pour permettre la transformation de l'ensemble de l'économie nécessaire à cet objectif. Dans le même temps, l'initiative charge la Confédération et les cantons d'introduire des dispositions visant à prévenir l'évasion fiscale. L'objectif est d'assurer une imposition complète des successions et des donations. Voilà un objectif véritablement fidèle à la pensée socialiste. J'y reviendrai de manière provocatrice – veuillez m'en excuser d'avance – en fin d'intervention.

Revenons à l'objectif très tendance de lutte contre la crise climatique. Au passage, je souligne que le réchauffement de la planète m'inquiète tout autant qu'il préoccupe les camarades et pratiquement tout le Parlement. L'adoption de la loi sur le climat et l'innovation en juin 2023 a déjà permis de répondre à l'une des principales préoccupations contenues dans l'initiative. Cette loi requiert des principaux émetteurs de gaz à effet de serre qu'ils prennent leurs responsabilités. L'initiative actuellement sur la table ne propose aucune directive ou incitation pour réduire les émissions, mais se contente, comme souvent lorsque l'extrême gauche est l'instigatrice, de garantir que l'impôt est dû dans tous les cas.

Ce qui intéresse peu la Jeunesse socialiste, c'est que la Suisse deviendrait nettement moins attractive pour les individus disposant d'une grande fortune. L'impôt sur la fortune en vigueur dans notre pays, que seuls deux autres pays de l'OCDE connaissent, génère pourtant déjà environ 9 milliards de francs par an – 9 milliards. La Jeunesse socialiste feint de ne pas du tout comprendre que, compte tenu du fait que les actifs d'une entreprise



sont généralement immobilisés, les héritiers pourraient être contraints de vendre des parts de l'entreprise pour régler les droits de succession. Pour de nombreuses entreprises, cela pourrait provoquer la fin de l'exploitation. Le projet de nouvel impôt sur les successions représente par ailleurs une atteinte importante à l'autonomie financière des cantons, car ces derniers recevraient un tiers des recettes qu'ils devraient utiliser à des fins spécifiques. On ne sait évidemment pas comment la taxation des actifs dépassant 50 millions de francs serait réglementée. S'agissant des donations, le texte ne mentionne aucune exception en matière de donations, ce qui pourrait être une source de conflit avec les donations actuellement autorisées en faveur d'organisations et d'institutions à but non lucratif.

Etant donné que cette nouvelle imposition des successions ne remplacerait pas les impôts cantonaux sur les successions et les donations qui restent en vigueur, il pourrait y avoir une double imposition des successions. Les actifs seraient soumis au nouvel impôt sur les successions de 50 pour cent, alors que des droits de succession cantonaux seraient aussi exigibles.

L'initiative exige la mise en application immédiate des dispositions légales le jour de l'adoption de l'initiative populaire. Si une tendance en faveur de celle-ci devait se dessiner au sein de notre Parlement, ou même dans les sondages avant le scrutin, il est évident que les personnes concernées prendraient toutes les mesures nécessaires avant le jour du scrutin pour éviter une telle spoliation fiscale.

Voici venu le mot de la fin, emprunté à Mme Thatcher, et qui est une invitation express à soutenir nos entrepreneurs et nos entreprises plutôt qu'à considérer leur force de travail et leur ingéniosité comme un dû: le problème, avec le socialisme, est que vous finissez un jour par avoir dépensé tout l'argent des autres.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 19.00 Uhr
La séance est levée à 19 h 00

AB 2025 N 124 / BO 2025 N 124